

**MEHR FÜR DICH.  
BESSER FÜR  
DEUTSCHLAND.**

**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.

<b>Worauf es jetzt ankommt</b> .....	1
<b>Ein neuer Aufschwung für Deutschland</b> .....	3
1. Wir kämpfen für neues Wachstum und sichere Arbeitsplätze. ....	3
2. Wir kämpfen für Made in Germany 2.0.....	8
3. Wir kämpfen für einen starken Arbeitsmarkt und gute Arbeitsbedingungen.....	9
4. Wir kämpfen dafür, dass gute Bildung für alle zuverlässig gelingt.....	12
5. Wir kämpfen für eine Finanzpolitik, die der Zukunft unseres Landes dient .....	14
<b>Beschäftigte und ihre Familien entlasten</b> .....	18
6. Wir kämpfen für ein bezahlbares Zuhause.....	18
7. Wir kämpfen für Arbeit, die ein gutes Leben ermöglicht. ....	20
8. Wir kämpfen für stabile Renten. ....	22
9. Wir kämpfen für einen verlässlichen Alltag für Familien. ....	23
10. Wir kämpfen für eine gute Gesundheitsversorgung in Stadt und Land. ....	26
11. Wir kämpfen für menschenwürdige Pflege und deckeln die Pflegekosten. ....	28
12. Wir kämpfen für Klimaschutz, den sich jeder leisten kann. ....	30
13. Wir kämpfen für eine pünktliche Bahn und gute Mobilität für alle.....	32
14. Wir kämpfen für einen Staat, der besser funktioniert. ....	35
<b>Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen</b> .....	38
15. Wir kämpfen für Zusammenhalt und gegen die Feinde der Demokratie.....	38
16. Wir kämpfen für mehr Respekt, Sicherheit und Schutz vor Gewalt.....	40
17. Wir kämpfen für Gleichstellung, für eine Gesellschaft frei von Rassismus und Diskriminierung. ..	44
18. Wir kämpfen für Medienvielfalt, für Vielfalt in Kunst und Kultur und für einen starken Sport.....	46
19. Wir kämpfen für starke Kommunen und gleiche Chancen in Land und Stadt.....	49
20. Wir kämpfen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft. ....	51
<b>Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende</b> .....	54
21. Wir kämpfen für Freiheit und Sicherheit.....	54
22. Wir kämpfen für ein starkes und handlungsfähiges Europa. ....	56
23. Wir stärken europäische Interessen in der Welt. ....	58
24. Wir kämpfen für eine gerechte Welt. ....	60
<b>Unser Versprechen</b> .....	63
25. Politik heißt für uns: Wir kämpfen für Dich.....	63

# Worauf es jetzt ankommt

- 1 Am 23. Februar findet die vorgezogene Bundestagswahl statt. Es geht um viel bei  
2 dieser Wahl. Wir leben in schwierigen Zeiten: Es herrscht Krieg mitten in Europa,  
3 unsere Unternehmen stehen in einem verschärften internationalen Wettbewerb, der  
4 Zusammenhalt im Land steht auf der Probe.
- 5 Deutschland steht vor bedeutenden Entscheidungen:
- 6 • Investieren wir *jetzt* weiter kraftvoll in unser Land? Oder lassen wir unsere  
7 Bahn, unsere Straßen und Brücken verkommen?
  - 8 • Sorgen wir *jetzt* dafür, dass alle im Alltag gut auskommen – mit anständigen  
9 Löhnen, bezahlbaren Lebensmitteln und erschwinglichen Mieten? Oder nehmen wir es  
10 hin, wenn die Kaufkraft sinkt und Wohnen immer teurer wird?
  - 11 • Sorgen wir *jetzt* für stabile Renten, für gute Gesundheit und Pflege, für intakte  
12 Schulen und Kitas? Oder setzen wir ausgerechnet da den Rotstift an?
  - 13 • Sichern wir *jetzt* Arbeitsplätze? Investieren wir *jetzt* in eine moderne  
14 Wirtschaft und sorgen für günstigen Strom, den unsere Unternehmen dringend  
15 brauchen? Oder gucken wir tatenlos zu, wenn überall um Deutschland herum mit  
16 neuen Technologien die Zukunft entsteht?
  - 17 • Setzen wir *jetzt* die nötige Modernisierung unseres Landes fort? Oder legen wir  
18 bei Klimaschutz und Gleichberechtigung den Rückwärtsgang ein?
  - 19 • Unterstützen wir *jetzt* weiter die Ukraine – standhaft und besonnen? Oder lassen  
20 wir uns in Fragen von Krieg und Frieden auf gefährliche Abenteuer ein?
- 21 Selten in den vergangenen Jahrzehnten waren klare Haltung, Charakter und Erfahrung so  
22 entscheidend.
- 23 Selten kam es so sehr darauf an, dass Respekt für alle herrscht. Respekt für jede und  
24 jeden Einzelnen – egal, wieviel sie verdienen, woran sie glauben oder woher sie  
25 kommen.
- 26 Investitionen in unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze, in unseren Zusammenhalt  
27 und in unsere Sicherheit – da darf es jetzt kein Entweder-oder geben! Das alles ist  
28 dringend nötig, das alles gehört zusammen!
- 29 Dafür stehen wir.
- 30 Heute wollen die Konservativen erreichte Fortschritte rückgängig machen und dort  
31 sparen, wo es viele Bürgerinnen und Bürger persönlich trifft. Andere setzen auf eine  
32 Politik, die Bürgerinnen und Bürger bevormundet. Die Populisten von rechts und links  
33 wiederum geben völlig falsche Antworten. Ihr Geschäftsmodell ist es, unsere  
34 Gesellschaft zu spalten.
- 35 Wir sagen: Das alles schadet Deutschland. Das ist nicht unser Weg.
- 36 So schwierig die letzten Jahre auch gewesen sein mögen – immer, wenn es darauf ankam,  
37 war auf Bundeskanzler Olaf Scholz und die SPD Verlass.
- 38 Die explodierenden Energiepreise infolge des Kriegs gegen die Ukraine haben wir unter  
39 Kontrolle gebracht – und Deutschland schnell unabhängig gemacht von russischem Gas.  
40 Die Renten sind kräftig gestiegen – und mehr als 30 Jahre nach dem Mauerfall in Ost

41 und West endlich angeglichen.

42 Den Mindestlohn haben wir auf zunächst 12 Euro erhöht – das bedeutet mehr Einkommen  
43 und mehr Sicherheit für Millionen von Menschen! Familien profitieren von mehr  
44 Kindergeld und unseren Investitionen in bessere Bildung und Betreuung.

45 Wir haben die irreguläre Migration begrenzt – und heißen zugleich diejenigen bei uns  
46 willkommen, die hier in Deutschland arbeiten wollen.

47 Mit unserem neuen Staatsangehörigkeitsrecht ermöglichen wir es, dass aus Mitmenschen  
48 auch Mitbürgerinnen und Mitbürger mit allen Rechten werden.

49 Unsere Bundeswehr haben wir mit einem Sondervermögen ausgestattet, damit wir unser  
50 Land gegen alle Bedrohungen von außen verteidigen können.

51 Deutschland steht fest an der Seite der überfallenen Ukraine – und zugleich achtet  
52 Bundeskanzler Olaf Scholz darauf, dass der Krieg nicht zur direkten Konfrontation  
53 zwischen NATO und Russland eskaliert.

54 Mit klarer Haltung, mit klaren Werten, vernünftig und besonnen – nur so werden wir  
55 auch künftige Herausforderungen bewältigen.

56 Genau deshalb braucht Deutschland in dieser schwierigen Zeit eine starke SPD:

57 • Wir sorgen dafür, dass das Leben bezahlbar bleibt – mit einem höheren  
58 Mindestlohn, Entlastungen für Gering- und Normalverdiener bei der  
59 Einkommenssteuer, weniger Mehrwertsteuer auf Lebensmittel sowie wirksamen Regeln  
60 für bezahlbares Wohnen.

61 • Wir investieren weiter in Schienen, Brücken und digitale Netze.

62 • Wir unterstützen unsere Unternehmen und ihre Beschäftigten im weltweiten  
63 Wettbewerb – mit günstigen Energiepreisen und einem „Made-in-Germany“-  
64 Investitionsbonus für Zukunftsinvestitionen und sichere Arbeitsplätze.

65 • Wir kämpfen für gute Löhne überall in Deutschland – in der Industrie, im Handel,  
66 im Handwerk und in allen anderen Bereichen der Wirtschaft.

67 • Wir stabilisieren die Renten und sichern gute Gesundheitsversorgung und Pflege,  
68 die alle erreicht und für alle bezahlbar bleibt.

69 • Wir kämpfen für innere und äußere Sicherheit und stellen uns den Feinden der  
70 offenen Gesellschaft konsequent entgegen.

71 • Wir sorgen dafür, dass Kitas und Schulen zuverlässig an der Seite der Familien  
72 stehen.

73 • Wir setzen uns ein für gesellschaftlichen Fortschritt, für gleiche Rechte und  
74 Chancen von Frauen und Männern. Für Vielfalt und Toleranz.

75 • Wir kappen unnötige Bürokratie, beschleunigen und digitalisieren die Verwaltung  
76 – und auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien halten wir das Tempo hoch.

77 Zupackende Politik für die breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die unser Land  
78 am Laufen halten und für diejenigen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

79 Politik mit Maß und Mitte, die verbindet und nicht spaltet.

80 Darauf kommt es jetzt an.

81 Darüber entscheiden die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl am 23. Februar  
82 2025.

# Ein neuer Aufschwung für Deutschland

83 Viele Menschen machen sich derzeit Sorgen um die Wirtschaft in unserem Land. Oder  
84 noch schlimmer: Man sorgt sich um den eigenen Arbeitsplatz. Es geht um Fragen der  
85 Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettstreit moderner industrieller  
86 Produktionsstandorte. Es geht aber auch um die richtigen Strategien, den  
87 Fachkräftebedarf im Handel, in der Gastronomie und in der Verwaltung zu sichern. Und  
88 es geht nicht zuletzt um Fragen von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, zum  
89 Beispiel im Handwerk.

90 **Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum, soziale Gerechtigkeit und**  
91 **Nachhaltigkeit miteinander verbindet. Wir gestalten einen Aufschwung, der bei allen**  
92 **Menschen ankommt. Dafür investieren wir in die Zukunft – in Bildung, Innovation,**  
93 **Digitalisierung und Klimaschutz.** Wir sorgen dafür, dass unsere Kinder auch in 30  
94 Jahren noch Straßen, Brücken und Schienen nutzen können, und modernisieren unsere  
95 Infrastrukturen. Diese Investitionen sind einerseits generationengerecht und sie sind  
96 andererseits die Grundbedingung dafür, dass Unternehmen in Deutschland  
97 wettbewerbsfähig bleiben können.

98 Gleichzeitig setzen wir auf gute Arbeit und sichere Arbeitsplätze. Mit guten Löhnen  
99 sichern wir die Kaufkraft in unserem Land und kurbeln die Binnennachfrage an. Wir  
100 schaffen einen neuen Aufschwung für Deutschland als Grundlage für mehr Gerechtigkeit.

## 101 **1. Wir kämpfen für neues Wachstum und sichere Arbeitsplätze.**

102 Dies ist das erste, aber sicher nicht das letzte Mal, dass wir die Wörter „Wir  
103 kämpfen für“ verwenden. Wir könnten auch „Wir setzen uns ein für“ oder „Wir  
104 engagieren uns, damit“ schreiben. Aber wir spüren alle, wie groß die Dringlichkeit  
105 ist, mit der wir Themen anpacken müssen. Also: Lasst uns gemeinsam für das, was uns  
106 am Herzen liegt und was unser Land in Zukunft führt, kämpfen. Zum Beispiel dafür: Mit  
107 klaren Rahmenbedingungen und einem echten **Investitionsturbo** schaffen wir ein  
108 Wachstumsumfeld für unsere Unternehmen. Deutschland braucht ein **Jahrzehnt**  
109 **zukunftsfähiger Innovationen und Investitionen.** Mit unserer Politik bringen wir  
110 beides auf den Weg: kluge Erfindungen, die das Leben besser machen, die Arbeit und  
111 Wohlstand sichern. Und dazu eine öffentliche Infrastruktur, die den Alltag leichter  
112 macht, weil sie einfach funktioniert. In einem modernen Land mit den richtigen  
113 **Rahmenbedingungen** können Industrie, KMU, Dienstleistungen, Handwerk, Start-ups und  
114 Landwirtschaft aufblühen. Die Beschäftigten können durch fleißige Arbeit und gute  
115 Ideen ihren Beitrag dazu leisten sowie gemeinsam mit ihren Familien ein gutes Leben  
116 verbringen.

117 Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer herausfordernden Lage. Wichtige  
118 Zukunftsinvestitionen bleiben derzeit aus. Das gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand.  
119 Mit zielgenauen Maßnahmen werden wir den Turbo für Zukunftsinvestitionen in unserem  
120 Land zünden.

121 ***Wir wollen Energiepreise senken und zentrale Erfolgsbranchen strategisch fördern.***

122 Wir brauchen bezahlbare Energie, sonst geht unseren Unternehmen in Deutschland die  
123 Energie aus. Wir investieren in eine sichere und **bezahlbare Energieversorgung**, vor

124 allem mit erneuerbarem Strom. Wir wollen international wettbewerbsfähige  
125 Energiepreise. Wir geben Planungs- und Investitionssicherheit bei den Energiekosten  
126 durch stabile Preise, von den Netzentgelten über die Stromsteuer bis zum CO<sub>2</sub>-Preis.  
127 Besonders im Norden und Osten, wo ein großer Anteil der Windenergie Deutschlands  
128 produziert wird, sind hohe Netzentgelte ein dringendes Problem.

129 Mit der Umstellung auf günstige Erneuerbare Energien ist ein massiver Ausbau der  
130 Stromnetze verbunden. Der kostet viel Geld, das als Netzentgelte auf den Strompreis  
131 aufgeschlagen wird. Das ist eine Herausforderung insbesondere für die im  
132 internationalen Wettbewerb stehende Wirtschaft und die Verbraucherinnen und  
133 Verbraucher. Wir werden die Entgelte für das Übertragungsnetz, das die Regionen in  
134 Deutschland verbindet und massiv ausgebaut wird, zunächst stabilisieren, dann  
135 schnellstmöglich auf 3 Cent pro Kilowattstunde deckeln und so den Netzausbau  
136 unterstützen. Das ist wegen der milliardenschweren Investitionen in dieses Netz  
137 erforderlich.

138 Damit soll die derzeitige Belastung für Haushalte und Unternehmen im Durchschnitt  
139 halbiert und dauerhaft Planungssicherheit geschaffen werden – für industrielle  
140 Investitionen, aber auch für den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie das  
141 Elektroauto oder die Wärmepumpe.

142 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass ein größerer Kreis besonders  
143 stromintensiver Unternehmen von den bestehenden Regeln **reduzierter Netzentgelte**  
144 profitieren kann. Dazu gehört auch, die energieintensiven Großabnehmer ohne  
145 Flexibilisierungspotenzial wie bisher zu entlasten.

146 Die Bundesregierung wird sich darüber hinaus gegenüber der Europäischen Kommission  
147 dafür einsetzen, dass mehr energieintensive Branchen von den Entlastungen der  
148 sogenannten Strompreiskompensation profitieren können, zum Beispiel die  
149 Glasverarbeitung, weitere Teile der Chemie und die Batteriezellenproduktion. Das  
150 würde den Strompreis in der energieintensiven Industrie in Deutschland deutlich  
151 senken. Wir werden außerdem die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische  
152 Mindestmaß entfristen.

153 Deutschland ist ein Auto-Land. Die **Zukunft der Autos liegt in der Elektromobilität.**  
154 Wer suggeriert, dass Verbrenner mit E-Fuels die Lösung seien, macht Autos nur noch  
155 für Spitzenverdienende erschwinglich. Gleichzeitig steht die Automobilwirtschaft,  
156 genau wie ihre Zulieferer, wie die Stahlindustrie und andere, heute vor erheblichen  
157 Umwälzungen, machen sich viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr konkrete  
158 Sorgen um ihren Arbeitsplatz und ihre Zukunft. Wir nehmen diese Sorgen ernst.

159 Deutschland soll ein führendes Land für die Herstellung von Fahrzeugen bleiben. Wir  
160 setzen uns dafür ein, dass die deutschen Automobilhersteller aktuell keine  
161 Strafzahlungen im Zusammenhang mit den CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerten an Brüssel leisten  
162 müssen. Diese Mittel werden jetzt für Investitionen in klimafreundliche Fahrzeuge und  
163 die Sicherung von Arbeitsplätzen gebraucht. Wir werden mit der EU-Kommission in  
164 Verhandlungen treten, die Ziele beizubehalten, aber den Weg dorthin pragmatischer zu  
165 gestalten.

166 Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Die von uns vorgeschlagenen **Maßnahmen zur**  
167 **Senkung der Strompreise** – insbesondere die Deckelung der Übertragungsnetzentgelte –  
168 werden Strom für die Produktion von Batterien und Autos und für das Laden noch einmal

169 günstiger machen. Das Laden an **öffentlichen Ladesäulen** muss in Zukunft so einfach wie  
170 und auch günstiger werden als das Tanken. Wir werden beim Ladesäulenausbau weiter  
171 Tempo machen und Tankstellen verpflichten, Schnellademöglichkeiten anzubieten. Wir  
172 machen weiter **Tempo beim Ladesäulenausbau** – entlang der Straßen und Autobahnen und in  
173 Depots und Betriebshöfen. Damit auch der Urlaub oder die Geschäftsreise elektrisch  
174 werden, fordern wir eine europäische Schnellladesäulen-Offensive.

175 Wir werden außerdem den **Kauf von E-Autos stärker ankurbeln**.

176 Wir wollen mit einem zeitlich befristeten **Steuerabzugsbetrag für die Anschaffung**  
177 eines in Deutschland produzierten E-Autos auch den privaten Neuwagenkauf fördern. Das  
178 ist einfach und unkompliziert umsetzbar: kaufen, bei der Steuer angeben, Zuschuss  
179 direkt aufs Konto. Durch die Einbeziehung von jungen Gebrauchten sowie  
180 **Leasingmodellen** helfen wir auch Menschen mit geringeren Einkommen. Mit diesem Paket  
181 unterstützen wir vor allem Haushalte mit niedrigen und normalen Einkommen beim  
182 Umstieg auf ein E-Auto, noch bevor sich die Mobilitätskosten der Verbrenner durch den  
183 Anstieg des CO<sub>2</sub>-Preises deutlich erhöhen. Wir wollen diesen **Weg gemeinsam mit unseren**  
184 **europäischen Nachbarn** gehen und erwarten von der EU-Kommission kurzfristig eine  
185 entsprechende Initiative für die ganze Union oder die Freigabe einer solchen  
186 deutschen Lösung.

187 Ein Großteil der Neuwagen wird **gewerblich** genutzt. Hier werden wir durch **bessere**  
188 **Abschreibungsbedingungen und Änderungen bei der Dienstwagenbesteuerung** die  
189 Attraktivität der E-Mobilität weiter verbessern. Die **Kfz-Steuer Befreiung** für E-Autos  
190 werden wir **bis 2035 verlängern**.

191 **Wir wollen, dass Unternehmen die besten Rahmenbedingungen haben, um in Deutschland zu**  
192 **investieren.**

193 Wir können etwas tun für unsere Unternehmen und für den Wirtschaftsstandort  
194 Deutschland.

195 Wir schaffen einen **Deutschlandfonds**, der öffentliches und privates Kapital  
196 mobilisiert, um die wichtigen Investitionsbedarfe erfüllen zu können – etwa bei  
197 Strom- und Wärmenetzen, beim Wasserstoffnetz, bei den E-Ladesäulen oder beim  
198 Wohnungsbau. Mit dem Deutschlandfonds sollen Staat und private Geldgeber gemeinsam  
199 und bürokratiearm in Deutschlands Zukunft investieren können. Der Deutschlandfonds  
200 soll anfangs mit **100 Milliarden Euro** ausgestattet werden. Er wird so ausgestaltet,  
201 dass er auch im bestehenden Rahmen der Schuldenregel unseres Grundgesetzes  
202 funktioniert – über sogenannte finanzielle Transaktionen. Das vom Bund zur Verfügung  
203 gestellte Startkapital für den Deutschlandfonds schafft durch die damit verbundenen  
204 Beteiligungen oder Darlehen nämlich Werte für den Bund. Der Deutschlandfonds nutzt  
205 dieses Kapital dann, um Unternehmen und Einrichtungen mit den nötigen Finanzmitteln  
206 für wichtige Zukunftsinvestitionen auszustatten – per Darlehen oder als Beteiligung.  
207 Staatliches Geld ist nur die eine Seite. Zugleich soll privates Kapital mobilisiert  
208 werden. Große institutionelle Anleger wie zum Beispiel Versicherungen oder  
209 Pensionskassen können so ebenfalls in diese Unternehmen und Einrichtungen  
210 investieren. Das stellt die Zukunftsinvestitionen auf breite Schultern und aktiviert  
211 privates Kapital. Wir stellen sicher, dass es zu keiner Privatisierung staatlicher  
212 Aufgaben der Daseinsvorsorge kommt.

213 Darüber hinaus wollen wir Unternehmen steuerlich entlasten, aber nicht durch

214 pauschale Steuersenkungen für alle, sondern mit gezielten **Anreizen für Investitionen**  
215 **in Deutschland.**

216 Investitionsprämie statt bürokratischer Förderprogramme („**Made in Germany**“-  
217 **Bonus**):Bislang werden Unternehmens-Investitionen (zum Beispiel in klimafreundliche  
218 Technologien) vor allem über Förderprogramme gefördert. Das dauert oft zu lange und  
219 schafft für die Unternehmen jede Menge unnötige Bürokratie. Statt neuer  
220 Förderprogramme wird in Zukunft stärker auf eine unkomplizierte Steuerprämie gesetzt,  
221 um Zukunftsinvestitionen zu unterstützen. Im Wachstumschancengesetz war bereits eine  
222 Investitionsprämie für den Bereich der Energieeffizienzmaßnahmen angelegt. Mit der  
223 neuen Investitionsprämie für bestehende Unternehmen und Neuansiedlungen sollen nun  
224 Zukunftsinvestitionen in die Technologien von morgen in der Breite angekurbelt  
225 werden: Jede Betriebs- bzw. Unternehmensinvestition in Maschinen und Geräte (aus den  
226 sogenannten Ausrüstungsinvestitionen) soll mit 10 Prozent der Anschaffungssumme  
227 direkt und unkompliziert über eine Steuererstattung gefördert werden. Die  
228 erfolgreichen Förderprogramme wie GRW oder GAK für die regionale Wirtschaft werden  
229 fortgeführt.

230 Wenn Personenunternehmen ihre Gewinne wieder investieren, wollen wir sie steuerlich  
231 entlasten. Wir wollen mit der „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ eine  
232 eigenständige Rechtsform einführen, die Nachfolgerinnen und Nachfolgern im  
233 Mittelstand – zum Beispiel aus der Belegschaft – die treuhänderische Nachfolge  
234 einfacher ermöglicht. Dabei werden Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung  
235 ausgeschlossen.

236 Das europäische Beihilferecht werden wir modernisieren, um Unternehmen im  
237 Strukturwandel zu unterstützen.

238 ***Wir wollen Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen.***

239 Damit unsere Wirtschaft wieder schnell in Schwung kommt, müssen sich auch viele  
240 andere Zahnräder schneller bewegen. Denn nur so gewinnt das gesamte System an  
241 Geschwindigkeit. Mehr Speed in verschiedenen oder allen Teilaspekten einzubringen,  
242 das schafft einen echten Gewinn.

243 In Deutschland dauern viele Planungs- und Genehmigungsverfahren zu lange. Die  
244 Bundesregierung hat im letzten Jahr mit den Ländern einen Deutschlandpakt zur  
245 Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung vereinbart: Höhere  
246 Geschwindigkeit und weniger Bürokratie für mehr wirtschaftliches Wachstum sind das  
247 Ziel. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Auch auf nationaler und EU-Ebene  
248 werden wir den Abbau von Bürokratie etwa durch Zusammenführung, Vereinfachung und  
249 Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten vorantreiben. Neue Gesetze  
250 müssen einem **Praxischeck** unterzogen werden. Beim Abbau von Bürokratie nutzen wir die  
251 Chancen der Digitalisierung. Die Grundlage dafür bildet eine flächendeckende  
252 Versorgung des ganzen Landes mit Glasfaser und Mobilfunk. Beim Bürokratieabbau achten  
253 wir darauf, dass Arbeitnehmerrechte, Verbraucherrechte und Ziele des ökologischen  
254 Wandels nicht gefährdet werden. Um weitere konkrete Möglichkeiten des  
255 Bürokratieabbaus zu ermitteln, wird ein sozialdemokratischer Bundeskanzler eine  
256 Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung  
257 durchführen.

258 Der europäische Binnenmarkt ist von enormer Bedeutung für die wirtschaftliche



259 Entwicklung in Deutschland und außerdem Motor für den europäischen Wohlstand. Wir  
260 wollen den **Europäischen Binnenmarkt** weiter vertiefen, denn Millionen Arbeitsplätze in  
261 Deutschland sind eng mit ihm verknüpft. Dazu gehört eine digitale Infrastruktur für  
262 den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. Und dazu gehört ebenso ein  
263 funktionierender europäischer Kapitalmarkt. Wir werden die Banken- und  
264 Kapitalmarktunion vorantreiben und das Umfeld für Innovationen und  
265 Zukunftstechnologien durch privates Kapital dauerhaft stärken.

266 ***Wir wollen Innovationen ermöglichen, die Deutschland voranbringen.***

267 Der viel beschworene Erfindergeist in Deutschland muss wieder zur obersten Priorität  
268 werden. Denn Erfindergeist war schon immer zentral für den wirtschaftlichen Erfolg,  
269 den sozialen Fortschritt und damit auch den gesellschaftlichen Wohlstand. In den  
270 letzten Jahren und Jahrzehnten wurden in Deutschland zahlreiche technologische und  
271 soziale Innovationen erdacht, entwickelt und umgesetzt. Mit fundamental neuen  
272 Technologien wie der Künstlichen Intelligenz (KI) oder der Quantentechnologie muss  
273 sich auch die Innovationspolitik des Bundes wandeln. Für uns steht deshalb die  
274 **Weiterentwicklung der KI-Strategie** an erster Stelle. Der Fokus soll dabei  
275 insbesondere auf der Entwicklung systemischer Innovationen liegen. Dazu zählen unter  
276 anderem der Aufbau von branchenspezifischen KI-Ökosystemen sowie die Entwicklung  
277 generativer Sprachmodelle für die Bereiche Medizin, Materialforschung und Bildung.  
278 Dabei soll auf die bestehenden Strukturen der KI-Landschaft in Deutschland aufgebaut  
279 werden. Auch bei der KI-Förderung wollen wir **soziale Innovationen und**  
280 **gemeinwohlorientierte Projekte und Strukturen** besonders berücksichtigen. Weitere  
281 Schwerpunkte sollen die Themen Quantencomputing, Robotik sowie Netzwerktechnologien  
282 der nächsten Generation sein.

283 Wir setzen uns für eine **Stärkung der Forschungsförderung**, insbesondere in der  
284 Grundlagenforschung der Schlüsselindustrien und des GreenTech ein. Forschende sollen  
285 einfachere Zugänge zu Fördermitteln erhalten und bei der Beantragung und Durchführung  
286 von Forschungsprogrammen weniger überflüssige Bürokratie erleben. Außerdem wollen wir  
287 den Übergang von der Forschungsidee bis hin zur Marktreife gezielt unterstützen.  
288 Dabei spielen Inkubatoren, Gründerzentren und **regionale Innovationscluster** wichtige  
289 Rollen. Auf europäischer Ebene werden wir uns für ein starkes  
290 Forschungsrahmenprogramm (FP10) einsetzen.

291 Wir werden die **Wissenschafts- und Innovationspolitik** in eine neue Ära führen, indem  
292 wir den Beitrag der Wissenschaft für die Transformation und die Ausbildung von  
293 Fachkräften stärken. Dafür werden wir die Hochschulen weiter fördern. Wir werden die  
294 Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft durch die Förderung planbarer Karrierewege  
295 verbessern. Wir werden den **Aufbau der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation**  
296 zum Erfolg führen.

297 An vielen Stellen unserer Wirtschaft wird der Fachkräftemangel derzeit deutlich.  
298 Darauf gibt es falsche Antworten, wie „Wir müssen länger arbeiten“ oder „weniger  
299 Schutzrechte für die Beschäftigten“. Diesen Ton schlägt die CDU an, wir nicht.  
300 Notwendig sind vielmehr eine richtig gute Ausbildung und mehr **Investitionen in die**  
301 **Qualifizierung**. Wir müssen die Potenziale der vielen Menschen in unserem Land heben,  
302 die bislang an den Rand gedrängt wurden: vor allem junge Leute ohne Berufsabschluss  
303 und Frauen in unfreiwilliger Teilzeit und Mini-Jobs. Darüber hinaus benötigen wir  
304 weiterhin die Zuwanderung von Fachkräften. Studien belegen, dass wir mehrere

305 Hunderttausend Fachkräfte pro Jahr für Deutschland brauchen werden.

## 306 2. Wir kämpfen für Made in Germany 2.0.

307 Made in Germany – was war und ist das für ein schönes Qualitätssiegel. Und das soll  
308 noch lange, lange so bleiben. Deutschland ist zu einem Spitzenreiter im Welthandel  
309 mit den Motoren und Maschinen des 20. Jahrhunderts geworden. Wir wollen, dass *Made in*  
310 *Germany* auch bei den Technologien des 21. Jahrhunderts Weltspitze bleibt. Im harten  
311 Wettbewerb einer sich wandelnden Weltwirtschaft steht unser Industrie- und  
312 Wirtschaftsstandort unter Druck. Wir erleben einen globalen Wettlauf um Technologien,  
313 Ressourcen und Standards. Ganz konkret geht es um die Frage, ob wir mit den  
314 Entwicklungen mithalten und es schaffen, Deutschland als Teil des europäischen  
315 Wirtschaftsraums stark für die Zukunft zu machen. Dafür verfolgen wir eine  
316 verlässliche, langfristige und europäisch verankerte Industriestrategie, die  
317 Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit miteinander verbindet.

318 In unseren Erfolgsbranchen Stahl- und Automobil-, Maschinen- und Anlagenbau, Chemie  
319 und Pharma, bei den Halbleitern und in der Batterieproduktion muss Deutschland ein  
320 Standort bleiben für große Konzerne wie auch für den starken Mittelstand.

### 321 *Wir wollen eine stabile, breit aufgestellte und zukunftsfähige Wirtschaft.*

322 Unsere Unternehmen müssen sicher sein, dass sie ihren Weg zur Klimaneutralität  
323 weitergehen können und dass sie uns als Politik dabei fest an ihrer Seite wissen. Vor  
324 allem bei den Energiepreisen und der Regulatorik brauchen sie ein faires, klares  
325 Umfeld, um investieren zu können und um ihre neuen Ideen auf den Markt zu bringen. In  
326 den vergangenen Jahren haben verschiedene globale Krisen deutlich gezeigt, dass eine  
327 breit diversifizierte Wirtschaftsstruktur für die wirtschaftliche Stabilität  
328 entscheidend ist. In dieser herausfordernden Zeit kämpft die SPD um jeden  
329 Industriearbeitsplatz genauso wie um die Wertschöpfung der Zukunft mit ihren neuen,  
330 hochqualifizierten Jobs. Manchmal haben wir uns an Unternehmen vorübergehend  
331 beteiligt, um Arbeitsplätze in einer Krise zu sichern. Das werden wir auch in Zukunft  
332 tun, wenn das notwendig wird.

333 Bei den Technologien sagen wir zweifelsfrei, wo es hingeht: Der klare Fokus liegt auf  
334 Elektrifizierung, zum Beispiel beim Auto. Aber auch der **Wasserstoff** wird für unsere  
335 Industrie eine ganz wesentliche Rolle spielen, gerade bei den energieintensiven  
336 Industrien. Damit Wasserstoff in Deutschland wirklich Fuß fassen kann, schaffen wir  
337 **Leitmärkte für grünen Stahl *made in Germany*** – das heißt, feste Anteile von grünem  
338 Stahl, zum Beispiel bei der Bahn oder in Umspannplattformen. Wir brauchen außerdem  
339 ein klug ausgestaltetes Wasserstoffnetz. Gleichzeitig müssen ausreichende  
340 Speicherkapazitäten, etwa im Rahmen einer nationalen Wasserstoffreserve, aufgebaut  
341 werden. Mit einer pragmatischen und beherzten Politik wollen wir somit diesem  
342 entscheidenden Baustein für die neue Energiewelt das Fundament legen.

343 In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch den europäischen Clean Industrial Deal.

344 Um unsere heimische Industrie mit Rohstoffen zu versorgen, setzen wir auf den neu  
345 geschaffenen Rohstofffonds, werden die heimische Rohstoffgewinnung voranbringen und  
346 uns für eine **koordinierte Rohstoff-Strategie der EU** einsetzen. Die  
347 **Kreislaufwirtschaftsstrategie** wollen wir pragmatisch umsetzen, zum Beispiel mit  
348 Absatzmärkten für umweltschonend recycelte Rohstoffe und effizienterem

349 Materialeinsatz.

350 **Wir wollen, dass unsere Industrie weiterhin bei Zukunftstechnologien ganz vorne**  
351 **mitspielt.**

352 Klimafreundlich zu produzieren oder zu arbeiten, darf kein Wettbewerbsnachteil sein!  
353 Einen Platz an der Weltspitze können wir nur behaupten mit einer zielgerichteten und  
354 europäisch koordinierten Strategie für die wichtigsten Schlüsselbranchen  
355 Deutschlands. Wir in Europa stellen unsere industrielle Produktion in hohem Tempo auf  
356 klimafreundliche Verfahren um. Es nützt dem Klima aber nicht, wenn die Produktion ins  
357 Ausland abwandert und dort mehr Treibhausgase ausstößt. Deshalb stärken wir den  
358 unbürokratischen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism, **CBAM**) und  
359 schützen so die europäischen Unternehmen vor Wettbewerbsnachteilen gegenüber der  
360 Produktion aus Ländern mit geringeren Klimaschutzauflagen (Carbon Leakage) – so  
361 lange, bis die weltweiten Spielregeln fair sind. Außerdem setzen wir unseren  
362 erfolgreichen **Klimaclub** fort, einen wachsenden Kreis aus Staaten, die gemeinsame  
363 Standards festlegen, damit es nicht mehr 28 verschiedene Standards für grünen Stahl  
364 gibt.

365 Die EU muss sich unabhängiger aufstellen und strategische Wertschöpfung wieder  
366 stärker nach Europa verlagern. Dazu braucht es eine **europäische Resilienzstrategie**,  
367 die Risiken verringert (De-Risking), kritische Infrastrukturen effektiv schützt und  
368 strategisch wichtige Schlüsselindustrien wieder in Europa ansiedelt. Gemeinsam mit  
369 unseren europäischen Partnern werden wir Local-Content-Regeln und  
370 Lokalisierungspflichten prüfen.

371 Soziale Standards sind ein geopolitischer Standortvorteil unseres Wirtschaftsraumes.  
372 Wir unterstützen Industrie und Wirtschaft, nehmen sie aber auch in die Pflicht.  
373 Wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille.  
374 Deswegen setzen wir die **Europäische Säule sozialer Rechte** entschieden national wie  
375 europäisch um. Wir wollen eine echte **Europäische Sozialunion**. Wir wollen  
376 einen Binnenmarkt, der den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dient. Um eine  
377 angemessene soziale Absicherung zu gewährleisten und Armut zu bekämpfen, setzen wir  
378 uns für europäische Mindeststandards bei den nationalen Grundsicherungssystemen ein.

### 379 **3. Wir kämpfen für einen starken Arbeitsmarkt und gute** 380 **Arbeitsbedingungen.**

381 Eines können wir versprechen: Wir als SPD, **wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz**. Denn  
382 gute Arbeit ist der Anker für ein Leben in Würde und Wohlstand. Doch wenn sich alles  
383 ändert, wachsen die Sorgen. Wenn sich alles ändert, dann brauchen Arbeitnehmerinnen  
384 und Arbeitnehmer Sicherheit. Und diese muss gestaltet werden. Für die SPD geht das  
385 nur gemeinsam mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften. Die Beschäftigten  
386 erarbeiten den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen. Sie haben einen Anspruch auf  
387 Mitbestimmung über ihre Arbeitsbedingungen und demokratische Teilhabe. Gute  
388 Arbeitsbedingungen sind zudem wesentliche Voraussetzung für die Sicherung einer guten  
389 Fachkräftebasis in unserem Land.

390 **Wir wollen für Deine Arbeit Sicherheit in der Veränderung.**

391 Wir wissen, dass sich viele Beschäftigte wegen der wirtschaftlichen Umbrüche und der

392 Stagnation der Konjunktur um ihren Arbeitsplatz sorgen. Wir wollen Beschäftigung  
393 sichern. Wir wollen zukunftsfeste Perspektiven im angestammten Betrieb erreichen.  
394 Sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik setzt dabei auf die **Förderung der**  
395 **Qualifizierung** und in schwierigen Phasen auf Arbeitsplatzertret, zum Beispiel durch  
396 **gute Regelungen für Kurzarbeit**.

397 Wir werden die Förderung von **regionalen Verbänden, Weiterbildungsagenturen und**  
398 **Transformationsclustern** fortsetzen und intensivieren. Es braucht niedrigschwellige  
399 Beratungsangebote, um Betriebe und Beschäftigte vor allem in kleinen und mittleren  
400 Unternehmen im Strukturwandel zu unterstützen.

401 Wenn ein Beschäftigungsverhältnis endet, soll ein möglichst nahtloser Übergang von  
402 Arbeit zu Arbeit ermöglicht werden. Wir wollen durch regionale Zusammenschlüsse von  
403 Sozialpartnern und der Bundesagentur für Arbeit **Arbeitsmarktdrehscheiben und Job-to-**  
404 **Job-Vermittlung** fördern und Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz verhindern.

405 Beschäftigten aus Betrieben, die Personal abbauen, sollen neue Perspektiven in  
406 Betrieben geboten werden, die Beschäftigte suchen. Dabei kommt es insbesondere auf  
407 den richtigen Zeitpunkt und die enge Einbeziehung der Gewerkschaften und Betriebsräte  
408 sowie auf tarifvertragliche Regelungen an. Daneben werden wir das bestehende  
409 Instrument der **Transfargesellschaften** weiterentwickeln, damit auch kleinere  
410 Unternehmen sie besser nutzen können.

411 **Die Versicherungsleistung des Arbeitslosengelds** muss wieder gestärkt werden. Wir  
412 wollen mehr Sicherheit für die arbeitende Mitte, die sich gerade in den  
413 transformationsbetroffenen Branchen um ihre Zukunft sorgt. Deshalb werden wir Zeiten  
414 einer Qualifizierung während der Arbeitslosigkeit nicht mehr auf die Bezugsdauer des  
415 Arbeitslosengelds anrechnen, so dass sich der Anspruch auf Unterstützung durch die  
416 Arbeitslosenversicherung entsprechend verlängert.

417 Wir werden dafür sorgen, dass in einer digitalen Arbeitswelt gute Arbeitsbedingungen  
418 gelten. Dafür werden wir einen fairen und rechtssicheren Umgang mit Daten im Betrieb  
419 regeln und Plattformbeschäftigten den Rücken stärken.

420 **Wir wollen, dass Deine Stimme auch am Arbeitsplatz stärker zählt.**

421 Wir reformieren das **Betriebsverfassungsgesetz** und werden die **Mitbestimmung** der  
422 Betriebsräte bei strategischer Personalplanung und -bemessung, bei der Einführung von  
423 Künstlicher Intelligenz sowie bei Gesundheitsschutz und Weiterbildung im Betrieb zu  
424 echten Mitbestimmungsrechten mit Einigungserfordernis ausbauen. Wir werden  
425 Wahlinitiator\*innen von Betriebsratswahlen besser schützen. Die Behinderung  
426 demokratischer Mitbestimmung stufen wir künftig als Offizialdelikt ein.

427 In den Unternehmen muss es einen **gesetzlich festgelegten Mindestkatalog**  
428 **zustimmungsbedürftiger Geschäfte im Aufsichtsrat** geben. **Schlupflöcher** zur Umgehung  
429 der Mitbestimmung im Aufsichtsrat werden wir **schließen**, wie zum Beispiel bei der  
430 Aushebelung der Mitbestimmung durch europäisches Gesellschaftsrecht.

431 **Wir wollen, dass Arbeit nicht krank macht und Sicherheit bietet.**

432 Arbeit darf nicht krank machen. Deswegen werden wir eine deutliche Steigerung der  
433 durchgeführten ganzheitlichen **Gefährdungsbeurteilungen** vorantreiben, das betriebliche  
434 Eingliederungsmanagement (**BEM**) stärken und verbindlicher machen, sowie Reha und  
435 Prävention ausbauen und Zugänge vereinfachen und verbessern. Insbesondere werden wir

436 psychische Belastungen bei der Arbeit, die stark zugenommen haben, beim Arbeitsschutz  
437 stärker in den Blick nehmen. Zudem brauchen wir ein umfassendes Informations- und  
438 Beratungsangebot. Die **betriebliche Gesundheitsförderung** muss bei allen  
439 unternehmerischen Entscheidungen mitgedacht werden. Das Angebot der  
440 Koordinierungsstellen für betriebliche Gesundheitsförderung wollen wir weiter  
441 ausbauen.

442 Wir werden **sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen abschaffen** und die  
443 Sachgründe für Befristungen kritisch überprüfen.

444 ***Wir wollen mit den richtigen Strategien den Arbeitsmarkt nachhaltig stärken.***

445 Gute Aus- und Weiterbildung sind die Voraussetzung für gute Arbeit und  
446 Fachkräftesicherung. Wir setzen unseren **Weg der Ausbildungsgarantie** fort. Frühere  
447 Berufsorientierung in den Schulen und in enger Abstimmung mit der Bundesagentur für  
448 Arbeit, ist der richtige Weg. Die erfolgreiche Arbeit der Jugendberufsagenturen  
449 werden wir weiter stärken. Die Unternehmen müssen ihrer Verantwortung für Ausbildung  
450 stärker gerecht werden. Branchenbezogene Umlagefonds für gute Ausbildung können  
451 dieses Ziel gewährleisten.

452 Wir werden dafür sorgen, dass es Sicherheit in der Veränderung gibt und garantieren  
453 Unterstützung, wenn berufliche Weiterbildung oder Neuorientierung nötig oder gewollt  
454 ist. Damit die Beschäftigten von heute auch die Kenntnisse und Fähigkeiten für die  
455 Arbeit von morgen erwerben können, haben wir unter anderem mit dem  
456 Transformationszuschuss und dem Qualifizierungsgeld die **Weiterbildungsförderung** der  
457 Bundesagentur für Arbeit **erneuert** und erreichen damit den kleinen Handwerksbetrieb  
458 oder Dienstleister ebenso wie den DAX-Konzern.

459 Unser Ziel ist ein **Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart** in allen  
460 Lebensphasen. Berufsbilder sollten so weiterentwickelt werden, dass die Beschäftigten  
461 mit Weiterbildung über den gesamten Lebenslauf hinweg mit neuen Entwicklungen Schritt  
462 halten können.

463 **Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit** ist unsere Antwort auf den immer  
464 noch existenten Gender Pay Gap. Mehr Tarifbindung ist auch insoweit wichtig, denn mit  
465 Tarifvertrag erfolgen Einstufung und Bezahlung oft gerechter. Mini-Jobs sind  
466 vorgezeichnete Wege in die Altersarmut. Sie müssen ausschließlich Schülerinnen und  
467 Schülern, Studierenden und Menschen im Rentenalter vorbehalten sein.

468 Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht auf Arbeit. Deshalb soll jeder  
469 Bürgergeldbezieher ein passendes Angebot erhalten. Wir setzen dafür auf eine **stärkere**  
470 **Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik**. Wir wollen Arbeit statt  
471 Arbeitslosigkeit finanzieren und werden deshalb den **Passiv-Aktiv-Transfer** ausweiten,  
472 vereinfachen und gesetzlich verankern. Wir wissen, dass die meisten Menschen im  
473 Bürgergeldbezug, die arbeiten können, auch arbeiten wollen. Das **Bürgergeld** ist eine  
474 steuerfinanzierte Grundsicherung und kein bedingungsloses Grundeinkommen. Deswegen  
475 wird zu Recht Mitwirkung eingefordert. An diesem Prinzip des Forderns halten wir  
476 fest. Ziel des Bürgergelds ist es, Menschen mithilfe von Qualifizierung und  
477 Weiterbildung zu unterstützen, die eigene Hilfebedürftigkeit zu beenden. Neben  
478 Weiterbildung hat sich auch das Instrument des sozialen Arbeitsmarktes, der neue  
479 Chancen einer sozialversicherten Arbeit nachzugehen eröffnet, bewährt. Wir haben die  
480 Regelungen für den **sozialen Arbeitsmarkt** deshalb entfristet. Wir wollen so

481 Arbeitssuchenden Teilhabe ermöglichen und sie aus der Langzeitarbeitslosigkeit und dem  
482 Bürgergeldbezug holen, und Perspektiven für die Aufnahme einer regulären  
483 Beschäftigung schaffen.

484 Deutschland profitiert seit langem davon, dass wir ein Einwanderungsland sind. Wir  
485 treten Menschen mit Respekt gegenüber, völlig egal, wo sie ihre Wurzeln haben; mit  
486 klaren und nachvollziehbaren Regeln, weniger Bürokratie und einer deutlich  
487 transparenteren und vereinfachten **Anerkennung von im Ausland erworbenen**  
488 **Qualifikationen**. Fair gestaltete Einwanderung darf nicht zu Ausbeutung, Lohndumping,  
489 unfairer Wettbewerb oder einer Erosion des Tarifgefüges beitragen. Durch den **Ausbau**  
490 **und die dauerhafte und auskömmliche Finanzierung der für gelingende Integration**  
491 **notwendigen Strukturen**, wie breit verfügbare Deutschsprachförderung und  
492 Beratungsangebote, ermöglichen wir eine gelingende Einwanderung.

493 Wir werden das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterentwickeln**, und die  
494 Digitalisierung der Verwaltungsentscheidungen vorantreiben. Zudem werden wir den  
495 **Job-Turbo** zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter fortsetzen und ausweiten.

#### 496 **4. Wir kämpfen dafür, dass gute Bildung für alle zuverlässig** 497 **gelingt.**

498 Gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland ist die Basis für eine  
499 gute Zukunft unseres Landes. Für den einzelnen Menschen schafft sie die  
500 Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben, für die Gesellschaft die Grundlage  
501 für Zusammenhalt und Demokratie und für unsere Volkswirtschaft die Bedingungen für  
502 wirtschaftliches Wachstum mit gut ausgebildeten Fachkräften. Gleichzeitig sind  
503 berufstätige Eltern ebenso wie ihre Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber darauf  
504 angewiesen, dass Kitas und Schulen allen Kindern verlässliche Betreuung und  
505 gelingende Bildung garantieren. Ganz gleich, wie die Voraussetzungen sind, wir  
506 wollen, dass gute Bildung unabhängig von der Lebenssituation gelingt. Nachfolgend  
507 führen wir auf, wie wir das in die Tat umsetzen wollen.

#### 508 ***Wir wollen, dass Bildung in Kita und Schule verlässlich für alle Kinder gelingt.***

509 Der Mangel an Fachkräften darf nicht zur Achilles-Ferse unseres Bildungssystems  
510 werden. Gut qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl sind die entscheidende  
511 Voraussetzung für mehr Kita-Plätze, den Ganztags im Grundschulalter, bessere  
512 Bildungsqualität, einen Ausbau der Betreuungszeiten und eine Reduzierung von  
513 Schließzeiten. Wir wollen daher eine **Fachkräfteoffensive für Kitas und Schulen**  
514 **verbindlich zwischen allen Bundesländern vereinbaren**, die unter anderem den Ausbau  
515 von Ausbildungskapazitäten, eine entlohnte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher,  
516 multiprofessionelle Teams, die verstärkte Ansprache von Quereinsteigenden aus anderen  
517 Berufen sowie den Ausbau vollzeitnaher Tätigkeit bei den meist weiblichen  
518 Beschäftigten umfasst.

519 Kein Kind soll ohne die nötigen Grundfertigkeiten in die Schule starten – und keines  
520 die Grundschule verlassen, ohne ausreichend sprechen, zuhören, lesen, schreiben und  
521 rechnen zu können. Spätestens mit vier Jahren und bei der Einschulung muss der  
522 Entwicklungsstand aller Kinder festgestellt und wenn nötig eine **verbindliche**  
523 **Förderung** angeboten werden.



524 Wir wollen beste Bildung und Betreuung für Kinder, Verlässlichkeit für arbeitende  
525 Eltern und gute Arbeit für die Beschäftigten in Kitas garantieren. Für eine gezielte  
526 Förderung von **Kitas in benachteiligten Lagen** wollen wir auch mit Bundesmitteln ein  
527 Startchancenprogramm schaffen und das **Startchancenprogramm an Schulen** sukzessive  
528 ausbauen. Auch der **Digitalpakt Schule** muss fortgesetzt und inhaltlich  
529 weiterentwickelt werden. Der ab 2026 schrittweise geltende **Rechtsanspruch auf**  
530 **Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder** ist für mehr Chancengleichheit ebenso zentral  
531 wie für mehr Verlässlichkeit in der Bildung – und er gilt! Dort, wo wir in  
532 politischer Verantwortung sind, werden wir ihn zuverlässig einlösen und für eine gute  
533 Qualität des Angebotes Sorge tragen.

534 ***Wir wollen, dass alle jungen Menschen ihren Ausbildungsweg frei wählen können.***

535 In Deutschland soll jeder junge Mensch das Beste aus sich und seinen Fähigkeiten  
536 machen können. Allen jungen Menschen müssen alle Ausbildungswege offenstehen. Das ist  
537 unser Versprechen vom **Aufstieg durch Bildung**.

538 Für junge Menschen am Beginn von Ausbildung oder Studium sind derzeit – noch mehr als  
539 in der Bevölkerung insgesamt – die steigenden Lebenshaltungskosten das zentrale  
540 Problem. Wir wollen deshalb die **Mindestausbildungsvergütung anheben**. Mit einer **Reform**  
541 **des BAföG** wollen wir dafür sorgen, dass die Höhe der Ausbildungsförderungsregelmäßig  
542 an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst wird. Darüber hinaus müssen die  
543 Bearbeitungszeiten für BAföG-Anträge verkürzt werden – durch weitere Digitalisierung  
544 und Vereinfachung. Das erfolgreiche **Bundesprogramm Junges Wohnen** wollen wir **fortsetzen**  
545 **und aufstocken**, um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und Studierende zu  
546 schaffen.

547 Darüber hinaus werden wir das **duale Studium** stärker fördern und die Schutzrechte des  
548 Berufsbildungsgesetzes auch auf diesen Ausbildungsweg ausweiten.

549 ***Wir wollen gute Arbeitsbedingungen an Schulen und Kitas.***

550 Kitas und Schulen müssen **attraktive Lern- und Arbeitsorte mit guten**  
551 **Arbeitsbedingungen sein**. Um auch bei den vielen anstehenden Neubauten und Sanierungen  
552 bestmögliche Standards für zeitgemäße Kita- und Schulgebäude zu erfüllen, wollen wir  
553 deshalb mehr Anreize für Träger schaffen.

554 ***Wir wollen das Bildungssystem fit machen für die Einwanderungsgesellschaft.***

555 Unsere Einwanderungsgesellschaft braucht ein Bildungssystem, das Kindern  
556 unterschiedlicher Herkunft **alle Möglichkeiten eröffnet, Kitas und Schulen mit Erfolg**  
557 **zu besuchen**. Wir wollen **Vielfalt auch in Bildungsplänen, Schulbüchern und in den**  
558 **pädagogischen Berufen** widerspiegeln. Schüler\*innen unterschiedlicher Herkunft sollen  
559 sich mit ihnen identifizieren können.

560 Beste Bildung braucht eine **kraftvolle und nachhaltige gesamtstaatliche Finanzierung**.  
561 Wir wollen deswegen die Erbschafts- und Schenkungssteuer reformieren, um **gezielt in**  
562 **bessere Bildung für alle Kinder und Jugendlichen** investieren zu können. Wie schon  
563 beim Startchancenprogramm wollen wir unsere Mittel gezielt dort einsetzen, wo  
564 vorgefundene Nachteile bei den Bildungshintergründen von Elternhaus oder  
565 Nachbarschaft zu Nachteilen für die Bildungschancen von Kindern werden.

566 **5. Wir kämpfen für eine Finanzpolitik, die der Zukunft unseres**  
567 **Landes dient.**

568 Darüber reden, was alles nicht gut ist, das können viele. Wir wollen anpacken. Für  
569 eine gute Zukunft des Landes und unserer Kinder ist heute eine umfassende  
570 Modernisierung nötig. Dies gilt sowohl für die private Wirtschaft als auch für die  
571 öffentliche Daseinsvorsorge: von Kitas, Schulen und Hochschulen, über das  
572 Gesundheitssystem bis hin zur Pflege. Auch Klimaschutz (Erneuerbare Energien und  
573 Netze), Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, erhöhte Verteidigungsbereitschaft  
574 und verbesserte Verkehrsinfrastruktur bedürfen einer großen  
575 Modernisierungsanstrengung. Daher wollen wir eine Ära der Investitionen in die  
576 Zukunft begründen und zeitgleich für finanzielle Solidität sorgen. Dies erfordert  
577 einen gemeinsamen Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen.

578 ***Wir wollen, dass bei der Modernisierung unserer Infrastruktur alle gemeinsam***  
579 ***anpacken.***

580 Wir müssen in das Morgen, Übermorgen und auch in das Überübermorgen investieren. Die  
581 erforderlichen öffentlichen Investitionen müssen rasch getätigt werden, damit der  
582 vorhandene Investitionsstau aufgelöst wird und um bessere Voraussetzungen für private  
583 Investitionen zu schaffen. Eine Privatisierung von Infrastruktur bleibt  
584 ausgeschlossen. Wir stehen für eine generationengerechte Finanzpolitik, die  
585 notwendige Investitionen nicht länger auf künftige Generationen abwälzt. Unsere  
586 Finanzpolitik ist strategisch angelegt und sichert Wachstum ebenso wie den Wandel.  
587 Die Finanzierung des Wandels wird über stabile Staatsfinanzen gewährleistet.  
588 Wir möchten die Finanzierung von wichtigen Zukunftsinvestitionen auf allen Ebenen des  
589 Staates sicherstellen. Denn wir wollen verhindern, dass kommenden Generationen  
590 „Investitionsschulden“ vermachet werden, etwa ein sanierungsbedürftiges Schienennetz  
591 der Bahn, veraltete Schulgebäude oder abgewanderte Arbeitsplätze. Für die  
592 Finanzierung von langfristigen Investitionen ist es sinnvoll, Kredite aufzunehmen.  
593 Auf diese Weise werden die Finanzierungskosten über viele Jahre gerecht verteilt.  
594 Auch kommende Generationen übernehmen einen angemessenen Teil der Rückzahlung, denn  
595 diese Investitionen sollen sowohl den heutigen als auch den künftigen Wohlstand  
596 sichern und steigern.

597 Die Möglichkeit, öffentliche wie auch private Investitionen über **finanzielle**  
598 **Transaktionen** zu fördern, soll stärker genutzt werden, sowohl vom Bund als auch von  
599 den Ländern. Dies erlaubt das Grundgesetz bereits heute. Diese Art der Finanzierung  
600 schafft langfristige Planungssicherheit und ermöglicht die Ausweitung von notwendigen  
601 Zukunftsinvestitionen, bei gleichzeitiger Verteilung der Finanzierungslast auf die  
602 profitierenden Generationen. Wir können auf diesem Wege unter anderem die  
603 Eigenkapitalbasis von öffentlichen Unternehmen stärken und deren öffentliche  
604 Investitionen steigern.

605 Außerdem wollen wir die veralteten Kriterien der Konjunktur-Komponente der  
606 Schuldenregel an die aktuellen wirtschaftlichen Realitäten anpassen, damit unser  
607 Gemeinwesen gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für ein stetiges und  
608 hohes Investitionsniveau sorgen kann.

609 Die aktuelle Schuldenregel ist nicht auf die Herausforderungen unserer Zeit und der  
610 Zukunft ausgelegt. Deshalb wollen wir die **Schuldenregel im Grundgesetz so**



611 **reformieren**, dass Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und in den  
612 Wohlstand nicht behindert werden. Nur so wird das gute Leben auch kommender  
613 Generationen möglich. Nur so werden die nötigen Spielräume für die verabredeten  
614 Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung verlässlich gesichert. Zusätzlich gilt es,  
615 die veralteten Kreditobergrenzen zu reformieren: Neben der Einführung von  
616 Ausnahmetatbeständen für wichtige Zukunftsinvestitionen setzen wir uns für eine  
617 flexiblere Ausgestaltung der Defizitregel selbst ein. Die Länder sollen Möglichkeiten  
618 der Kreditaufnahme erhalten. Dies geschieht im Einklang mit den europäischen  
619 Fiskalregeln.

620 Um in Krisenfällen mehr Sicherheit und langfristigere Planung zu ermöglichen, streben  
621 wir eine **Reform der Notlagenregelungen** an, so dass unser Staat jederzeit und  
622 jahresübergreifend handlungsfähig ist.

623 Die **Tilgungsverpflichtungen** führen zu Einsparzwängen in künftigen Staatshaushalten.  
624 Damit wird die finanzielle Krise künstlich verlängert und die Lasten einer einmaligen  
625 Notsituation werden auf künftige Generationen verschoben. Wir setzen uns daher dafür  
626 ein, diesen ungerechten Mechanismus zu ändern.

627 Wir müssen zum Beispiel kraftvoll in Bildung investieren, den sozial-ökologischen und  
628 digitalen Strukturwandel bewältigen und die Infrastruktur landauf und landab  
629 modernisieren. Nicht allein der Bund, auch Länder und Kommunen brauchen dafür die  
630 nötigen finanziellen Spielräume. Wir schlagen deshalb einen **Zukunftspakt Bund,**  
631 **Länder, Kommunen** vor. Dazu gehört die bereits beschriebene Reform der Schuldenregel,  
632 um auch den Ländern mehr finanziellen Spielraum zu verschaffen. Darüber hinaus wollen  
633 wir die höchsten Vermögen in unserem Land bei der Finanzierung der Gemeinschaft  
634 stärker in die Verantwortung nehmen. Erbschafts- und Schenkungsteuer sowie  
635 Vermögensteuer stärken dann die Einnahmeseite der Länder, denen das Aufkommen aus  
636 diesen Steuern zusteht. Überdies sind die Länder dafür verantwortlich, den Kommunen  
637 eine adäquate Finanzausstattung für die Bewältigung ihrer Aufgaben zukommen zulassen.

638 Auf der **kommunalen Ebene** fällt ohnehin ein großer Teil der für den Strukturwandel  
639 notwendigen Investitionen an. Gleichzeitig ist die finanzielle Situation vieler  
640 Kommunen ernst. Das müssen und wollen wir ändern. Es bedarf endlich einer **Lösung des**  
641 **spezifischen Problems der kommunalen Altschulden**. Dabei wollen wir dafür Sorge  
642 tragen, dass auch die Situation der ostdeutschen Kommunen berücksichtigt wird, welche  
643 ebenfalls durch unverschuldete Altlasten herausgefordert sind, etwa durch die  
644 Situation der alten kommunalen Wohnungsgesellschaften oder das Anspruchs- und  
645 Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG). Darüber hinaus setzen wir uns für  
646 langfristige Unterstützung- und Finanzierungsvereinbarungen zwischen den staatlichen  
647 Ebenen, vor allem für die Bereiche Bildung, Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur,  
648 Städtebau, Wärmeplanung und Energieeffizienz ein. Außerdem sind **größere und moderne**  
649 **Kapazitäten zur Infrastrukturplanung der Kommunen** erforderlich, etwa für  
650 kommunenübergreifende Investitionsplanung oder gemeinsamen Personaleinsatz. Wir  
651 wollen eine systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen erreichen. Über den  
652 Deutschlandfonds wollen wir kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Energieversorger und  
653 Verkehrsunternehmen durch Eigenkapitalzuschüsse bzw. langfristige Darlehen stärken.

654 Auf europäischer Ebene hat Next Generation EU einen entscheidenden Impuls für  
655 nachhaltige Zukunftsinvestitionen gegeben. Wir wollen die europäische Wirtschaft und  
656 ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Transformation unterstützen.

657 Wir wollen den **Mehrjährigen Finanzrahmen** reformieren und ihn stärker auf zentrale  
658 Politikbereiche der EU ausrichten, die einen erkennbaren europäischen Mehrwert  
659 liefern und in diesen verstärkt investieren. Die Rückzahlung von Next Generation EU  
660 darf nicht zulasten bereits jetzt unterfinanzierter Programme und strategisch  
661 wichtiger Investitionen gehen. Durch echte EU-Eigenmittel machen wir die EU  
662 finanziell unabhängiger von den nationalen Regierungen.

663 Die **Regionalförderung der EU** (Kohäsionspolitik) hat seit der Wiedervereinigung  
664 erheblich dazu beigetragen, strukturschwache Regionen Ostdeutschlands zu  
665 wettbewerbsfähigen und lebenswerten Regionen zu entwickeln. Dies muss auch zukünftig  
666 gesichert sein. Einer Zentralisierung der Kohäsionspolitik werden wir nicht  
667 zustimmen. Wir setzen uns dafür ein, die Kohäsionspolitik bedarfsgerecht  
668 weiterzuentwickeln, damit der ökologische und digitale Strukturwandel gemeistert  
669 werden kann. Den Just Transition Fund werden wir auf alle Industrieregionen  
670 ausweiten.

671 Wir benötigen überdies eine Stärkung der Staatseinnahmen durch ein gerechtes  
672 Steuersystem. Dazu gehört auch, Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität weiter zu  
673 bekämpfen. So gilt es, **Umsatzsteuerbetrug** vor allem in bargeldintensiven Branchen  
674 weiter zurückzudrängen und die bisher ergriffenen Maßnahmen weiterzuentwickeln und zu  
675 ergänzen. Wir setzen uns für den Aufbau und die Stärkung einer Behörde im Kampf gegen  
676 Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Geldwäsche ein. Außerdem gehen wir  
677 weiterhin entschieden gegen Geldwäsche vor, schließen die Lücken im  
678 **Transparenzregister**, machen es wieder für die Zivilgesellschaft zugänglich und setzen  
679 uns für die effektive Bekämpfung von Vermögensverschleierung ein. Wir wollen weiter  
680 bei Steuervermeidung und schädlichem Steuerwettbewerb gegensteuern. Dazu gehört eine  
681 **Mitteilungspflicht über innerstaatliche Steuergestaltungen**. Außerdem setzen wir uns  
682 für eine **einheitliche Basis-Körperschaftsteuer von 15 Prozent auf einer einheitlichen**  
683 **Bemessungsgrundlage** in Europa ein.

684 Bei der Bewältigung der Generationenaufgabe Wiedervereinigung hat sich der  
685 **Solidaritätszuschlag** bewährt. Wir werden dieses Instrument weiterführen; es dient der  
686 Finanzierung der Transformation unseres Landes. In der Einkommensteuer haben wir 90  
687 Prozent der Steuerpflichtigen bereits vor einiger Zeit von der Zahlung des  
688 Solidaritätszuschlags entlastet. Nur die Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen  
689 (10 Prozent) gehören zum Kreis der Soli-Zahler. Außerdem gehören  
690 Kapitalgesellschaften und Bezieher von Kapitalerträgen dazu. Wir stellen sicher, dass  
691 der Kreis der betroffenen Steuerpflichtigen nicht größer wird und nicht mehr  
692 Bürgerinnen und Bürger als heute den Soli entrichten.

693 ***Wir wollen, dass auch (Hoch-)Vermögende einen gerechten Beitrag zur Finanzierung der***  
694 ***Investitionen in unsere Zukunft leisten.***

695 In Deutschland werden Einkommen aus Arbeit stärker als Vermögen besteuert. Dies  
696 wollen wir verändern und mehr Steuergerechtigkeit schaffen. Eigentum gibt Sicherheit,  
697 aber Eigentum verpflichtet auch. Daher wollen wir die vermögensbezogene Besteuerung  
698 stärken und Spitzenvermögen stärker an der Finanzierung der Modernisierung unseres  
699 Landes und unserer Gemeinschaft beteiligen. Die **Erbschaft- und Schenkungsteuer** in  
700 ihrer heutigen Form ist nicht gerecht, denn die übermäßige Privilegierung großer  
701 Unternehmensvermögen führt dazu, dass bei der Übertragung solcher Multimillionen-  
702 oder Milliardenvermögen oftmals nur sehr wenig oder gar keine Steuern gezahlt werden.

703 Diese Ungerechtigkeit wollen wir abschaffen. Innerhalb des bestehenden progressiven  
704 Steuertarifs führen wir eine effektive Mindestbesteuerung für große Betriebsvermögen  
705 ein, die auch für vermögenshaltende Familienstiftungen gilt. Die persönlichen  
706 Freibeträge wollen wir erhöhen, um den Vermögenspreissteigerungen seit der letzten  
707 Anpassung Rechnung zu tragen. Das selbstgenutzte Familienheim bleibt auch in Zukunft  
708 unangetastet. Die ausgesetzte **Vermögensteuer** wollen wir für sehr hohe Vermögen  
709 revitalisieren. Darüber hinaus unterstützen wir auch die von Brasilien im Rahmen der  
710 G20 angestoßenen Pläne für eine **international koordinierte Mindeststeuer für**  
711 **Superreiche**. Ein international abgestimmtes Vorgehen schafft notwendige Transparenz  
712 über Vermögensanhäufung und macht Steuervermeidung unattraktiv. Die Steuereinnahmen  
713 aus Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie Vermögensteuer stehen den Ländern zu, in  
714 deren Verantwortungsbereich die Bildungspolitik liegt. Es ist daher unser Ziel, dass  
715 die Länder, die aufgrund unserer Reformen erzielten Mehreinnahmen für die dringend  
716 erforderliche Stärkung und Modernisierung des Bildungssystems aufwenden.

717 Außerdem wollen wir die Abgeltungsteuer abschaffen und **Einkommen aus Kapital** wieder  
718 über den Einkommensteuertarif besteuern. Anders als an den Finanzplätzen Paris oder  
719 Mailand, werden Finanztransaktionen in Deutschland bisher nicht besteuert. Daher  
720 wollen wir eine **Finanztransaktionssteuer** einführen. Dies soll möglichst im Einklang  
721 mit unseren europäischen Partnern geschehen.

722 Wenn eine nicht selbst genutzte **Immobilie** privat verkauft wird, ist der Gewinn nach  
723 Ablauf einer **Spekulationsfrist** von zehn Jahren aktuell steuerfrei. Das wollen wir  
724 ändern und damit für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Außerdem werden auf diese Weise  
725 Anreize für rein spekulative Immobilienkäufe reduziert und gleichzeitig Anreize für  
726 langfristige Investitionen in Immobilien erhöht. Daraus können sich auch positive  
727 Effekte auf das Angebot auf dem Wohnungsmarkt ergeben.

## Beschäftigte und ihre Familien entlasten

728 Viel ist in diesen Zeiten in der Politik, der Wirtschaft und den Medien von  
729 Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern die Rede. **Für uns sind das die, die viel**  
730 **leisten – und nicht nur die, die sich viel leisten können.** Mit ihrer Arbeit – sei sie  
731 bezahlt oder unbezahlt – sichern sie den Zusammenhalt und den Wohlstand in unserer  
732 Gesellschaft. Das sind die vielen Beschäftigten in der Industrie, die Pflegekräfte,  
733 Feuerwehrleute, Lehrkräfte, Handwerkerinnen und Handwerker, aber auch Menschen, die  
734 sich um andere Familienmitglieder kümmern, beispielsweise um die Kinder oder auch um  
735 pflegebedürftige ältere Menschen. Unser Respekt bemisst sich nicht an ihrem Gehalt.  
736 Unser Respekt bemisst sich an ihrer Leistung, die sie viel zu oft unter enormen  
737 Belastungen und ohne die Anerkennung erbringen, die sie verdienen. **Unseren Respekt**  
738 **und unsere Anerkennung zeigen wir, indem wir für bessere Löhne, gerechte Steuern und**  
739 **Abgaben, für sichere Arbeitsplätze und eine stabile Rente sorgen.**

740 Es gehört aber auch zu unserem Respekt, die Auswirkungen der Inflation abzufedern,  
741 für bezahlbaren Wohnraum und ein verlässliches System von Bildung, Betreuung und  
742 Pflege zu sorgen. Die Beschäftigten und ihre Familien brauchen Verlässlichkeit im  
743 Alltag, Erleichterungen wie zum Beispiel eine Termingarantie beim Arzt und eben einen  
744 Staat, der einfach funktioniert.

### 745 **6. Wir kämpfen für ein bezahlbares Zuhause.**

746 Wohnen ist ein Menschenrecht! Wer wohnt, hat eine kleine Heimat für sich und die  
747 Familie. Wohnen definiert die Lebensqualität eines jeden von uns. Und wir stehen  
748 dafür ein! Jeder Mensch hat ein Anrecht darauf, nicht nur ein Dach über dem Kopf,  
749 sondern Sicherheit und Geborgenheit in einem bezahlbaren Zuhause zu finden. Deshalb  
750 ist Wohnen für uns ein öffentliches Gut, das nicht allein dem privaten Markt  
751 überlassen bleiben darf. **Das ist eine öffentliche Angelegenheit.** Wir wollen den  
752 akuten Wohnraumangel mit einer Investitions-, Steuer- und  
753 Entbürokratisierungsoffensive überwinden und Planungs- und Genehmigungsverfahren  
754 beschleunigen. Wohnungslosigkeit wollen wir 2030 überwunden haben. Die Schaffung und  
755 der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum ist eine staatliche Daueraufgabe. Wir stärken  
756 gleichzeitig den privaten Wohnungsbau, in dem wir unter anderem durch einen weiteren  
757 Bürokratieabbau gute Rahmenbedingungen für private Investitionen setzen. Mieterinnen  
758 und Mieter wollen wir vor Mietwucher und Überforderung schützen.

### 759 ***Wir wollen die Mietpreisentwicklung bremsen.***

760 Ende 2025 laufen die Mietpreisbremsen aus. Die Mietpreisbremse ist ein sehr gutes  
761 Instrument, um die steigenden Mieten einzudämmen. Und wir wollen langfristig für  
762 stabile und bezahlbare Mieten in angespannten Wohnungsmärkten sorgen. In  
763 Ballungsgebieten soll Kurzzeitvermietung auf ein Mindestmaß reduziert werden. Die  
764 **Mietpreisbremse** soll unbefristet gelten, um langfristig für stabile und bezahlbare  
765 Mieten in angespannten Wohnungsmärkten zu sorgen. Wir werden dafür sorgen, dass die  
766 Mietpreisbremse nicht durch zum Beispiel (teil-)möblierte und befristete  
767 Wohnungsangebote umgangen werden kann. **Indexmietverträge** sollen nur noch an die  
768 Entwicklung der Nettokaltmieten statt an die Inflationsrate gekoppelt sein dürfen.

769 **Zweckentfremdung** und Leerstand von Wohnraum durch Kurzzeitvermietung sind zu  
770 unterbinden. Es soll mehr **Transparenz über Bestandsmieten und Neuvermietungs-  
771 mieten** geben. **Mietwucher** muss wirksam unterbunden werden, unter anderem durch Verschärfung  
772 des Wirtschaftsstrafrechts.

773 Wir wollen den dramatischen Anstieg der Mieten in Ballungsgebieten stoppen. Deswegen  
774 wollen wir, dass in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt nur eine maximale  
775 Mietsteigerung von sechs Prozent in drei Jahren bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete  
776 gestattet ist. Den Mietspiegel-Betrachtungszeitraum wollen wir auf zehn Jahre  
777 ausweiten und preisgebundenen Wohnraum in die Betrachtung einbeziehen. Die  
778 Nebenkosten für Mieterinnen und Mieter sollen transparenter und einfacher  
779 nachvollziehbar sein.

780 Die Grundsteuer ist eine Steuer auf Eigentum an Grund und Boden. Mieterinnen und  
781 Mieter wollen wir bei der Grundsteuer entlasten. Die **Umlagefähigkeit der Grundsteuer**  
782 darf deshalb nicht so weit gehen, dass der Eigentümer sämtliche Lasten auf die  
783 Mietparteien umlegen darf.

784 Mit dem Wohngeld unterstützen wir gezielt Erwerbstätige sowie Rentnerinnen und  
785 Rentner. Wir haben die Erweiterung des Wohngelds zu Wohngeld plus umgesetzt, das  
786 heißt, deutlich mehr Menschen profitieren von einer Unterstützung. Im Wohngeldgesetz  
787 haben wir außerdem die regelmäßige automatische Erhöhung des Wohngelds an die reale  
788 Preis- und Mietpreisentwicklung festgeschrieben. Ähnlich wollen wir auch für Menschen  
789 in Ausbildung eine regelmäßige und **automatische Erhöhung der BAföG-  
790 Wohnkostenpauschale** festschreiben. Die Unterstützung muss kontinuierlich den realen  
791 Mietpreisentwicklungen folgen.

792 ***Wir wollen, dass mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden.***

793 Um das Angebot bezahlbaren Wohnraums mittel- und langfristig zu stabilisieren, sind  
794 gemeinschaftliche Kraftanstrengungen für schnelleres Bauen und eine soziale  
795 Bodenpolitik notwendig. Wir wollen dafür die richtigen Rahmenbedingungen und Impulse  
796 setzen.

797 Wir wollen die **Investitionen in den sozialen Wohnungsbau** auf hohem Niveau stärken und  
798 verstetigen. Wir werden künftig staatliche Bedarfsprognosen nach Regionen  
799 differenzieren. Das ist die Grundlage für die Neubauziele der Bundesregierung und für  
800 die dazu notwendige Förderung. Über den Deutschlandfonds werden wir  
801 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften mit dem nötigen Eigenkapital  
802 versorgen und damit den Wohnungsbau ankurbeln.

803 Der Bund geht mit einer neuen **bundeseigenen Wohnungsgesellschaft** voran, um durch  
804 eigene Wohnraumförderung den Markt zu entlasten und Wohnraum für Angestellte und  
805 Beamte des Bundes zu schaffen. Das **Genossenschaftsprogramm** soll verstetigt und  
806 ausgebaut werden.

807 Wir wollen die in vielen Regionen rasante Preisentwicklung bei Grund und Boden  
808 stoppen. Wir brauchen eine **Trendwende zu einer sozialen Bodenpolitik**, denn Boden ist  
809 ein unvermehrbares Gut. Seine Nutzung soll auch dem Gemeinwohl dienen. Um eine  
810 langfristige und nachhaltige Stadtentwicklung zu ermöglichen, müssen Kommunen beim  
811 Aufbau von **Bodenfonds** unterstützt werden. Es sollen Modelle unterstützt werden, durch  
812 die Kommunen von **Bodenwertsteigerungen** durch Planung profitieren. Das **Vorkaufsrecht  
813 für Kommunen** muss gestärkt werden.

814 Baukosten müssen gesenkt und Verfahren beschleunigt werden. Unser Ziel: Der  
815 **Bürokratieabbau** muss fortgesetzt werden und die Bauverwaltung einen  
816 Digitalisierungsschub erhalten. Zuviel Bürokratie und fehlende Digitalisierung  
817 verlängern Prozesse und Entscheidungswege. Das **Bündnis bezahlbarer Wohnraum** soll  
818 verstetigt und ausgebaut werden. Vereinfachte Baustandards wie der Gebäudetyp E  
819 müssen weiterentwickelt werden. Im **seriellen und modularen Bauen** stecken große  
820 Potenziale, die wir heben wollen. Förderprogramme im Baubereich sollen zukünftig zu  
821 festen Förderkonditionen für die Dauer der Legislaturperiode verlässlich angeboten  
822 werden.

823 **Barrierefreiheit und lebensphasengerechtes Wohnen** sind unser Ziel. Wir wollen den  
824 Abbau von Barrieren für generationenübergreifendes gemeinschaftliches Leben fördern.  
825 Barrierefreiheitsoll als Standard stärker in der Fördersystematik verankert werden.

826 ***Wir wollen den Traum vom Wohneigentum unterstützen.***

827 Viele Menschen träumen von den eigenen vier Wänden. Aber diese Träume sind immer  
828 schwieriger zu erreichen. Auch hier packen wir an. Wir wollen, dass Träume vom  
829 Eigenheim Wirklichkeit werden können. Wohneigentum dient der Wohnraumversorgung und  
830 ist darüber hinaus Teil der Vermögensbildung und Alterssicherung. Das Programm „**Jung**  
831 **kauft Alt**“ wollen wir verstetigen und ausbauen. Es hilft besonders der  
832 Eigentumsförderung junger Familien, die vor allem in kleinen Städten und Gemeinden  
833 auf der Suche nach einem Eigenheim sind. Durch zinsgünstige Kredite und Zuschüsse zur  
834 energetischen Sanierung bekommen sie die Chance, sich ihren Traum zu erfüllen.  
835 Zugleich leistet das Programm einen wichtigen Beitrag für lebenswerte Innenstädte und  
836 Dörfer, insbesondere in den ländlichen Regionen.

837 Um eine soziale und demografische Stabilität in den Gemeinden zu gewährleisten,  
838 sollen außerdem **Einheimischen-Modelle** und **Konzeptvergaben** bei der Vergabe von Bauland  
839 gestärkt werden. Einheimischen-Modelle ermöglichen es Kommunen, ortsansässigen  
840 Familien und Personen vergünstigtes Bauland anzubieten. Dies gibt wiederum  
841 insbesondere jungen Familien die Chance, in ihrer Heimatgemeinde Eigentum zu  
842 erwerben, und trägt dazu bei, den sozialen Zusammenhalt vor Ort zu stärken.  
843 Gleichzeitig wirken diese Modelle spekulativen Preissteigerungen entgegen.

844 Mit Konzeptvergaben wird gewährleistet, dass die Vergabe von Grundstücken nicht  
845 ausschließlich nach Höchstgeboten erfolgen muss. Soziale Durchmischung, nachhaltiges  
846 Bauen und innovative Wohnformen sollen besonders berücksichtigt werden. Dadurch  
847 können Kommunen gezielt Projekte fördern, die langfristig einen Mehrwert für das  
848 Gemeinwesen schaffen, zum Beispiel Wohnen für Alleinerziehende, genossenschaftliche  
849 Wohnprojekte oder generationenübergreifendes Wohnen.

## 850 **7. Wir kämpfen für Arbeit, die ein gutes Leben ermöglicht.**

851 Wer jeden Tag arbeitet, muss ein selbstbestimmtes Leben mit einem guten Auskommen  
852 führen können. Wir wollen für eine gerechtere Verteilung des erarbeiteten Wohlstands  
853 sorgen. Wir stehen sowohl für gerechte Bezahlung als auch für gerechte Besteuerung.

### 854 ***Wir wollen guten Lohn für alle.***

855 Die Höhe des **gesetzlichen Mindestlohns** muss sich an den Empfehlungen der europäischen  
856 Richtlinie orientieren, also an mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens in

857 Deutschland. Wir werden dafür sorgen, dass dieses europäische Recht von der  
858 Mindestlohnkommission künftig berücksichtigt wird. Dementsprechend muss der  
859 Mindestlohn spätestens ab 2026 bei 15 Euro liegen.

860 Gerade in Ostdeutschland, wo viele Regionen nach wie vor mit niedrigeren  
861 Durchschnittslöhnen und einer geringen Tarifbindung zu kämpfen haben, und in den  
862 Berufen, die viele Frauen ausüben, ist wegen der oft schlechten Bezahlung der  
863 gesetzliche Mindestlohn von enormer Bedeutung. Entscheidend bleibt aber, die  
864 Tarifbindung zu stärken, um die Löhne in Ostdeutschland zu stärken und langfristige  
865 Löhne oberhalb des Mindestlohns zu sichern.

866 Wir werden die **Tarifbindung deutlich erhöhen**. Wer mit Tarifvertrag arbeitet, bekommt  
867 höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Wir werden mit einem  
868 **Bundestariftreuegesetz** dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge des Bundes nur an  
869 Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen. Dieser Grundsatz muss  
870 auch für europäische öffentliche Aufträge gelten. Deshalb setzen wir uns auch für ein  
871 **europäisches Tariftreuegesetz** ein. Wenn öffentliche Gelder und Fördermittel für die  
872 Bewältigung der Transformation von Unternehmen eingesetzt werden, sollen sie  
873 konsequent an die Kriterien Tarifbindung, Standortentwicklung,  
874 Beschäftigungssicherung und Qualifizierungsstrategien gebunden werden. Wir werden die  
875 **Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen** erleichtern und ein  
876 **Verbandsklagerecht für Gewerkschaften** einführen.

877 Das Streikrecht gewährleistet Tarifverhandlungen auf Augenhöhe. Die Sozialdemokratie  
878 erteilt allen Versuchen, das **Streikrecht** einzuschränken, eine klare Absage.

879 Wir wollen die Ungerechtigkeit beenden, dass Frauen immer noch weniger verdienen als  
880 Männer, und deswegen die EU-Entgelttransparenzrichtlinie bis 2026 in nationales Recht  
881 umsetzen. Wir werden das deutsche Entgelttransparenzgesetz zu einem **wirksamen**  
882 **Lohngerechtigkeitsgesetz** weiterentwickeln. Wir setzen uns zudem weiter für eine  
883 Aufwertung der sozialen Dienstleistungsberufe ein.

884 **Wir wollen, dass 95 Prozent der Steuerzahlenden mehr Netto vom Brutto haben.**

885 Wir sind die Partei der Mitte. Und als solche setzen wir uns auch dafür ein, dass die  
886 arbeitende Mitte der Gesellschaft mehr Netto vom Brutto erhalten soll. Das aktuelle  
887 Steuersystem belastet Arbeitseinkommen relativ stark, Vermögen hingegen relativ  
888 gering. Das ist nicht gerecht und deshalb wollen wir das ändern. Der  
889 **Einkommensteuertarif** nimmt derzeit gerade mittlere Einkommen relativ stark in  
890 Anspruch. Wir wollen **die große Mehrheit der Einkommensteuerpflichtigen entlasten**  
891 **(etwa 95 Prozent)** und dafür unter anderem **Spitzeneinkommen und -vermögen** stärker an  
892 der Finanzierung des Gemeinwohls und der Modernisierung unseres Landes beteiligen.  
893 Aufgrund von **Steuerbürokratie** geben viele Einkommensteuerpflichtige aktuell keine  
894 Steuererklärung ab und verzichten somit auch auf mögliche Erstattungen. Wir wollen  
895 Steuerbürokratie abbauen: Die **vorausgefüllte Einkommensteuererklärung** soll zum  
896 Standard werden. Sobald diese vorliegt, werden die Steuerpflichtigen durch die  
897 Finanzbehörden aktiv darüber informiert. Mögliche **Erstattungen** sollen **automatisch**  
898 erfolgen. Damit sich Mehrarbeit auszahlt, werden Zuschläge für Mehrarbeit, die über  
899 die tariflich vereinbarte Vollzeitarbeit hinausgehen, steuer- und beitragsfrei  
900 gestellt. Wir werden einen neuen steuerlichen Anreiz zur Ausweitung der Arbeitszeit  
901 von Teilzeitbeschäftigten schaffen: Wenn Arbeitgeber eine Prämie für die Ausweitung



902 der Arbeitszeit zahlen, werden wir diese Prämie steuerlich begünstigen. Missbrauch  
903 werden wir ausschließen.

904 ***Wir wollen bezahlbare Lebensmittelpreise.***

905 Die Preise für Lebensmittel sind seit der Corona-Pandemie empfindlich gestiegen.  
906 Davon profitieren aber nicht die Erzeuger, sondern wenige große Lebensmittelkonzerne.  
907 Und es belastet vor allem Familien, Alleinerziehende oder von Armut betroffene  
908 Menschen.

909 Höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen, die sich konsequent an der Entwicklung der  
910 Lebenshaltungskosten orientieren, sind darauf eine wesentliche, aber nicht die  
911 einzige Antwort.

912 In Zeiten steigender Preise gerade für die Lebensmittel des täglichen Bedarfs wollen  
913 wir den ermäßigten **Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel von sieben Prozent auf fünf**  
914 **Prozent senken**. Damit unterstützen wir die Bürgerinnen und Bürger nach Jahren der  
915 massiven Preissteigerungen. Die Erfahrung zeigt, dass bei einer Senkung der  
916 Mehrwertsteuer die Händler den überwältigenden Teil der Steuersenkung an  
917 Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben. Die Senkung der Mehrwertsteuer kommt  
918 bei allen Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Einkauf an, denn auf den Kauf von  
919 Grundnahrungsmitteln kann niemand verzichten. Die Senkung der Mehrwertsteuer hilft  
920 insbesondere Haushalten mit geringeren Einkommen, da die Ausgaben für Lebensmittel  
921 einen besonders hohen Anteil am Einkommen ausmachen.

922 Zudem müssen wir die Marktmacht der wenigen großen Lebensmittelhändler scharf  
923 beobachten, die zu übermäßigen Preissteigerungen zwecks Ausdehnung der Gewinnmargen  
924 führen kann. Dazu wollen wir **die zuständigen Behörden stärken**, die die Entwicklung  
925 und Zusammensetzung ausgewählter Lebensmittelpreise von der Produktion bis zum  
926 Verkauf transparent und öffentlich machen. Die zuständigen Behörden sollen prüfen, ob  
927 es zu wettbewerbsrechtlichen Verstößen kommt.

928 **8. Wir kämpfen für stabile Renten.**

929 Die gute Absicherung im Alter ist ein Kernversprechen unseres Sozialstaats. Wer  
930 jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat, muss auf dieses Versprechen vertrauen können.  
931 Der Wert der Arbeit spiegelt sich auch in guten Renten im Alter. Dies gilt auch für  
932 die heute jungen Menschen, die jetzt ins Erwerbsleben kommen und viele Jahre Beiträge  
933 zahlen werden. Wir lehnen die Rentenkürzungspläne von Union und FDP ab.

934 ***Wir wollen, dass Deine Arbeit auch in der Rente ihren Wert behält.***

935 Die gesetzliche Rentenversicherung ist die erste starke Säule der Alterssicherung und  
936 muss es bleiben. Es geht uns um einen guten Lebensstandard im Alter. Das  
937 Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss deshalb stabilisiert werden. Für die  
938 Lebensstandardsicherung müssen aber auch die zweite, betriebliche Säule und die  
939 dritte, private Säule stärker gefördert werden, damit insbesondere Geringverdiener  
940 überhaupt die Chance bekommen, vorzusorgen.

941 Wir sorgen dafür, dass das Niveau der **gesetzlichen Rentenversicherung** dauerhaft bei  
942 mindestens 48 Prozent gesichert wird. Dies ist auch im Interesse derjenigen, die in  
943 Zukunft in Rente gehen. Denn nach geltendem Recht läuft diese Stabilisierung des  
944 Rentenniveaus schon zum 1. Juli 2025 aus. Damit würde es in Zukunft sinken bzw.



945 stärker von der allgemeinen Lohnentwicklung entkoppelt. Auch wenn die Renten in  
946 absoluten Werten nicht sinken, wäre dies faktisch eine Rentenkürzung in der Zukunft.  
947 Ein abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wird mit der SPD auch  
948 künftig zwei Jahre früher möglich bleiben. Das haben sich gerade Menschen verdient,  
949 die früh begonnen haben zu arbeiten. **Eine Anhebung der Regelaltersgrenze lehnen wir**  
950 **ab.**

951 Wir haben die Grundrente eingeführt und die Leistung für Erwerbsgeminderte  
952 verbessert. Darauf werden wir aufbauen.

953 Wir wollen all diejenigen besser unterstützen, die nach dem Erreichen des  
954 Rentenalters noch weiterarbeiten wollen. Darum schaffen wir das  
955 Vorbeschäftigungsverbot ab, es kann also ein neuer befristeter Arbeitsvertrag mit  
956 demselben Arbeitgeber geschlossen werden. Für alle, die das Rentenalter erreicht  
957 haben, soll der Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung und auch der  
958 Rentenversicherung direkt an die Beschäftigten ausgezahlt werden. Zudem sollen sie  
959 anstelle monatlicher Zuschläge auf die Rente auch eine Einmalzahlung in Anspruch  
960 nehmen können.

961 Wir wollen mehr Erwerbstätige in die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung  
962 einbeziehen. Wir wollen alle Selbstständigen absichern, die oft ein hohes  
963 Schutzbedürfnis haben. Dabei kommt es auf gute Lösungen an, die auch bei zunehmenden  
964 Wechseln der Beschäftigungsform eine grundlegende Altersabsicherung und eine  
965 Versicherung gegen das Risiko der Erwerbsminderung bieten.

966 Die Hinterbliebenenrenten wollen wir verbessern, indem wir die Anrechnung von  
967 Einkommen anpassen.

968 Wir wollen eine attraktive **betriebliche Altersvorsorge** stärker fördern, die im Rahmen  
969 von Tarifverträgen ausgestaltet werden kann. Angebote ohne Beitragsgarantie, aber mit  
970 höherer Renditeerwartung wollen wir stärker verbreitern. Hierzu werden wir  
971 insbesondere die steuerliche Förderung der Betriebsrente für Geringverdiener  
972 ausbauen.

973 Eine ergänzende **private Altersvorsorge** kann einen Beitrag dazu leisten, den  
974 Lebensstandard im Alter zu halten. Staatliche Förderung für private Altersvorsorge  
975 wollen wir nur für solche neuen Altersvorsorgeprodukte zulassen, deren Kosten  
976 transparent und gedeckelt sind. Die staatliche Förderung soll differenziert  
977 ausgestaltet und auf kleine und mittlere Einkommensbezieher konzentriert werden, die  
978 sich sonst gar keine oder nur eine geringe private Altersvorsorge leisten können.

## 979 **9. Wir kämpfen für einen verlässlichen Alltag für Familien.**

980 Familie – das ist dort, wo Menschen aufeinander achtgeben und füreinander eintreten  
981 wollen. Familie heißt, verbunden und geborgen zu sein. Familie – dahinter steckt ein  
982 Wertesystem aus Verantwortung, Fürsorge, Liebe und Respekt. Familie fängt uns auf,  
983 gibt uns Schutz, Kraft und Mut für die manchmal raue Außenwelt. Auch unsere  
984 Demokratie ist in der Familie angelegt, denn im Familienrat werden alle gehört, alle  
985 haben eine Stimme. Eine Gesellschaft wird davon geprägt, wie gut es den Familien  
986 geht.

987 Was Familien für unsere Gesellschaft leisten, dürfen wir nicht als selbstverständlich  
988 erachten. Doch von warmen Worten alleine hat es die Familie nicht leichter. Wir

989 machen Familien stark. Wir setzen auf ein Maßnahmenpaket, um Kinderarmut weiter zu  
990 bekämpfen: mit der Unterstützung der Erwerbseinkommen durch Wohngeld, Kindergeld und  
991 Kinderzuschlag, mit Angeboten von Betreuung, Bildung und Pflege, auf die man sich  
992 verlassen kann. Denn der Alltag von Familien ist auch ohne Unterrichtsausfall und  
993 überraschende Schließzeiten stressig genug.

994 **Wir wollen den Eltern mehr Zeit für die Familie geben und Partnerschaftlichkeit**  
995 **fördern.**

996 Für ein gelingendes Familienleben brauchen berufstätige Eltern Zeit und den nötigen  
997 Freiraum, um ihren Alltag partnerschaftlich zu organisieren. Wir wollen deshalb eine  
998 **Familienstartzeit einführen**: Väter oder Partnerinnen und Partner sollen sich für die  
999 ersten zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes bei voller, umlagefinanzierter  
1000 Lohnfortzahlung freistellen lassen können. Wir wollen einen **gestaffelten Mutterschutz**  
1001 bei Fehlgeburten einführen. Wir halten es zudem für richtig, dass die nächste  
1002 Bundesregierung ein Konzept für einen **Mutterschutz für Selbstständige** entwickelt.

1003 Das **Elterngeld und die Elternzeit** bleiben eine Erfolgsgeschichte. Während andere hier  
1004 kürzen wollen, setzen wir auf eine Weiterentwicklung, um noch stärkere Anreize für  
1005 Väter zu setzen, deren Verhandlungsposition am Arbeitsplatz zu stärken und Familien  
1006 in der frühen Phase besser zu unterstützen. Jeder Elternteil soll Anspruch auf sechs  
1007 nicht übertragbare Monate Elterngeld erhalten. Zusätzlich gibt es weitere sechs  
1008 Monate, die frei auf beide Elternteile verteilt werden können. **Damit steigt die**  
1009 **Gesamtzahl der Elterngeldmonate von jetzt 14 auf 18 Monate.**

1010 Die konkrete Ausgestaltung der Arbeitszeit ist ein Kernbestandteil der  
1011 Tarifautonomie. Die Tarifvertragsparteien können in den Branchen besser die  
1012 jeweiligen Bedürfnisse und Gegebenheiten beurteilen und passgenaue Lösungen finden.  
1013 Wir unterstützen die Gewerkschaften in dem gemeinsamen Ziel, dem gesteigerten  
1014 Bedürfnis der Beschäftigten nach flexibleren Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzung  
1015 oder mehr Wahloptionen und einer damit einhergehenden besseren Vereinbarkeit von  
1016 Arbeit und Freizeit Rechnung zu tragen.

1017 **Wir wollen Eltern und Familien entlasten.**

1018 Um Eltern im Alltag wirksam zu entlasten, braucht es darüber hinaus eine **gute und**  
1019 **verlässliche Infrastruktur für Bildung, Betreuung und Alltagshilfen**. Familien müssen  
1020 sich auf die Bildung und Betreuung in Kitas und Schulen verlassen können – in  
1021 zeitlicher und auch in qualitativer Hinsicht. Alle Kinder sollen von Anfang an beste  
1022 Chancen für ein gutes Aufwachsen haben. Sie sollen die Unterstützung bekommen, die  
1023 sie brauchen.

1024 Wir wollen Familien helfen, den alltäglichen Spagat zwischen Kindererziehung, Arbeit,  
1025 Haushalt, Pflege und auch Erholung besser bewältigen zu können. Mit einem jährlichen  
1026 Familienbudget für Alltagshelfer wollen wir sozialversicherungspflichtige  
1027 haushaltsnahe Dienstleistungen direkt fördern und einfach digital zugänglich machen.  
1028 Das hilft auch im Kampf gegen Schwarzarbeit.

1029 Wir wollen die **Frühen Hilfen** für Familien in belasteten Lebenslagen schrittweise bis  
1030 zum Ende der Grundschulzeit ausweiten. Die derzeitige Trennung von Jugendhilfe,  
1031 Schule und Gesundheitsleistungen wollen wir überwinden und die Angebote  
1032 zusammenführen, vor allem in **Familienzentren an Kitas und Schulen, die alle Familien**

1033 **erreichen.**

1034 In allen Bildungseinrichtungen setzen wir uns für eine **gute und kostenfreie**  
1035 **Verpflegung** ein. Dabei werden wir die Empfehlungen des Bürgerrats zum Thema  
1036 „Ernährung im Wandel“ beachten. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir dafür sorgen,  
1037 dass alle Kita-Kinder und alle Schülerinnen und Schüler in den Einrichtungen ein  
1038 gesundes und kostenloses Mittagessen erhalten. Wir wollen die **Besteuerung von**  
1039 **Familien reformieren** und für Paarfamilien die bereits eingeleitete Überführung der  
1040 Steuerklassen-Kombination III/V in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV umsetzen.  
1041 Für Alleinerziehende wollen wir den Entlastungsbetrag in einen Abzug von der  
1042 Steuerschuld umwandeln.

1043 ***Wir wollen soziale Teilhabe für Kinder und Familien sichern.***

1044 Mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlags haben wir eine bessere  
1045 Unterstützung von Familien erreicht. Wir wollen, dass Familien mit eigenem niedrigen  
1046 Lohneinkommen mit einer Kombination aus **Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld** nicht  
1047 auf ergänzendes Bürgergeld angewiesen sind. Mit einer **zentralen Ansprechstelle** soll  
1048 die Zugänglichkeit dieser Leistungen weiter verbessert und die (digitale) Beantragung  
1049 weiter erleichtert werden. Wo möglich sollen Leistungen automatisch beantragt und  
1050 ausgezahlt werden.

1051 Einsamkeit kann jeden Menschen betreffen. Es ist eine komplexe gesellschaftliche  
1052 Herausforderung mit zahlreichen möglichen negativen Auswirkungen auf die Gesundheit  
1053 und das soziale Miteinander. Wir setzen uns für eine grundlegende Erforschung und  
1054 Bekämpfung von Einsamkeit ein.

1055 ***Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen stark und sicher aufwachsen können.***

1056 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf echte Mitbestimmung! Wir werden **starke**  
1057 **Kinderrechte** auch im Grundgesetz verankern, um Schutz, Beteiligung und Förderung  
1058 sicherzustellen. Ab 16 Jahren sollen junge Menschen mitentscheiden können, deswegen  
1059 **senken wir das aktive Wahlalter**. Auf allen Ebenen sollen Jugendliche aktiv in  
1060 politische Prozesse einbezogen werden, und ihre Beteiligung in Jugendhilfeausschüssen  
1061 wird gesetzlich verankert. Jugendverbände, Jugendparlamente und ähnliche Strukturen  
1062 leisten eine wichtige Arbeit. Wir wollen sie weiter unterstützen.

1063 Es geht darum, junge Menschen zu **selbstbestimmten und selbstbewussten Bürgerinnen und**  
1064 **Bürgern** zu erziehen. Gerade in Schulen muss **Demokratiebildung** in allen Bereichen  
1065 **gelebt werden** – indem Kinder und Jugendliche alles, was die **Schulgemeinschaft, ihre**  
1066 **Lernprozesse und Lerninhalte** betrifft, aktiv mitgestalten können.

1067 Auch das **Engagement in der Zivilgesellschaft** ist für Kinder und Jugendliche eine  
1068 wertvolle Erfahrung und muss als Teil ihrer Bildung gesehen werden. Ein  
1069 **Freiwilligendienst** bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich für ihre Gemeinschaft  
1070 einzusetzen und dabei wertvolle soziale Kompetenzen zu entwickeln. Derzeit gibt es  
1071 vielerorts mehr Interessentinnen und Interessenten als Plätze. Wir wollen daher **die**  
1072 **Finanzierung der Freiwilligendienste** auf Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung  
1073 weiterentwickeln.

1074 Das „Taschengeld“ wollen wir so ausgestalten, dass auch Jugendliche aus  
1075 einkommensärmeren Haushalten sich für einen Freiwilligendienst entscheiden können.

1076 Kinder und Jugendliche haben ein **Recht darauf, ohne Gewalt aufzuwachsen**. Wir wollen

1077 das Familienrecht stärker an den Kinderrechten orientieren und Anreize für  
1078 Schutzkonzepte in allen Einrichtungen schaffen, in denen sich Kinder und Jugendliche  
1079 regelmäßig aufhalten.

1080 Wir wollen **strengere Regulierungen, Werbebeschränkungen und Altersgrenzen** für Energy-  
1081 Drinks, Alkohol, Einweg-Zigaretten und neuartige Nikotinprodukte. Zusätzlich stärken  
1082 wir mit Aufklärungskampagnen und präventiven Maßnahmen in Schulen das Bewusstsein für  
1083 die Gefahren. Um den Zucker-, Salz- und Fettgehalt in unseren Lebensmitteln zu  
1084 reduzieren, legen wir verbindliche Ziele fest und setzen ökonomische Anreize für  
1085 weniger gesundheitsschädliche Produkte – über eine Herstellerabgabe für zuckerhaltige  
1086 Getränke.

## 1087 10. Wir kämpfen für eine gute Gesundheitsversorgung in Stadt und

### 1088 Land.

1089 Das Gesundheitssystem und die Qualität der Leistungen hängen für zu viele Menschen  
1090 spürbar von ihrem Lohn und Geldbeutel ab. Wir kämpfen für ein Gesundheitssystem, das  
1091 gerecht ist – für alle, überall im Land. Unabhängig von Einkommen und Wohnort sollen  
1092 jeder und jede schnellen Zugang zu einer hochwertigen Versorgung haben. Mit Maßnahmen  
1093 wie einer Termingarantie, der Begrenzung finanzieller Belastungen und solidarischen  
1094 Finanzierungsmodellen sorgen wir für mehr Sicherheit und Verlässlichkeit im  
1095 Gesundheitswesen. Wir setzen auf Prävention, regionale Versorgungsnetze,  
1096 Digitalisierung sowie auf mehr Gemeinwohl statt Profit und stellen die Versicherten  
1097 in den Mittelpunkt, ohne sie finanziell zu überfordern.

1098 *Wir wollen in unserem Land ein Gesundheitssystem, in dem alle den gleichen Zugang zu*  
1099 *gleicher Qualität haben und das keinen finanziell überfordert.*

1100 Die Gesundheit aller ist Indikator dafür, wie ein Land Politik macht. Unser Ziel ist  
1101 ein **gerechtes Gesundheitssystem**, das unabhängig von Krisen eine schnelle und  
1102 qualitätsvolle Versorgung sichert, ohne die Menschen finanziell zu überlasten. Die  
1103 **Unterschiede bei Wartezeiten und Behandlungsmöglichkeiten** zwischen privat und  
1104 gesetzlich Versicherten müssen **dringend beseitigt** werden.

1105 Wir wollen die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt stellen.  
1106 Deshalb streben wir Reformen an, die Effizienz und Qualität verbessern. Zugleich  
1107 unterstützen wir eine bessere Prävention, wodurch wir auch Kosten senken können.  
1108 Leistungsverschlechterungen für die Patientinnen und Patienten lehnen wir ab. Wir  
1109 setzen auf ein **solidarisches System**, das allen Menschen gleichen Zugang zu  
1110 Gesundheitsleistungen in gleicher Qualität ermöglicht. Der Finanzausgleich zwischen  
1111 den Krankenkassen soll dabei gerechter ausgestaltet werden, und auch die privaten  
1112 Versicherungen sollen zum Risikostrukturausgleich beitragen. Ein solidarisches  
1113 Finanzierungssystem schafft Vertrauen und nimmt den Bürgerinnen und Bürgern die Sorge  
1114 vor finanziellen Belastungen. **Versicherten dürften nicht durch ihre Wahl der**  
1115 **Krankenkasse benachteiligt werden.** Deshalb stärken wir das beitragsfinanzierte  
1116 Umlagesystem. Krankenkassen und private Krankenversicherungen bilden so ein System  
1117 einer **solidarischen Bürgerversicherung aus.**

1118 Die Beiträge der Versicherten sollen sich noch stärker als jetzt an ihrer  
1119 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientieren. Unser Ziel ist zudem ein  
1120 **einheitliches und einfaches Vergütungssystem**, das zugleich die Vorhaltekosten der

1121 Leistungserbringer absichert. **Versicherungsfremde Aufgaben** im Gesundheitswesen wollen  
1122 wir zukünftig verstärkt **aus Steuermitteln** finanzieren. So bleiben die Beiträge für  
1123 Versicherte sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber stabil, und die Ungleichheiten  
1124 zwischen verschiedenen Versichertengruppen werden beendet. Wir wollen, dass alle  
1125 Hilfe und Termine bekommen und schnell und gut in jeder Lebenslage versorgt werden.

1126 Bei der Gesundheit stehen für uns die Menschen im Mittelpunkt: als Ratsuchende,  
1127 Behandlungs- und Pflegebedürftige oder Angehörige, aber auch als Beschäftigte in  
1128 medizinischen, therapeutischen und pflegerischen Berufen. Sie alle denken wir mit,  
1129 wenn wir das System durch die Herausforderungen des demografischen Wandels navigieren  
1130 und die Chancen der Digitalisierung nutzen wollen.

1131 Denn jeder und jede sollen in Deutschland auf eine **erreichbare und qualitativ**  
1132 **hochwertige Gesundheitsversorgung** vertrauen können. Dafür setzen wir den  
1133 eingeschlagenen Weg zur Stärkung der Versorgungssicherheit fort. Wir haben eine  
1134 längst überfällige Reform zur Verbesserung der Versorgungsqualität in unseren  
1135 Krankenhäusern durchgesetzt und Maßnahmen für eine **bessere ambulante Versorgung** – wie  
1136 beispielsweise die Entbudgetierung der Hausärztinnen und Hausärzte, die Erleichterung  
1137 der Gründung von kommunalen MVZ und die Einführung der Advanced Practice Nurse und  
1138 Gemeindeschwestern – vorbereitet. Diese möchten wir künftig ebenfalls umsetzen.

1139 Diesen erfolgreichen Kurs werden wir fortführen und die Versorgungssicherheit durch  
1140 weitere Strukturreformen verbessern, insbesondere um die medizinische **Versorgung in**  
1141 **strukturschwachen Regionen zu sichern**. Unser Ziel ist eine **passgenaue Zusammenarbeit**  
1142 **vom Notfall bis zur planbaren Operation und Nachsorge**. Wir möchten die  
1143 **Notfallversorgung und den Rettungsdienst verstärken, Barrieren** zwischen Praxen,  
1144 Krankenhäusern und weiteren Versorgungseinrichtungen **aufheben** und die Zusammenarbeit  
1145 im Gesundheitswesen auch durch den **Einsatz von Telemedizin** und Telepharmazie  
1146 verbessern. Wir sind für mehr Regionalisierung, bedarfsgerechte Steuerung und ein  
1147 Versorgungssystem, das nicht auf Gewinnorientierung, sondern auf **Gemeinwohl und**  
1148 **Nachhaltigkeit** ausgerichtet ist. **Schnelle Hilfe im Notfall** sowie der verlässliche  
1149 **Zugang zur notwendigen Behandlung** müssen für alle garantiert sein. Um **Wartezeiten** zu  
1150 verringern, werden wir eine **Termingarantie** der Krankenkassen und Kassenärztlichen  
1151 Vereinigungen einführen. Gesetzlich Versicherte sollen genauso schnell wie  
1152 Privatversicherte einen Termin erhalten. Bei Nichteinhaltung der Termingarantie  
1153 sollen sie einen **Anspruch auf Beitragsreduzierungen** haben.

1154 Neben strukturellen Reformen setzen wir auch auf **Digitalisierung und Prävention**. Denn  
1155 wir haben die Digitalisierung im Gesundheitswesen massiv vorangetrieben, um die  
1156 Diagnostik und Behandlung zu verbessern und eine schnelle Datenverfügbarkeit zu  
1157 gewährleisten. Die **elektronische Patientenakte** kommt jetzt nach 20 Jahren Stillstand,  
1158 und die KI-Medizin wird die Behandlung revolutionieren. Ärztinnen und Ärzte sowie  
1159 Pflegekräfte haben zukünftig mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten – durch  
1160 Erleichterung der Dokumentation und Diagnostik durch KI. Der **digitalisierte**  
1161 **Datenaustausch** wird schon bald die Erforschung neuer Therapien nachhaltig  
1162 unterstützen. Für die Krebsbehandlung und Demenz wird KI, Heilungen ermöglichen.

1163 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung auch im Bereich der Prävention nutzen und  
1164 die **elektronische Patientenakte zu einem persönlichen Gesundheitsberater** für die  
1165 Versicherten **weiterentwickeln**. Dieser soll die besten Wege für die Förderung der  
1166 individuellen Gesundheit aufzeichnen. **Prävention und Früherkennung stehen für uns im**

1167 **Mittelpunkt.** Durch die Vermeidung nicht übertragbarer Erkrankungen wie Herzinfarkt  
1168 oder Schlaganfall wollen wir individuelles Leid verringern.

1169 Zudem wollen wir die Suchtprävention und die **Prävention psychischer Erkrankungen**  
1170 stärken. Für junge Menschen in **psychisch** schwierigen Lebenslagen streben wir  
1171 bundesweit niedrigschwellige, auch digitale Beratungsangebote an. **Wir arbeiten weiter**  
1172 **konsequent daran, dass alle Menschen, die eine Psychotherapie benötigen, zügig einen**  
1173 **Therapieplatz erhalten.** Der mutige Schritt, eine Psychotherapie zu machen, darf nicht  
1174 zum Nachteil im Berufsleben werden.

1175 Außerdem wollen wir den Zugang zu Versorgungsangeboten für vulnerable Gruppen,  
1176 beispielsweise durch **Gesundheitskioske**, weiter ausbauen und unterschiedliche  
1177 **gesundheitliche Bedürfnisse von Frauen und Männern** stärker berücksichtigen. Für  
1178 Erkrankungen wie Endometriose und Themen rund um Geburt und Wechseljahre werden wir  
1179 gezielte Lösungen entwickelt. Überdies werden wir die **Versorgung für Kinder und**  
1180 **Jugendliche weiter stärken.**

1181 Ferner wollen wir dafür sorgen, dass die Verbesserungen der letzten Jahre bei der  
1182 **Liefersicherheit von Arzneimitteln** schnell für alle Arzneimittel greifen. Denn dort,  
1183 wo die neuen Regeln angewendet werden, gibt es schon heute kaum noch Engpässe.

1184 Außerdem wollen wir für eine **stärkere Produktion von Arzneimitteln in Deutschland und**  
1185 **Europa** sorgen: Krankenkassen sollen zusammen mit anderen nationalen und europäischen  
1186 Akteuren größere Mengen an Therapien über längere Zeiträume einkaufen dürfen, wenn  
1187 diese bei uns hergestellt werden. Wir stärken Apotheken als wichtige Anlaufstellen  
1188 für Prävention, Therapiebegleitung und eine sichere Arzneimittelversorgung. Wir  
1189 setzen zudem auf eine **starke Gesundheitswirtschaft** sowie Forschung und möchten  
1190 personalisierte Therapiemöglichkeiten für Prävention und Behandlung zu  
1191 erschwinglichen Preisen gemeinsam vorantreiben.

1192 Darüber hinaus wollen wir uns auch besser **auf zukünftige Ereignisse, wie zum Beispiel**  
1193 **eine erneute Pandemie, vorbereiten** und das staatliche Krisenmanagement in der Corona-  
1194 **Pandemie umfassend aufarbeiten, um daraus lernen zu können.**

## 1195 **11. Wir kämpfen für menschenwürdige Pflege und deckeln die** 1196 **Pflegekosten.**

1197 Wir haben uns fest vorgenommen unser Pflegesystem zu verbessern. Wir stellen das  
1198 Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum. Wir schaffen ein solidarisches Pflegesystem,  
1199 das niemanden zurücklässt, niemanden überfordert und für alle Beteiligten ein gutes  
1200 Umfeld bietet: Pflegebedürftige, Angehörige und die pflegenden Berufe. Wir verhindern  
1201 finanzielle Überforderung, begrenzen hohe Eigenanteile, sichern eine umfassende,  
1202 qualitativ hochwertige Versorgung – zu Hause wie im Pflegeheim – und verbessern die  
1203 Arbeitsbedingungen durch innovative Lösungen und mehr Zeitausgleich.

1204 **Wir wollen Pflegeangebote sichern, Pflegekosten deckeln und mehr Zeit für die Pflege**  
1205 **von Angehörigen geben.**

1206 Pflegebedürftigkeit darf kein Armutsrisiko sein. Deswegen wollen wir das bisherige  
1207 Nebeneinander von gesetzlicher und privater Pflegeversicherung beenden. Stattdessen  
1208 schaffen wir ein **gemeinsames, solidarisch finanziertes Pflegesystem**, das allen  
1209 Menschen eine sichere Versorgung bietet, stabile Beiträge gewährleistet und vor

1210 finanzieller Überforderung im Pflegefall schützt.

1211 Im ersten Schritt wollen wir so schnell wie möglich die **privaten Pflegeversicherungen**  
1212 **in den Risikostrukturausgleich** zwischen allen Pflegekassen und damit in eine faire  
1213 und leistungsgerechte Finanzierung einbeziehen und die hohen Eigenanteile in der  
1214 stationären Langzeitpflege durch eine **Begrenzung auf 1.000 Euro pro Monat**  
1215 **(sogenannter „Pflege-Deckel“)** maßgeblich reduzieren. Für Menschen, die bereits länger  
1216 stationär gepflegt werden, garantieren wir Besitzstandsschutz. So wollen wir  
1217 sicherstellen, dass niemand schlechter gestellt wird. Die häusliche Pflege werden wir  
1218 genauso unterstützen und ebenso eine entsprechende Begrenzung einführen. werden wir  
1219 alle Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen erheblich entlasten. Außerdem sollen die  
1220 Investitionsaufwendungen der Heime zukünftig **nicht mehr vollständig auf die Bewohner**  
1221 **umgelegt** werden dürfen. Besonders in Ostdeutschland, wo die verfügbaren Einkommen  
1222 vieler Menschen im Vergleich zu Westdeutschland oft niedriger sind, stellt der hohe  
1223 Eigenanteil für Pflegebedürftige und ihre Familien eine immense finanzielle Belastung  
1224 dar. Durch die Begrenzung dieser Kosten wollen wir sicherstellen, dass niemand  
1225 aufgrund seines finanziellen Hintergrunds Angst vor den Kosten einer angemessenen  
1226 Pflege haben muss. Gleichzeitig stärken wir damit die Solidarität im Sozialstaat und  
1227 setzen ein klares Signal: Pflege darf kein Luxus sein, sondern muss für alle  
1228 bezahlbar bleiben – unabhängig von regionalen und wirtschaftlichen Unterschieden.  
1229 Außerdem wollen wir den bürokratischen Aufwand reduzieren und die Pflegebedürftigen,  
1230 ihre Angehörigen sowie die Pflegeeinrichtungen zusätzlich entlasten, z.B. durch eine  
1231 vereinfachte Antragstellung auf Hilfe zur Pflege.

1232 Wir wollen dafür sorgen, dass die Pflegebedürftigen und Angehörigen die benötigten  
1233 Leistungen verlässlich erhalten, mit einem klaren Vorrang für die häusliche Pflege,  
1234 damit die Betroffenen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können.  
1235 Deswegen werden wir uns für mehr **Zeitsouveränität für alle pflegenden Angehörigen** und  
1236 nahestehenden Personen durch die Familienpflegezeit und das Familienpflegegeld –  
1237 analog zum Elterngeld – einsetzen. Zugleich werden wir die Beratung, Vernetzung und  
1238 Anlaufstellen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen ausbauen und neue  
1239 Wohnformen verstetigen, **um die bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur** zu stärken.

1240 Uns ist dabei wichtig, dass die Kommunen mehr Möglichkeiten erhalten, darüber zu  
1241 entscheiden, wo und in welcher Trägerschaft die Einrichtungen und Pflegedienste sich  
1242 ansiedeln. Die Versorgung muss sich an den **pflegerischen und**  
1243 **haushaltswirtschaftlichen Bedürfnissen** der Pflegebedürftigen orientieren und so  
1244 organisiert werden. Pflegebedürftige und ihre pflegenden Angehörigen sollen zudem bei  
1245 der **Vergabe von sozialem Wohnraum** aufgrund der besonderen Raumvoraussetzungen für die  
1246 Pflege bevorzugt werden. Darüber hinaus wollen wir die Chancen der Digitalisierung  
1247 nutzen, um die Pflege durch **digitale Produkte und Beratungsangebote** noch besser zu  
1248 unterstützen. Denn die Digitalisierung in der Pflege kann Prävention fördern,  
1249 Pflegebedürftigkeit vorbeugen, verlässliches Monitoring ermöglichen und bestehende  
1250 Versorgungsangebote besser vernetzen.

1251 **Wir wollen die Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen verbessern.**

1252 Es ist nicht auszudenken, was passiert, wenn der Fachkräftemangel in  
1253 Gesundheitsberufen noch weiter ansteigt. Deshalb ist es für uns absolut zwingend  
1254 notwendig, hier Veränderungen hin zum Guten durchzusetzen. Lohn, Arbeitszeiten,  
1255 Befugnisse – wir müssen jetzt die Chance nutzen, um die Zukunftsfähigkeit unseres



1256 Versorgungssysteme zu verbessern. Und das geht über die Berufe innerhalb des Systems.

1257 Eine hohe Versorgungsqualität im Gesundheitswesen beginnt mit guten

1258 Arbeitsbedingungen und einer bedarfsgerechten Personalausstattung in allen Bereichen

1259 und allen Beschäftigtengruppen. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass die

1260 bedarfsgerechte Personalausstattung **bundeseinheitlich für alle Beschäftigtengruppen**

1261 **im Gesundheitswesen** eingeführt wird. Damit verbessern wir entscheidend die

1262 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**

1263 Zudem setzen wir uns weiterhin für **gute Löhne** ein: Die Stabilisierung der Kranken-

1264 und Pflegeversicherung wird finanziellen Spielraum schaffen, **um tarifgebundene**

1265 **Gehälter** zu refinanzieren. Darüber hinaus wollen wir die **Zusammenarbeit aller**

1266 **Gesundheitsberufe** stärken, **mehr Durchlässigkeit** schaffen und die **Befugnisse von**

1267 **Pflegefachpersonen erweitern**. Gleichzeitig werden wir den Zugang zu Weiterbildung und

1268 gesundheitsfördernden Maßnahmen erleichtern.

1269 Bei den ärztlichen Berufen wollen wir den Schwerpunkt auf die **Haus- und**

1270 **Kinderärztinnen und -ärzte** legen und den Ausbau der Ausbildungs- und

1271 Weiterbildungskapazitäten vorantreiben sowie die Budgets für Hausärztinnen und -ärzte

1272 abschaffen. Denn wir brauchen nicht nur mehr Pflegekräfte, sondern auch mehr Haus-

1273 und Kinderärztinnen und -ärzte.

1274 Der oft hohe Dokumentationsaufwand belastet viele Beschäftigte im Gesundheitswesen.

1275 Um dies zu verringern, setzen wir auf den **Ausbau von KI-gestützter Dokumentation.**

1276 Außerdem treten wir für **mehr Freizeitausgleich** ein – beispielsweise durch eine

1277 verkürzte Wochenarbeitszeit.

1278 Um dem durch den demografischen Wandel bedingten Personalmangel entgegenzuwirken,  
1279 werden wir die **weltweite Anwerbung und Integration von Fachkräften ausbauen.**

1280 Gleichzeitig wollen wir die **Attraktivität der Ausbildungen** steigern, denn die

1281 Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Deshalb setzen wir uns für

1282 praxisnahe und **kostenfreie Ausbildungen in den Gesundheitsfachberufen** ein.

1283 **Einheitliche Standards** sollen sicherstellen, dass alle Berufe in diesem Bereich von

1284 hoher Ausbildungsqualität profitieren – besonders die therapeutischen Berufe, die

1285 stark interdisziplinär arbeiten. Unser Ziel ist, dass alle Auszubildenden eine **faire**

1286 **Vergütung** erhalten und **Mitbestimmungsmöglichkeiten** im Betrieb haben. Gleichzeitig

1287 muss die Ausbildungsqualität insgesamt gestärkt werden: In den Pflegeberufen setzen

1288 wir uns insbesondere für **Nachbesserungen bei der Praxisanleitung** und bei den

1289 Ärztinnen und Ärzten für verlässliche Regeln bei **Vergütungen und Dienstzeiten während**

1290 **des praktischen Jahres** ein.

## 1291 **12. Wir kämpfen für Klimaschutz, den sich jeder leisten kann.**

1292 Mittlerweile wissen es alle: Nachhaltigkeit und Klimaschutz kosten. Aber dennoch hat

1293 eine große Mehrheit den Wunsch, etwas für unser Klima zu tun. Unsere Überzeugung ist:

1294 Klimaschutz muss leistbar sein. Alle Menschen müssen unabhängig von Einkommen,

1295 Vermögen oder Wohnort klimaneutral leben und teilhaben können. Niemand kann alleine

1296 ein Wärmenetz bauen, neue Bahntrassen legen oder eine E-Ladesäule aufstellen. Wir

1297 sind überzeugt: Es ist Aufgabe des Staates, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass

1298 alle auf klimafreundliche Technologien umsteigen können. Konkret bedeutet das für

1299 uns: Die klimafreundliche Alternative muss für die Bürgerinnen und Bürger besser,



1300 bequemer und vor allem günstiger sein.

1301 **Wir wollen, dass jeder klimaneutral werden kann.**

1302 Wir wollen einen **Paradigmenwechsel in der Klimapolitik**, der öfter auf  
1303 gemeinschaftliche Lösungen setzt. Klimaneutrale Wärmenetze zu bauen, mit denen ein  
1304 ganzer Stadtteil warm wird, ist nicht nur solidarischer, sondern auch effizienter und  
1305 kostengünstiger als einzelne Wärmepumpen in jedem Haus.

1306 Sozialdemokratische Klimapolitik heißt, dass alle Menschen eine realistische Chance  
1307 haben, auf klimaneutrale Lösungen umzusteigen. Dabei gilt: Geld vom Staat bekommen  
1308 vor allem diejenigen, die sich den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie eine  
1309 Wärmepumpe oder ein E-Auto ansonsten nicht leisten können. Dann aber auch so viel,  
1310 wie gebraucht wird. Denn unser Paradigmenwechsel heißt: **Klimaneutralität ist auch**  
1311 **Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge**. Dafür müssen Kommunen, Länder und Bund neue  
1312 Aufgaben übernehmen und einige Verantwortlichkeiten umgestaltet werden. Vor allem  
1313 brauchen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum, um ihre zahlreichen und wachsenden  
1314 Aufgaben zu bewältigen. Dafür bieten sowohl der Deutschlandfonds, als auch die Reform  
1315 der Schuldenbremse für die Länder, Möglichkeiten. Wir sind davon überzeugt, dass wir  
1316 unsere Klimaziele nur so sozial gerecht, effektiv und kosteneffizient erreichen  
1317 können. Da wo gemeinsame Infrastrukturen wie Wärmenetze oder guter ÖPNV das Problem  
1318 nicht lösen können, setzen wir auf gezielte Förderung, damit sich alle den Umstieg  
1319 leisten können.

1320 Die von uns eingeführte **kommunale Wärmeplanung** ist ein Meilenstein auf dem Weg zu  
1321 einem klimaneutralen Gebäudebestand. Wir wollen lokale Wärmepläne fördern, die eine  
1322 klimafreundliche und klug geplante Energieversorgung auf kommunaler Ebene  
1323 sicherstellen. Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, durch Fördermittel und  
1324 technische Unterstützung ihre Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten, was die  
1325 Energiewende vor Ort maßgeblich voranbringen wird.

1326 Wir bekennen uns klar zu den **Klimazielen für Deutschland und die EU**. Wir müssen den  
1327 Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius  
1328 begrenzen und nach Möglichkeit auf den 1,5-Grad-Pfad führen. Wir unterstützen den  
1329 **europäischen Green Deal**, damit Europa der erste klimaneutrale Kontinent wird. Eine  
1330 Abschwächung der erreichten Errungenschaften ist mit uns nicht zu machen. Unsere  
1331 Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Beschlossene Gesetze werden wir umsetzen. Wir  
1332 wissen um unsere Vorreiterrolle und werden daraus einen Vorteil für unser Land,  
1333 unsere Menschen und den Standort Deutschland machen.

1334 Es wird Haushalte geben, die werden von den steigenden Preisen für CO2 besonders  
1335 belastet und können nicht aus eigener Kraft umsteigen, weil sie keine Wahl haben. Das  
1336 finden wir ungerecht. Ein Preis auf den Ausstoß von CO2 für private Haushalte und  
1337 kleine Unternehmen kann für uns immer nur ein ergänzendes Instrument sein. Der  
1338 bereits gesetzlich beschlossene CO2-Preis pro Tonne von 55 Euro in 2025 und maximal  
1339 65 Euro in 2026 gilt. Wenn ab 2027 die europäische Regelung in Kraft tritt, werden  
1340 wir durch geeignete Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene (zum Beispiel  
1341 Klimageld) dafür Sorge tragen, dass niemand überfordert wird.

1342 Windkraft und Photovoltaik sind schon heute die günstigste Form der Stromproduktion.  
1343 Ihr konsequenter Ausbau wird die Strompreise senken. Damit diese geringen Kosten auch  
1344 bei den Verbrauchern ankommen, werden wir darauf achten, dass die Netzentgelte nicht

1345 weiter steigen. Bis es soweit ist, wollen wir die aufsuchende Beratung des **Strom-**  
1346 **Spar-Checks** für die ärmsten Haushalte deutschlandweit ausbauen und verstetigen.  
1347 Ärmeren Haushalten wollen wir Heiz-Mietmodelle anbieten (soziales Wärmepumpen-  
1348 Leasing). Vor allem in städtischen Räumen wird Fernwärme sehr wichtig werden und  
1349 Millionen von Menschen ihr Zuhause wärmen. Damit sie bezahlbar bleibt, wollen wir  
1350 eine bundesweite **Preisaufsicht für Fernwärme** einsetzen.

1351 An Solarpaneelen oder Windrädern können viele teilhaben, nicht nur Hausbesitzer,  
1352 sondern auch ganze Dorfgemeinschaften. Das fördert die Akzeptanz. Wir wollen darum  
1353 die **dezentrale Versorgung mit Energie** weiter vereinfachen, vom Balkonkraftwerk bis  
1354 zum Bürgerwindpark (Energy Sharing). Denn, wenn das neue Windrad die Kita oder das  
1355 Schwimmbad finanziert, hilft das der Gemeinde vor Ort und der Energiewende im ganzen  
1356 Land.

1357 **Wir wollen unsere Kommunen klimaft machen.**

1358 Wir wollen eine **Städtebauförderung zur Anpassung an den Klimawandel**, um den Städten  
1359 zu ermöglichen, grüne Infrastruktur zu schaffen und hitzeresiliente Städteplanung  
1360 umzusetzen. Das soll ihnen ermöglichen, wichtige Maßnahmen wie die Begrünung und  
1361 Entsiegelung von Stadtflächen (Schwammstadt), die Schaffung kühlender öffentlicher  
1362 Räume und den Ausbau von Wasserflächen umzusetzen, um die Lebensqualität zu sichern  
1363 und den städtischen Raum zukunftsfähig zu gestalten.

### 1364 **13. Wir kämpfen für eine pünktliche Bahn und gute Mobilität für** 1365 **alle.**

1366 In der Schweiz lässt man viele ICEs aus Deutschland nicht mehr einfahren, weil sie  
1367 die Pünktlichkeit im Schweizer Netz gefährden. Man mag darüber schmunzeln, aber gut  
1368 ist das nicht. Die Bahn ist mehr als die Bahn. Sie ist ein Reputationsfaktor für  
1369 unser Land. Sie bestimmt unseren Alltag und hier und da sogar unsere Emotionen. Die  
1370 Bahn steht für Werte, die wir als Gesellschaft in Deutschland haben und pflegen  
1371 wollen: Genauigkeit, Pünktlichkeit, Funktionstüchtigkeit. Da ist etwas verloren  
1372 gegangen. Wir brauchen eine sehr gut funktionierende Bahn für einen sehr gut  
1373 funktionierenden Alltag. Wir wollen wieder stolz sein auf unsere Bahn.

1374 Unser Anspruch ist und bleibt, dass alle Menschen auf dem Land und in der Stadt  
1375 schnell, zuverlässig und komfortabel unterwegs sind. Auch für die Logistik muss der  
1376 Transport von Waren und Gütern reibungslos funktionieren. Wir alle spüren, dass das  
1377 vielerorts nicht mehr der Fall ist. Die Bahn ist oft zu spät, das Schienennetz ist  
1378 überlastet, Brücken und Straßen sind marode. Wenn die Infrastruktur bröckelt,  
1379 stockt der Verkehr.

1380 Wir haben entschieden reagiert und Milliardeninvestitionen in unsere Infrastruktur  
1381 auf den Weg gebracht. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter: Wir machen unsere  
1382 Schienen, Straßen und Wasserwege wieder fit und sorgen dafür, dass sie wieder zu  
1383 einem Standortvorteil für Deutschland werden. Wir werden Verkehr von der Straße vor  
1384 allem auf die Schiene und auch auf die Wasserstraße lenken. Unser Ziel ist eine  
1385 nutzerorientierte und klimaneutrale Mobilität. Den Weg dahin gestalten wir sozial  
1386 gerecht: Mobilität muss für alle barrierefrei und bezahlbar sein. Eine  
1387 **Mobilitätswende**, die alle Menschen mitnimmt, schafft und sichert Jobs und erweitert

1388 die Freiheit der Menschen, so mobil zu sein, wie sie es wollen.

1389 **Wir wollen, dass die Bahn wieder pünktlich fährt.**

1390 Die Grundvoraussetzung für eine pünktliche Bahn ist ein **funktionierendes Schienennetz**  
1391 . Wir haben Rekordinvestitionen in die Schiene durchgesetzt und werden sie  
1392 fortsetzen. Das hat für uns Priorität. Gemeinsam ermöglichen wir, dass die Deutsche  
1393 Bahn die wichtigsten Bahnstrecken einer Generalsanierung unterzieht. Wir machen unser  
1394 Schienennetz durch Digitalisierung, Elektrifizierung und Lärmschutz wieder  
1395 leistungsfähig und zukunftsfest. Mit gezieltem Aus- und Neubau erweitern wir es im  
1396 Sinne eines Deutschland- und Europapaketes. Unsere Verkehrsinfrastruktur muss auf  
1397 Dauer leistungsfähig bleiben.

1398 Die Privatisierung von Daseinsvorsorge bleibt ausgeschlossen. Wir erhalten die  
1399 Deutsche Bahn als integrierten Konzern im öffentlichen Eigentum. Die neue  
1400 gemeinwohlorientierte Infrastruktursparte DB InfraGO sowie den Gesamtkonzern  
1401 entwickeln wir mit mehr Kontrolle und Steuerung des Bundes weiter. Insbesondere für  
1402 mehr Güter auf der Schiene reformieren wir das Trassenpreissystem und fördern die  
1403 Umsetzung der Digitalen Automatischen Kupplung.

1404 Wir wollen **alle Großstädte an das Fernverkehrsnetz** anschließen und mehr ICE-Sprinter,  
1405 Nachtzüge und europaweite Schnellzugverbindungen einführen. Kurze Bahnfahrzeiten sind  
1406 die erste Alternative zum Kurzstreckenflug. Gemeinsam mit der Deutschen Bahn wollen  
1407 wir **Bahnfahren ganz einfach machen**: Erstattungen sollen möglichst automatisch  
1408 ausgezahlt werden, das Deutschlandticket soll besser in Bahn-Buchungen integriert  
1409 werden. Wir wollen leistungsfähige und attraktive Bahnhöfe, an denen man gerne eine  
1410 Pause macht.

1411 Das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg. Wir haben es auch gegen Widerstand  
1412 erhalten. Priorität hat jetzt Verlässlichkeit: Wir wollen **das Deutschlandticket**  
1413 **dauerhaft anbieten**. Dafür werden wir es gemeinsam mit den Ländern finanziell  
1414 absichern und weiterentwickeln, um es für weitere Millionen Menschen bezahlbar und  
1415 attraktiv zu machen. Einen günstigen Preis wollen wir mit einem transparenten  
1416 Preismechanismus erhalten: Das schafft Verlässlichkeit für alle.

1417 Wir werden die **Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs** gemeinsam mit Ländern und  
1418 Kommunen dauerhaft stärken. Dafür sind die Regionalisierungsmittel des Bundes  
1419 wichtig. In Ballungsräumen soll der öffentliche Verkehr, wo immer möglich, Vorrang  
1420 erhalten. Auch wer nicht Auto fahren kann oder möchte, muss mobil sein können. Dazu  
1421 sind gute Erreichbarkeiten und gute Takte von Bus und Bahnen nötig, sowohl auf dem  
1422 Land als auch in der Stadt.

1423 **Wir wollen gute Mobilität für alle.**

1424 Immer mehr Menschen steigen auf Bus, Bahn oder das Rad um. Im Sinne einer  
1425 nachhaltigen Zukunft ist das eine großartige Entwicklung. Aber: Für viele ist das  
1426 Auto ein unverzichtbarer Begleiter. Wer heute Verbrenner fährt, für den wollen wir  
1427 beim nächsten Autokauf oder Leasing den **Umstieg auf ein E-Auto attraktiv** machen. Den  
1428 flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für Pkw und Lkw treiben wir weiterhin  
1429 zielgerichtet voran. Neben der neuen Förderung für E-Autos wollen wir das  
1430 Fahrerlebnis mit Stromern rundum stärken: Unser Ziel sind Schnellladesäulen auf jedem  
1431 Supermarktparkplatz und an jeder Tankstelle. Wir wollen ein kontaktloses und

1432 einheitliches Bezahlsystem an allen Ladesäulen und das eigene Auto als Stromspeicher  
1433 zu Hause ermöglichen. Das Tanken an der öffentlichen Ladesäule darf nicht mit hohen  
1434 Preisauflagen bestraft werden.

1435 Der Führerschein ist für viele junge Menschen einfach zu teuer geworden. Das führt  
1436 gerade im ländlichen Raum zu Problemen. Vor dem Hintergrund erhöhter Quoten nicht  
1437 bestandener Prüfungen und steigender Preise werden wir die **Fahrausbildung samt**  
1438 **Theorieunterricht im Sinne von Verkehrssicherheit und Effizienz reformieren**, auch mit  
1439 dem Ziel, die Kosten der Fahrausbildung spürbar zu senken. Alle jungen Menschen im  
1440 17. Lebensjahr sollen daher einen **MobilitätsPass mit 500 Euro Guthaben**, etwa für  
1441 Führerscheinkosten oder Bahntickets erhalten.

1442 Für eine echte Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmenden werden wir das  
1443 **Straßenverkehrsrecht weiter reformieren** und die Vision Zero fest verankern. Im Sinne  
1444 der Intermodalität fördern wir die Fahrradinfrastruktur mit bundesweit vernetzten  
1445 Radschnellwegen und mit Fahrradparkhäusern und entwickeln die Fußverkehrsstrategie  
1446 des Bundes weiter. Wir wollen eine faire Bereitstellung von Daten, um  
1447 Mobilitätsangebote im ländlichen Raum zu stärken, Tickets zu vereinheitlichen und  
1448 Mobilitätsdienstleistungen besser zu vernetzen. Wir stärken ein innovatives  
1449 Taxigewerbe als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und sorgen für die Einhaltung  
1450 von sozialen Standards durch Fahrdienstleister.

1451 Das deutsche Autobahnnetz muss aber dringend saniert werden, insbesondere die  
1452 Brücken. Wir bringen einen **neuen Bundesmobilitätsplan** auf den Weg. Auch künftig  
1453 sollen Engpässe auf der Straße beseitigt werden. Dabei denken wir Infrastruktur  
1454 integriert: Wo möglich, soll über Schiene oder Wasserstraße entlastet werden.

1455 Wir wollen ein **Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen** einführen. Ein Tempolimit  
1456 bringt so viele Vorteile, dass man fast gar nicht begründen kann, es nicht  
1457 einzuführen. Wir hinken hier im europäischen und internationalen Vergleich massiv  
1458 hinterher. Wenn ein Tempolimit Menschenleben schützt, warum tun wir das nicht? Wenn  
1459 ein Tempolimit Stress, Staus und Unfälle massiv reduziert, warum tun wir das nicht?  
1460 Wenn ein Tempolimit gut für die Natur, das Klima und die umliegende Wohngegend ist,  
1461 warum führen wir es nicht ein? Es ist Zeit.

1462 Die Beschaffung von **klimafreundlichen Lkw** und Nahverkehrsbussen werden wir fördern:  
1463 Hier können besonders schnell CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden. Wir treten dem Mangel  
1464 an Fahrerinnen und Fahrern im Straßengütertransport aktiv entgegen und setzen  
1465 menschenwürdige, faire und attraktive Arbeitsbedingungen für Berufskraftfahrerinnen  
1466 und -fahrer inner- und außerhalb ihres Fahrzeugs durch, zum Beispiel die Aufnahme der  
1467 Lkw-Fahrkabine in den Schutz der Arbeitsstättenverordnung.

1468 Den Weg zu einem **klimaneutralen Luftverkehr** wollen wir im Sinne eines fairen  
1469 Wettbewerbs (Level-Playing-Field) für unsere Flughäfen und Airlines gestalten. Wir  
1470 streben EU-weit einheitliche Regelungen an, die die Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen  
1471 (Carbon Leakage) vermeiden. Wir wollen die **Luftverkehrssteuer in eine EU-Klimaabgabe**  
1472 umwandeln, die von allen Airlines gezahlt wird, auch von denen außerhalb Europas. Wir  
1473 werden die **Wasserstraßeninfrastruktur** ertüchtigen, die **Nationale Hafenstrategie** zügig  
1474 umsetzen und die **Modernisierung der Schiffsflotten** unterstützen. Forschung und  
1475 Markthochlauf für nachhaltige Kraftstoffe wie E-Fuels sind besonders für Luftverkehr  
1476 und Schifffahrt zentral.

## 1477 **14. Wir kämpfen für einen Staat, der besser funktioniert.**

1478 Die SPD sorgt für einen Sozialstaat, der den Menschen verlässlich Sicherheit in  
1479 wichtigen Lebenslagen bietet. Wir wollen einen bürgerfreundlicheren Staat, der  
1480 unterstützt und hilft – schnell, unbürokratisch und gerecht. Mit einem starken  
1481 öffentlichen Dienst, modern und digital, der als guter Arbeitgeber beispielhaft  
1482 vorangeht.

### 1483 ***Wir wollen einen bürgernahen Staat, der unnötige Wege erspart.***

1484 Unser Sozialstaat soll an Lebenslagen und Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet  
1485 werden und nicht an Zuständigkeiten. Indem wir **Antragsverfahren vereinfachen**,  
1486 **Leistungen zusammenfassen und aufeinander abstimmen**, wollen wir verhindern, dass man  
1487 von einer Stelle zur nächsten verwiesen wird. Dazu werden wir Servicestellen für gute  
1488 Beratung einrichten. Leistungen wie das Kindergeld sollen automatisch gewährt werden.  
1489 Die Verwaltung prüft eigenständig, welche Ansprüche bestehen, und leitet diese ohne  
1490 zusätzliche Anträge ein.

1491 Das Ressortprinzip der Bundesregierung hat Verfassungsrang. Doch zugleich erschweren  
1492 das Denken in diesen Ressort-Säulen sowie das Nebeneinander vieler „Strategien“ und  
1493 Programme die Bewältigung komplexer Herausforderungen – auch in Zeiten knapper  
1494 Mittel. Wir brauchen zu den großen Themen eher wenige, dafür **zentrale**  
1495 **ressortübergreifende Strategien** (Missionsorientierung). Zugleich werden wir prüfen,  
1496 welche Aufgaben, Dienste und Zuständigkeiten der Ministerien gebündelt werden können,  
1497 um so die Effizienz und Steuerungsfähigkeit der Bundesverwaltung zu erhöhen.

1498 Wir werden alle neuen Gesetze und größeren Novellierungen vor Verabschiedung auf  
1499 Wirksamkeit, Bürgernähe, Praxistauglichkeit und Digitaltauglichkeit testen und  
1500 bestehende Gesetze schrittweise entsprechend überprüfen. Dazu werden wir die  
1501 Instrumente des **Bürgerchecks**, des **Praxischecks** und des **Digitalchecks** verzahnen und  
1502 verbindlich in der Gesetzgebungsarbeit verankern.

1503 **Effektiver Bürokratieabbau** geht nur mit der Einbeziehung derjenigen, die ihn erleben  
1504 und die Bürokratie zu verantworten haben. Darum werden wir nach einer  
1505 Regierungsbildung Wirtschaft, Länder und Kommunen zu einem Praxisgipfel einladen, der  
1506 weitere konkrete nötige Maßnahmen erfasst und verabredet.

1507 Wir führen eine **Genehmigungsfiktion ein**, bei der **Anträge automatisch genehmigt** sind,  
1508 wenn die Behörde nicht innerhalb einer gesetzten Frist reagiert. Das gibt Bau- und  
1509 Investitionsprojekten mehr Planungssicherheit.

### 1510 ***Wir wollen die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung beschleunigen.***

1511 Die Digitalisierung der deutschen öffentlichen Verwaltung hat hohe Priorität. Seit  
1512 2023 gibt es eigentlich einen gesetzlichen Anspruch der Bürgerinnen und Bürger, dass  
1513 sie jede Verwaltungsleistung digital beauftragen können. Wir brauchen mehr Tempo und  
1514 Konsequenz bei der Realisierung dieses Anspruchs. Wir werden **alle Zuständigkeiten der**  
1515 **Verwaltungsdigitalisierung in einem Ministerium bündeln** und dieses mit den nötigen  
1516 finanziellen Mitteln und Befugnissen ausstatten. Die nachgeordneten Stellen und  
1517 Dienstleister (unter anderem ITZBund, Bundesdruckerei, Bundesverwaltungsamt, BSI,  
1518 Digitalservice, FITKO) müssen so aufgestellt sein und zusammenarbeiten, dass die  
1519 zentralen Projekte im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung endlich schnell und  
1520 nutzerfreundlich realisiert werden.

1521 Der Staat soll bürgernah und vorausschauend agieren. Anstatt die Menschen durch  
1522 mühsame Antragsprozesse zu belasten, sollen sie Leistungen einfach und unbürokratisch  
1523 erhalten. Unser Ziel ist eine **Verwaltung, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und**  
1524 **Bürger gerecht wird**, proaktiv handelt und Bürokratie auf das wirklich erforderliche  
1525 Maß reduziert.

1526 Ein Schlüssel dafür ist der **digitale Datenaustausch zwischen allen Behörden**. Er muss  
1527 problemlos funktionieren. Dafür wollen wir ein System der einmaligen Übermittlung von  
1528 Daten aufbauen und den dafür notwendigen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern  
1529 zügig abschließen.

1530 Wir setzen die Registermodernisierung um und bauen plattformbasierte Lösungen zur  
1531 Antragsbearbeitung auf. Dazu gehört, dass wir **das Ausländerzentralregister (AZR)**  
1532 **modernisieren** und es zur zentralen Informationsplattform im Ausländer- und Asylrecht  
1533 machen. Daten werden nur einmal erfasst und allen relevanten Behörden digital  
1534 bereitgestellt.

1535 Wir setzen auf die flächendeckende Nutzung der eID, der elektronischen Identität, die  
1536 es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, **sich sicher digital auszuweisen**. Damit  
1537 schaffen wir eine Grundlage für moderne Verwaltungsdienstleistungen und sorgen für  
1538 eine EU-weite Kompatibilität, damit die digitale Identität auch grenzüberschreitend  
1539 nutzbar ist. Um Verwaltungsdienste zentral und unkompliziert verfügbar zu machen,  
1540 führen wir die **DeutschlandID** ein.

1541 Das schafft einen modernen Zugang zu staatlichen Leistungen. Wir nutzen  
1542 **Automatisierung und Künstliche Intelligenz**, um Verwaltungsprozesse zu beschleunigen  
1543 und effizienter zu gestalten. So entlasten wir die Beschäftigten und verbessern den  
1544 Service für die Bürgerinnen und Bürger.

1545 ***Wir wollen einen attraktiven öffentlichen Dienst.***

1546 Wir wollen den **Staat als Arbeitgeber attraktiver** machen – mit flächendeckendem  
1547 Homeoffice, Job-Sharing und Teilzeitmodellen im öffentlichen Dienst. Wir wollen einen  
1548 Staat, der als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht. Einen attraktiven  
1549 Arbeitgeber, der Fachkräfte ausbildet, findet und hält, der die Vereinbarkeit von  
1550 Beruf und Privatleben verbessert. Lebenslanges Lernen soll zur Grundlage für einen  
1551 leistungsfähigen öffentlichen Dienst werden. Dabei setzen wir auf gezielte  
1552 Weiterbildung und Qualifizierung, damit Fachkräfte ihre Kompetenzen ausbauen können.  
1553 Befristete Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst wollen wir deutlich reduzieren.  
1554 Unbefristete Stellen sollen die Regel sein, um Sicherheit und Perspektiven für die  
1555 Beschäftigten zu schaffen.

1556 ***Wir wollen echte Teilhabe in einer inklusiven Gesellschaft.***

1557 Wir setzen uns ein für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen  
1558 ihr Recht auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe verwirklichen können.  
1559 Dazu werden wir die **Barrierefreiheit im privaten und im öffentlichen Bereich**  
1560 **verbessern**. Wir werden private Anbieter von Waren und Dienstleistungen verpflichten,  
1561 Barrieren abzubauen oder – wo dies nicht möglich ist – angemessene Vorkehrungen zu  
1562 ergreifen. Darüber hinaus werden wir die Barrierefreiheit im Wohnungsbau, bei der  
1563 Mobilität, im Digitalen und in der Gesundheit zu einem Schwerpunkt machen.

1564 Wir sichern die **Verwirklichung des gleichen Rechts auf Arbeit für Menschen mit**  
1565 **Behinderungen**. Dazu werden wir die Aufnahme einer Arbeit auf dem allgemeinen

1566 Arbeitsmarkt verstärkt fördern und die Weiterentwicklung der Werkstätten für  
1567 behinderte Menschen zügig umsetzen. Dabei werden wir auch die Einkommenssituation der  
1568 Werkstattbeschäftigten verbessern.

1569 Wir stehen für einen **effektiven Gewaltschutz** und schärfen die gesetzlichen Regelungen  
1570 für Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen und Dienstleistungen der Behindertenhilfe.

1571 Wir verbessern Rehabilitation und Teilhabe für Menschen mit psychischen  
1572 Beeinträchtigungen. Ihre Zahl ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich  
1573 angestiegen – auch als Folge der Covid-19-Pandemie. Wir stellen sicher, dass der  
1574 Bedarf von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen im gegliederten System der  
1575 Rehabilitation und Teilhabe besser als bisher erkannt und bedarfsorientiert  
1576 adressiert wird.

1577 ***Wir wollen den Verbraucherschutz stärken.***

1578 Dank unseres starken Verbraucherschutzes sind die Produkte und Dienstleistungen, die  
1579 man in Deutschland kaufen kann, sicher und unbedenklich. Das ist eine Errungenschaft,  
1580 die wir verteidigen werden. Doch es braucht noch mehr: Mündige Verbraucherinnen und  
1581 Verbraucher benötigen handlungsfähige Marktaufsichtsbehörden und eine  
1582 Wettbewerbsaufsicht an ihrer Seite, die den Verbraucherschutz an die erste Stelle  
1583 setzen. In diesem Sinne wollen wir den Verbraucherschutz auf nationaler und  
1584 europäischer Ebene stärken.

1585 Dies gilt insbesondere im digitalen Raum. Hier bedarf es eines besonderen Schutzes  
1586 gegen Abzocke und Manipulation, insbesondere für Kinder und Jugendliche.



## Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

1587 Deutschland ist eine starke Demokratie und eines der sichersten Länder der Welt. Wir  
1588 sorgen mit Herz und Hand dafür, dass beides so bleibt. Wir wissen aus unserer eigenen  
1589 Geschichte: Demokratie ist die Grundlage von allem. Sie garantiert Freiheit,  
1590 Gerechtigkeit und Solidarität. Demokratie schafft eine starke innovative Wirtschaft,  
1591 sichere Arbeitsplätze und sozialen Zusammenhalt. Sie ist der Schlüssel für Stabilität  
1592 auch und gerade in unsicheren Zeiten. Deshalb verteidigen und stärken wir sie – als  
1593 Kern unserer Gesellschaft und Basis für eine gute Zukunft.

1594 Eine starke Demokratie sorgt für Sicherheit. Sie bedeutet Freiheit von Angst. Mit  
1595 unserer Politik der inneren Sicherheit schützen wir alle Bürgerinnen und Bürger vor  
1596 Kriminalität, Gewalt und Hetze. Wir sorgen für einen modernen Bevölkerungsschutz, der  
1597 auf die Folgen der Klimaveränderung reagiert und neue geopolitische Spannungen  
1598 berücksichtigt. Wir schützen unsere kritische Infrastruktur, stärken die  
1599 Cybersicherheit und verteidigen unser Land vor hybrider Kriegsführung und Sabotage  
1600 durch feindliche Akteure. Unser Ziel ist es, dass die Menschen sich sicher fühlen und  
1601 sich sicher sein können, Zugehörigkeit zu erleben.

1602 Dafür stärken wir den Zusammenhalt in unserem Land. Er wächst dort, wo Respekt,  
1603 Solidarität und der Glaube an eine gemeinsame Zukunft lebendig sind. Deshalb sorgen  
1604 wir für Chancengleichheit und eine diskriminierungsfreie Teilhabe aller Bürgerinnen  
1605 und Bürger. Diskriminierung, Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamismus  
1606 wie alle anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bekämpfen wir.  
1607 Dabei suchen wir den Schulterschluss zu allen Demokratinnen und Demokraten sowie  
1608 Organisationen für eine starke Zivilgesellschaft.

### 1609 **15. Wir kämpfen für Zusammenhalt und gegen die Feinde der**

#### 1610 **Demokratie.**

1611 Demokratie ist eine hohe zivilisatorische Errungenschaft. Sie muss gelernt, gelebt  
1612 und verteidigt werden. Es ist die Zivilgesellschaft, auf die es hier maßgeblich  
1613 ankommt. Wir bekämpfen Fake News, Hass und Hetze und treten entschlossen gegen jede  
1614 Form von Extremismus ein. Im ganzen Land und vor allem in Ostdeutschland leisten  
1615 zahlreiche engagierte Vereine und zivilgesellschaftliche Akteure vor Ort wertvolle  
1616 und mutige Arbeit. Gemeinsam mit einer starken Gemeinschaft der Demokratinnen und  
1617 Demokraten wollen wir Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegen alte und neue  
1618 Feinde der Demokratie verteidigen.

1619 ***Wir wollen Demokratie erlebbar machen und die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement***  
1620 ***unterstützen.***

1621 Wir fördern Bildungsangebote, die demokratische Werte vermitteln und Menschen  
1622 befähigen, aktiv an der Demokratie teilzuhaben. Aus diesem Grund muss eine erlebbare  
1623 Demokratie bereits im jungen Alter beginnen, sich in Schule und Betrieben fortsetzen,  
1624 um Mitbestimmung und Verantwortung von Anfang an zu stärken. Schulen, außerschulische  
1625 Bildungseinrichtungen und Initiativen der politischen Bildung werden wir  
1626 unterstützen.



1627 Geschichtsverfälschungen und Desinformation gefährden die Demokratie im Kern. Deshalb  
1628 brauchen wir eine **bessere historische Bildung zur Stärkung des kritischen**  
1629 **Geschichtsbewusstseins**. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Bildungs- und  
1630 Erinnerungsorten stärken. Wir fördern die Strukturen historischer Bildung und  
1631 Forschung, sei es in Universitäten oder Schulen, Museen oder Gedenkstätten sowie  
1632 ehrenamtlichen Initiativen.

1633 Wir wollen **Bürgerräte als festen Bestandteil unserer Demokratie etablieren**. Geloste  
1634 Bürgerräte beraten zu schwierigen Themen und stärken das Vertrauen in die Demokratie.  
1635 Sie machen Demokratie erlebbar, indem sie Menschen mit unterschiedlichen Positionen  
1636 zum Austausch einladen, zur Kompromissfindung ermutigen und erreichen, dass der  
1637 Interessenausgleich als Kern der Demokratie verstanden wird. Ihre Empfehlungen  
1638 fließen in die parlamentarischen Beratungen ein, während die Entscheidungen bei den  
1639 gewählten Institutionen bleiben.

1640 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist das Rückgrat unserer Demokratie. Mit dem  
1641 **Demokratiefördergesetz** schaffen wir die Grundlage, zivilgesellschaftliche Initiativen  
1642 nachhaltig zu unterstützen. Das Gemeinnützigkeitsrecht wollen wir modernisieren.

1643 **Unabhängige Forschung an Universitäten und die Arbeit von Gedenkstätten sowie Museen**  
1644 **sind unverzichtbar**. Wir stellen sicher, dass diese Einrichtungen ausreichend  
1645 finanziert werden. Gleichzeitig schützen wir ihre Aufsichtsgremien vor rechtsextremen  
1646 Einflussnahmen.

1647 Staatliche Institutionen sollen die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln. Mit  
1648 gezielten Maßnahmen schaffen wir eine **Kultur der Offenheit und Integration im**  
1649 **öffentlichen Dienst**.

1650 Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten einen wertvollen Beitrag für unser  
1651 Zusammenleben. Wir **fördern den interreligiösen Dialog und schützen die**  
1652 **Religionsfreiheit**, um die Vielfalt unserer Gesellschaft als Chance für ein  
1653 weltoffenes Miteinander zu stärken.

1654 ***Wir wollen Diskriminierung entschlossen bekämpfen.***

1655 Diskriminierung verletzt die Würde der Betroffenen, gefährdet den gesellschaftlichen  
1656 Zusammenhalt und untergräbt das Vertrauen in eine gerechte Gesellschaft. Wir kämpfen  
1657 dafür, dass **alle Menschen in Deutschland frei und gleich an Würde und Rechten leben**  
1658 können.

1659 Ein Nationaler Aktionsplan Antidiskriminierung kann helfen, Diskriminierung in allen  
1660 Lebensbereichen zu bekämpfen.

1661 Wir wollen die Antidiskriminierungsstelle des Bundes weiter stärken und  
1662 zivilgesellschaftliche Beratungsangebote ausbauen, damit Betroffene gezielte  
1663 Unterstützung erhalten.

1664 Wir wollen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) modernisieren, um  
1665 effektiveren Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten.

1666 ***Wir wollen Extremismus vorbeugen und bekämpfen.***

1667 Ausnahmsweise kämpfen wir mal nicht für etwas, sondern tatsächlich gegen etwas, und  
1668 zwar gegen den Extremismus. Denn wir wissen, wie gefährlich er sein kann für eine  
1669 Gesellschaft. Unser Bestreben hierbei ist es, den Anfängen zu wehren. Deshalb setzen

1670 wir auf **Prävention, um extremistische Tendenzen und Demokratiefeindlichkeit**  
1671 **frühzeitig zu bekämpfen**. Präventive Maßnahmen werden gezielt entwickelt und  
1672 umgesetzt, um solche Entwicklungen bereits im Keim zu ersticken. Die Arbeit der Task  
1673 Force Islamismusprävention wird uns hier wichtige Hinweise geben.

1674 Wir sorgen dafür, dass die **Finanzquellen rechtsextremistischer Netzwerke** offengelegt  
1675 und ausgetrocknet werden. Wir wollen, dass die Strukturen rechtsextremistischer  
1676 Gruppen konsequent aufgedeckt und unterbunden werden. Hierfür überprüfen wir, ob die  
1677 bisherigen Befugnisse der Sicherheitsbehörden ausreichen.

1678 **Extremistische Bestrebungen werden weiterhin intensiv überwacht**, unsere  
1679 Sicherheitsbehörden müssen frühzeitiger bei verfassungsfeindlichen Aktivitäten  
1680 eingreifen können. Der Schutz unserer Demokratie hat oberste Priorität.

1681 Hierzu werden wir auch weiterhin prüfen, wie wir den **Zugang zu Waffen noch besser**  
1682 **kontrollieren** und Extremisten noch schneller entwaffnen können. Personen mit  
1683 psychischen Vorbelastungen dürfen keinen Zugriff auf Waffen haben.

1684 Wir **bekämpfen Islamismus mit ganzer Kraft** und voller Härte und stärken die  
1685 Islamismusprävention weiter. Wir entziehen Islamisten Räume und Finanzen und zeigen  
1686 damit klar, dass Islamismus und Antisemitismus keinen Platz in Deutschland haben. Wir  
1687 wollen zivilgesellschaftliche Initiativen stärken, der Radikalisierung vorbeugen, und  
1688 zugleich die Sicherheitsbehörden mit den nötigen Mitteln ausstatten, um islamistische  
1689 Netzwerke konsequent zu zerschlagen.

1690 **Verfassungsfeinde haben im öffentlichen Dienst keinen Platz**. Mit dem bereits  
1691 reformierten Bundesdisziplinarrecht stellen wir sicher, dass Verfassungsfeinde nicht  
1692 mehr im Staatsdienst verbleiben und das Vertrauen in staatliche Institutionen  
1693 zerstören.

1694 Wir stärken den **Kampf gegen ausländische Desinformationskampagnen** weiter und legen  
1695 Einflussversuche staatlicher Akteure auf die demokratische Meinungsbildung in  
1696 Deutschland offen.

## 1697 **16. Wir kämpfen für mehr Respekt, Sicherheit und Schutz vor** 1698 **Gewalt.**

1699 Dank der professionellen Arbeit unserer Sicherheitsbehörden ist Deutschland weiter  
1700 eines der sichersten Länder der Welt. Wir wollen, dass die Menschen sich auch sicher  
1701 fühlen. Die Sicherheitsbehörden müssen in die Lage versetzt werden, frühzeitiger  
1702 Gefahren und Bedrohungen abzuwehren. Deshalb reagieren wir konsequent und spürbar auf  
1703 Bedrohungen. Das gilt besonders mit Blick auf die Gewalt gegen Frauen und Kinder  
1704 sowie politisch motivierte Kriminalität. Das gilt auch für die Bedrohungen durch  
1705 Organisierte Kriminalität, Finanzkriminalität und Straftaten im und aus dem Internet  
1706 (Cybercrime). Dem Nährboden für Terror, Angst und Hass begegnen wir fokussiert und  
1707 konsequent. Dafür setzen wir weiter auf starke Sicherheitsbehörden und moderne  
1708 Instrumente. Wir kümmern uns um einen soliden Bevölkerungsschutz und schützen unsere  
1709 kritische Infrastruktur. Wir sorgen für Sicherheit, die schützt und Vertrauen  
1710 schafft.

1711 ***Wir wollen Sicherheitsbehörden und Justiz stärken.***

1712 Besonders in herausfordernden Zeiten ist die Sichtbarkeit der Polizei von erheblicher

1713 Bedeutung. Auch dafür wollen wir den **Personalaufbau bei den Sicherheitsbehörden**  
1714 **konsequent fortsetzen** und sichern so auch ihre Stärke, wenn Kolleginnen und Kollegen  
1715 in den kommenden Jahren verstärkt in den Ruhestand gehen. Dabei ist für uns klar,  
1716 dass wir die **Pensionsaltersgrenze im Polizeivollzugsdienst des Bundes** bei 62 Jahren  
1717 stabil halten.

1718 Wir sorgen für gute Arbeitsbedingungen bei der Bundespolizei und stärken den  
1719 Polizistinnen und Polizisten den Rücken bei ihrer Arbeit für unsere Sicherheit. Zudem  
1720 sorgen wir für **moderne Ausrüstung und zeitgemäße Befugnisse** von Polizei- und  
1721 Sicherheitsbehörden.

1722 Wir schaffen ein **modernes Bundespolizeigesetz**, das der Bundespolizei klare Befugnisse  
1723 gibt, um den heutigen sicherheitspolitischen Herausforderungen wirksam zu begegnen.

1724 Wir wollen, dass die Polizistinnen und Polizisten den Respekt und die Anerkennung für  
1725 ihre unverzichtbaren Dienste an unserer Gesellschaft bekommen. **Angriffe auf sie,**  
1726 **genauso wie auf Rettungskräfte und Helferinnen und Helfer müssen konsequent geahndet**  
1727 **und härter bestraft werden.** Zudem wollen wir den Schutz der Einsatzkräfte durch  
1728 verbesserte technische Ausrüstung, Schulungen und einen überlegenen Kräfteansatz in  
1729 bedrohlichen Situationen schnell erhöhen. Wir müssen den Menschen, die täglich für  
1730 unsere Sicherheit ihr Leben riskieren, stark zur Seite stehen.

1731 Darüber hinaus werden wir mit den Ländern eine Initiative starten, um die föderalen  
1732 Unterschiede im Bereich des **Polizei- und Versammlungsrechts zu harmonisieren.**  
1733 Parallel dazu sollen die Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes gestärkt  
1734 werden, damit das Grundrecht auf Versammlung überall geschützt werden kann.

1735 Unsere Polizei soll **automatisierte (KI-basierte) Datenanalysen** vornehmen können. Das  
1736 ermöglicht eine wesentlich schnellere Kriminalitätsbekämpfung, deshalb schaffen wir  
1737 rechtsstaatliche Instrumente für das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei.  
1738 Besonders im wichtigen Kampf gegen die Organisierte Kriminalität müssen wir sie  
1739 stärker befähigen, riesige Datenmengen effizient auswerten und Kriminalität gezielt  
1740 bekämpfen zu können.

1741 **Wir stärken die gesamte Rechtsstaatskette:** Neben den Sicherheitsbehörden wollen wir  
1742 die Staatsanwaltschaften und (Straf-)Gerichte stärken. Die Justiz darf nicht zum  
1743 Flaschenhals werden. Mit einem erneuten **Pakt für den Rechtsstaat** werden wir gemeinsam  
1744 mit den Ländern die Justiz personell und materiell besser ausstatten. Zudem wollen  
1745 wir die **Strafprozessordnung auf Effektivität reformieren** und die **Digitalisierung der**  
1746 **Justiz** mit bundesweit kompatiblen Systemen fortsetzen.

1747 **Wir wollen Frauen vor Gewalt schützen.**

1748 **Femizide stellen extreme Formen der Gewalt gegen Frauen dar.** Frauen werden getötet,  
1749 allein auf Grund der Tatsache, dass sie Frauen sind. Es sind die zugrundeliegenden  
1750 gesellschaftlichen und patriarchalen Strukturen, die diese Taten erst ermöglichen.  
1751 Diese sind Ausdruck tiefer Menschenfeindlichkeit. Dagegen gehen wir präventiv wie  
1752 repressiv mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vor. Wir schließen Schutzlücken  
1753 im Strafrecht, verbessern die Strafverfolgung und unterstützen die Einrichtung von  
1754 Schwerpunktstaatsanwaltschaften durch die Länder. Wir setzen uns für eine  
1755 vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention ein. Häusliche Gewalt ist auch im  
1756 Sorge- und Umgangsverfahren zu berücksichtigen.

1757 Wir stellen erhebliche **sexuelle Belästigungen unter Strafe**: Unerwünschte,  
1758 erniedrigende Handlungen wie „Catcalling“ sollen künftig strafrechtlich verfolgt  
1759 werden können. Damit wollen wir Betroffene besser schützen und gesellschaftliche  
1760 Grenzen klar aufzeigen.

1761 Mit einer **Verschärfung des Gewaltschutzgesetzes** wollen wir Betroffenen häuslicher  
1762 Gewalt und anderer Nachstellungen besser schützen: Maßnahmen wie elektronische  
1763 Fußfesseln, Aufenthaltsverbote und Hausarreste bieten besseren Schutz vor Tätern und  
1764 ermöglichen eine engmaschigere Überwachung in Gefahrensituationen. Hierfür passen wir  
1765 die einschlägigen Rechtsgrundlagen an.

1766 Wir wollen, dass **geschlechtsspezifische Gewalt EU-weit als Straftatbestand**  
1767 festgeschrieben wird. Unser Ziel sind einheitliche Standards im Schutz und in der  
1768 Strafverfolgung in allen Mitgliedstaaten.

1769 Wir wollen einen **Anspruch auf Schutz und Beratung**: Mit einem bundesweiten  
1770 Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Betroffene jederzeit Zugang zu  
1771 Schutzunterkünften wie Frauenhäusern und Beratungsstellen erhalten. Wir wollen mehr  
1772 Vorbeugung gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt. Mit dem  
1773 **Gewalthilfegesetz** wollen wir diese Strukturen weiter ausbauen und nachhaltig  
1774 absichern.

1775 Wir bekämpfen konsequent Menschenhandel und jede Art sexueller Ausbeutung. Betroffene  
1776 müssen schnell Schutz und Hilfe bekommen.

1777 Wir wollen auch **geflüchtete Frauen** besser vor Gewalt schützen. Für Opfer häuslicher  
1778 Gewalt wollen wir Erleichterungen bei Residenzpflicht und Wohnsitzauflage schaffen,  
1779 außerdem wollen wir das eigenständige – vom Ehegatten unabhängige – Aufenthaltsrecht  
1780 praxistauglicher ausgestalten.

1781 **Wir wollen Gewalt und Kriminalität im Netz unterbinden.**

1782 Leider verbreitet sich Gewalt auch in der digitalen Welt. Rasant und mit einem nie  
1783 dagewesenen Ausmaß. Wir wollen konsequent auch gegen digitale Gewalt vorgehen. Dazu  
1784 schaffen wir ein **digitales Gewaltschutzgesetz**. Hierfür schließen wir  
1785 Strafbarkeitslücken bei bildbasierter Gewalt und schränken den Umgang mit sogenannten  
1786 Spionage-Apps ein. Zudem sollen die Täter-Accounts einfacher gesperrt werden können.  
1787 Versehen mit einem Verbandsklagerecht sollen Rechte der Betroffenen effektiv  
1788 durchgesetzt werden können.

1789 Wir machen das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (**BSI**) zu einer  
1790 **Zentralstelle in der Cyber- und Informationssicherheit**. Zudem stärken wir die  
1791 Kompetenzen der Sicherheitsbehörden gegen Cybercrime. Dadurch verbessern wir die  
1792 Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und stärken die Verteidigung gegen  
1793 Cyberangriffe auf Menschen und Wirtschaft - insbesondere IP-Adressen und Port-  
1794 Nummern. Dabei gewährleisten wir den Schutz der Daten der Nutzerinnen und Nutzer,  
1795 stärken die IT-Sicherheitsmaßnahmen der Unternehmen und ihre Verantwortung im Kampf  
1796 gegen Hass und Hetze im Netz. Gleichzeitig schaffen wir damit eine bessere Grundlage  
1797 für die wirksame Strafverfolgung bei konkreten Tatverdachten. Ergänzend setzen wir  
1798 dabei auf die **Log-in-Falle**, die bei der Anmeldung an einem verdächtigen Benutzerkonto  
1799 die IP-Adresse erfasst, wodurch per Justiz-Schnittstellen Stammdaten ermittelt werden  
1800 können – selbstverständlich unter strikter Wahrung der Grundrechte und des  
1801 Datenschutzes.

1802 Regelungen gegen Hasskriminalität und andere Straftaten im Netz sowie zum  
1803 Jugendschutz setzen wir konsequent durch. Wir setzen klare Regeln zur **Bekämpfung von**  
1804 **Hasskriminalität und Netzstraftaten** um. Plattformbetreiber werden verpflichtet,  
1805 illegale Inhalte zu entfernen, während wir gleichzeitig den Jugendschutz stärken,  
1806 etwa durch effektive Möglichkeiten zur Altersverifikation.

1807 ***Wir kämpfen gegen Menschenfeindlichkeit in all ihren Formen.***

1808 Die Diskriminierung in öffentlichen und digitalen Räumen durch Rechtspopulisten,  
1809 Rechtsextremisten und andere Kräfte hat in erschreckendem Maße zugenommen.

1810 Wir stellen uns weiterhin entschlossen **gegen jede Form von gruppenbezogener**  
1811 **Menschenfeindlichkeit**. Sie ist Kernelement rechtsextremer Einstellungen und drückt  
1812 sich in Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit, aber  
1813 auch in Sexismus, Homophobie oder Queer-Feindlichkeit aus. Diese Ausgrenzung von  
1814 Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft werden wir nicht dulden.

1815 ***Wir kämpfen gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in Deutschland.***

1816 Deutschland trägt eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus. Wir  
1817 müssen vor ihm warnen und laut und sichtbar gegen ihn eintreten. Das ist **eine**  
1818 **gesamtgesellschaftliche Verpflichtung**. Alle Parteien und zivilgesellschaftlichen  
1819 Organisationen müssen deutlich machen, dass für antisemitische Ansichten in ihren  
1820 Reihen kein Platz ist.

1821 Wir sind dankbar für das **jüdische Leben und die jüdische Kultur in Deutschland**. Sie  
1822 ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft und angesichts unserer Geschichte eine  
1823 besondere Vertrauenserklärung gegenüber unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat.

1824 Deshalb setzen wir uns weiterhin für die Förderung und den Schutz jüdischen Lebens in  
1825 Deutschland ein und unterstützen engagiert die jüdische Gemeinschaft in unserem Land.  
1826 Dies umfasst die Stärkung der Sichtbarkeit jüdischen Lebens, das Wachhalten der  
1827 Erinnerung an die Shoah sowie die Förderung von Gedenkstätten und Bildungsarbeit.

1828 Die **Sicherheit jüdischen Lebens** muss sowohl im öffentlichen als auch im digitalen  
1829 Raum gewährleistet sein. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Hochschulen sichere  
1830 Orte für jüdische Studierende und Lehrende sind und antisemitisches Verhalten  
1831 konsequent geahndet wird.

1832 ***Wir verbessern den Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe.***

1833 Wir stärken die **Vorsorge gegen Klimafolgen** wie extreme Niederschläge, Hitzewellen und  
1834 Dürre. Zudem stärken wir die **Zivilverteidigung**, um auf geopolitische Bedrohungen wie  
1835 hybride Angriffe oder militärische Konflikte besser vorbereitet zu sein.

1836 Wir wollen unser Land noch besser wappnen gegen (hybride) Angriffe auf unsere  
1837 kritische **Infrastruktur und vor Desinformationskampagnen**. Dafür werden wir Kommunen,  
1838 Länder, den Bund, kommunale Versorger und die Betreiber kritischer Infrastruktur  
1839 besser miteinander verzahnen und dafür auch die Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze  
1840 aktualisieren und anpassen. Zudem wollen wir eine Stärkung der Befugnisse der  
1841 Sicherheitsbehörden zur Cyberabwehr.

1842 Ein zentraler Schritt ist hierbei das KRITIS-Dachgesetz, das bundeseinheitliche und  
1843 sektorenübergreifende Vorgaben für den physischen Schutz kritischer Infrastrukturen  
1844 (KRITIS) einführt. Dieses Gesetz zielt in erster Linie auf die Resilienz von

1845 Unternehmen ab, um die Versorgungssicherheit unserer Gesellschaft mit lebenswichtigen  
1846 Dienstleistungen zu gewährleisten.

1847 Das **Technische Hilfswerk (THW)** ist unerlässlich für Schutz und Hilfe im Fall der  
1848 Fälle. Wir wollen es weiter mit den erforderlichen personellen und materiellen  
1849 Ressourcen ausstatten.

1850 Als *die* Ehrenamts-Partei wollen wir weiter die Engagierten in den Freiwilligen  
1851 Feuerwehren, dem THW, bei der Deutschen Lebens-Rettungsgesellschaft (DLRG) sowie in  
1852 den Rettungs- und Sanitätsdiensten unterstützen. Unsere „**Hilfen für Helfer**“ werden  
1853 wir fortsetzen.

1854 Wir werden weiter für eine **solide ergänzende Ausstattung für die Feuerwehren** sorgen.  
1855 Wir wollen, dass der Bund hier hilft, auf komplexe Gefahrenlagen vorbereitet zu sein,  
1856 etwa beim Hochwasserschutz und dem CBRN-Einsatz.

1857 Wir wollen, dass die Menschen besser und schneller vor Gefahren gewarnt werden. Dazu  
1858 werden wir den **flächendeckenden Ausbau mit Sirenen** weiter fördern und die bestehenden  
1859 Warn-Apps verbessern.

1860 Wir wollen, dass wieder mehr **Übungen für den Katastrophenfall** stattfinden. Damit die  
1861 Zusammenarbeit und die Einsatzfähigkeit gewährleistet sind, sollen alle Ebenen  
1862 einbezogen werden, unter Einsatz moderner Technologien wie Virtual Reality.

## 1863 **17. Wir kämpfen für Gleichstellung, für eine Gesellschaft frei** 1864 **von Rassismus und Diskriminierung.**

1865 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleich an Würde, gleich an  
1866 Chancen und frei von Diskriminierung, oder gar Angst vor Bedrohung und Gewalt sicher  
1867 leben und ihre Träume verwirklichen können.

1868 Unser Feminismus kämpft gegen strukturelle Benachteiligungen jeglicher Art, wie er  
1869 gegen Frauen, People of Color und queere Personen leider auch weiterhin an der  
1870 Tagesordnung ist.

1871 Die Diskriminierung in öffentlichen und digitalen Räumen durch Rechtspopulisten,  
1872 Rechtsextremisten und andere Kräfte hat in erschreckendem Maße zugenommen. Wir  
1873 stellen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit klar entgegen.

1874 ***Wir wollen Frauenrechte und Gleichstellung weiter voranbringen.***

1875 Damit Frauen und Männer gleichermaßen am Erwerbsleben, an der Care-Arbeit und an  
1876 Führungspositionen teilhaben können, bekämpfen wir strukturelle Benachteiligungen. So  
1877 tragen wir zu einer nachhaltigen, gerechten und wirtschaftlich erfolgreichen Zukunft  
1878 bei.

1879 Gleichstellung werden wir auch künftig – im Sinne des **Gender Mainstreaming** – zu einem  
1880 Leitprinzip aller Ressorts der Regierung machen. Die ressortübergreifende  
1881 **Gleichstellungsstrategie des Bundes soll weiterentwickelt** werden.

1882 **Antifeminismus und Anti-Gender-Bewegungen bedrohen unser freiheitliches**  
1883 **Zusammenleben.** Wir werden dem entgegentreten, indem wir Antifeminismus, Sexismus und  
1884 jegliche Formen von Diskriminierungen bekämpfen und gegen Herabwürdigungen und  
1885 Hassreden vorgehen.

1886 Wir wollen, dass die **Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch Anti-Feminismus** in



1887 den Fokus nimmt, um gezielt frauenfeindliche Diskriminierung zu verhindern.

1888 Die **Modernisierung von Arbeitszeitmodellen** ermöglicht eine bessere Balance zwischen  
1889 Beruf und Privatleben. Gleichzeitig sichern wir durch eine Fachkräfteoffensive die  
1890 Qualität und Verlässlichkeit von Kitas und Schulen und reduzieren Schließzeiten  
1891 deutlich.

1892 Die **gerechte Verteilung von Sorgearbeit** muss selbstverständlich werden. Zusätzliche  
1893 Urlaubstage für sorgearbeitende Eltern fördern eine partnerschaftliche Organisation  
1894 des Familienalltags und entlasten insbesondere diejenigen, die Pflege und Beruf  
1895 vereinbaren müssen. Wir wollen Eltern und vor allem **berufstätigen Müttern ihren**  
1896 **Alltag** erleichtern. Flexible Arbeitszeitmodelle und eine verlässliche  
1897 Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen schaffen mehr Zeit für die Familie.

1898 Unser verbessertes Modell beim Elterngeld, nach dem jeder Elternteil Anspruch auf 6  
1899 Monate Elterngeld erhält und weitere 6 Monate frei verteilt werden können, erhöht die  
1900 Gesamtzahl der Elterngeldmonate von 14 auf 18 Monate, unterstützt echte  
1901 Partnerschaftlichkeit und gibt Eltern gleiche Chancen auf Familienzeit.

1902 **Frauen sollen besser vor Altersarmut** geschützt werden. Wir stärken die Anerkennung  
1903 von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rente und schaffen eine faire Absicherung für  
1904 alle Lebensphasen. Kostengünstige und transparente Altersvorsorgemodelle bewirken,  
1905 dass Frauen im Alter gut versorgt sind.

1906 Wir wollen, dass **pfl egende Angehörige noch besser unterstützt** werden. Es ist ein  
1907 Fakt, dass vor allem Frauen diese große Leistung erbringen. Mit einer  
1908 Familienpflegezeit und einem Familienpflegegeld, ähnlich wie beim Elterngeld,  
1909 ermöglichen wir die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ohne finanzielle Einbußen.

1910 Wir wollen, dass **Frauengesundheit noch mehr Aufmerksamkeit** bekommt. Wir schließen  
1911 Datenlücken und verbessern die Versorgung etwa bei Endometriose, Geburt,  
1912 Verhütungsmitteln und in den Wechseljahren, damit die Gesundheitsversorgung den  
1913 spezifischen Bedürfnissen von Frauen gerecht wird.

1914 Wir werden **Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren** und außerhalb des Strafrechts  
1915 regeln – außer wenn sie gegen oder ohne den Willen der Schwangeren erfolgen. Wir  
1916 wollen Schwangerschaftsabbrüche zu einem Teil der medizinischen Grundversorgung  
1917 machen.

1918 Die **Zeit für Parität** ist jetzt – es müssen mehr Frauen in die Parlamente. Dafür  
1919 werden wir ein Paritätsgesetz auf den Weg bringen, das bei Wahlen die paritätische  
1920 Vertretung von Frauen und Männern im Deutschen Bundestag bei Listen- und  
1921 Direktmandaten sicherstellt.

1922 Unser Ziel bleibt die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen.  
1923 Dazu werden wir das **Führungspositionen-Gesetz weiterentwickeln** mit dem Ziel, bis 2030  
1924 Parität in Aufsichtsräten und Vorständen zu erreichen. Als nächsten Schritt streben  
1925 wir ein **Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft** an.

1926 Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine **EU-Charta der Frauenrechte** verabschiedet  
1927 und somit ein effektiver Schutz von Frauenrechten in der ganzen EU gewährt wird.

1928 **Wir wollen gegen Lügen, Hass und Hetze vorgehen.**

1929 Wir **schließen die Schutzlücken bei menschenverachtender Hetze**. Rechtsextreme  
1930 Äußerungen von Amtsträgerinnen und Amtsträgern sowie in Schulen werden wir besonders



1931 in den Blick nehmen und den Volksverhetzungsparagrafen entsprechend überarbeiten.

1932 Wir verbessern den **Datenschutz bei Hassdelikten**. Im Strafverfahren soll die Wohn-

1933 oder Aufenthaltsanschrift künftig nicht mehr durch Akteneinsicht offengelegt werden

1934 müssen, um Betroffene besser zu schützen.

1935 Hasskriminalität im Internet und gezielte Desinformationskampagnen gefährden unsere

1936 Demokratie. Wir werden konsequent dagegen vorgehen und die **Zentralstelle für**

1937 **strafbare Inhalte im Internet beim Bundeskriminalamt weiter ausbauen**, um die

1938 Verfolgung von Online-Hasskriminalität effektiver zu gestalten. Wir stärken die neue

1939 Ansprechstelle für Kommunalpolitik im Deutschen Forum Kriminalprävention.

1940 ***Wir wollen queere Lebensentwürfe noch besser vor Diskriminierung schützen.***

1941 Wir wollen den Schutz vor **Diskriminierung im Grundgesetz (GG) explizit auf sexuelle**

1942 **Orientierung und geschlechtliche Identität erweitern**. Artikel 3 Abs. 3 GG werden wir

1943 daher entsprechend erweitern.

1944 Wir wollen dafür sorgen, dass alle **Diskriminierungen queerer Familien**

1945 **(„Regenbogenfamilien“) im Familien- und Abstammungsrecht aufgehoben** werden: Queere

1946 Familien sollen im Familien- und Abstammungsrecht vollständig gleichgestellt werden.

1947 Den **Aktionsplan „queer Leben“** der Bundesregierung werden wir unter Beteiligung der

1948 Zivilgesellschaft weiterentwickeln: Der Aktionsplan wird in Zusammenarbeit mit der

1949 Zivilgesellschaft fortgeschrieben, um die Lebensrealität queerer Menschen besser zu

1950 berücksichtigen.

1951 **18. Wir kämpfen für Medienvielfalt, für Vielfalt in Kunst und**

1952 **Kultur und für einen starken Sport.**

1953 Kreativität gilt im Zeitalter der stetigen Veränderungen als die Kompetenz

1954 schlechthin. Dazu kommt, dass wir auch in der Ära der Künstlichen Intelligenz immer

1955 noch das Land der Dichter und Denker, der Dichterinnen und Denkerinnen bleiben

1956 wollen. Kunst inspiriert, irritiert und eröffnet neue Perspektiven. Ohne freie und

1957 kraftvolle Kunst verkümmert, was jedem Fortschritt zugrunde liegt: die Fähigkeit,

1958 unser gegenwärtiges Leben zu reflektieren und uns ein besseres vorzustellen. Für uns

1959 ist die uneingeschränkte Freiheit der Künste deshalb nicht nur kultureller Wert,

1960 sondern politischer Auftrag.

1961 Sport begeistert Millionen, ob im Ehrenamt, als Amateur oder Profi. Er fördert

1962 Integration und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit – von der Kindheit bis

1963 ins hohe Alter. Deshalb unterstützen wir den Sport umfassend. Auch weil wir wissen:

1964 Nirgendwo sonst lassen sich Werte-Themen wie Respekt, Vielfalt, Inklusion und

1965 Zusammenhalt schöner erzählen und belegen als mit Sport.

1966 Freie und unabhängige Medien sind unverzichtbar für den öffentlichen Diskurs. Wir

1967 wollen, dass man sich auf Fakten in den Nachrichten verlassen kann. Deshalb stärken

1968 wir die Medienvielfalt als Fundament der Demokratie.

1969 ***Wir wollen die Medienvielfalt als wichtige Grundlage der Demokratie fördern.***

1970 Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** bleibt eine zentrale Säule des dualen

1971 **Mediensystems** und muss durch eine auftragsgerechte, rechtssichere Finanzierung

1972 gestärkt werden. Er soll alle Generationen mit hochwertigen, unabhängigen Angeboten

1973 erreichen. **Private Medienunternehmen** sind eine wichtige zweite Säule und sollen durch  
1974 gute regulatorische und ordnungspolitische Rahmenbedingungen unterstützt werden, um  
1975 auch im digitalen Zeitalter ihre wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftliche  
1976 Relevanz zu sichern. Wir wollen **lokale und regionale Medien fördern** und innovative  
1977 Medienformate unterstützen, um die Teilhabe und Vielfalt im Mediensystem zu sichern.

1978 Der **Kampf gegen Desinformation** ist angesichts des schon heute immensen Ausmaßes eine  
1979 herausragende gesellschaftliche Aufgabe. **Medienkompetenz** ist eine Grundkompetenz im  
1980 digitalen Zeitalter. Wir setzen uns dafür ein, Programme zur Förderung der Medien-  
1981 und Nachrichtenkompetenz für alle Altersgruppen auszubauen, um Manipulation und  
1982 Desinformation entgegenzuwirken.

1983 Plattformen sollen verpflichtet werden, ihre **Algorithmen und Entscheidungsprozesse**  
1984 **zur Inhaltsdarstellung offenzulegen** und auf diskriminierende oder manipulative  
1985 Praktiken zu prüfen. Transparenz und Verantwortlichkeit der Plattformanbieter sind  
1986 zentral, um die demokratische Meinungsbildung zu schützen. Im Kampf gegen  
1987 Desinformation muss staatliche Aufsicht sich zurückhalten, um kein Gefühl von  
1988 staatlicher Zensur aufkommen zu lassen. Aber der Staat kann wirksame Moderation von  
1989 Plattformen einfordern, unabhängige Medien fördern, die unter anderem auch  
1990 Faktenchecks durchführen, die Zusammenarbeit und den Ausbau mit Berufsverbänden und  
1991 Gremien der Selbstregulierung, beispielsweise dem Presserat, stärken.

1992 Wir wollen außerdem eine **strikte Durchsetzung der Bot-Kennzeichnungspflicht** aus der  
1993 KI-Verordnung, sowie verpflichtende Tools zum Faktencheck auf großen Plattformen. Es  
1994 gilt die europäischen Regelungen (DMA, DSA, KI-Verordnung) durchzusetzen und die  
1995 Plattformen zu zwingen, gegen illegale Inhalte vorzugehen und wirksame Vorkehrungen  
1996 gegen systemische Risiken wie Desinformation und Fake News zu treffen.

1997 **Wir fördern kulturelle Teilhabe, geben Künstlerinnen und Künstlern soziale Sicherheit**  
1998 **und stärken die Kreativwirtschaft.**

1999 „**Kultur für alle**“ ist unser Kernversprechen, für das wir unermüdlich weiterarbeiten  
2000 werden. Wir wollen, dass die Trägerinnen und Träger kultureller Infrastruktur  
2001 finanziell und organisatorisch stärker unterstützt werden, dass bezahlbare kulturelle  
2002 Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich gemacht werden und dass  
2003 kulturelle Bildung und inklusive Strategien gefördert werden. **Kultur soll als**  
2004 **Staatsziel in der Verfassung** verankert werden. Damit geben wir der Bedeutung von  
2005 Kunst und Kultur in unserer Gesellschaft einen festen Platz.

2006 Wir bekennen uns dazu, dass der Staat auf allen seinen Ebenen die Verantwortung  
2007 trägt, die Kultur zu fördern und die Freiräume für künstlerisches Schaffen zu  
2008 sichern. Wir gewährleisten die **zukunftsgerichte Organisation und Finanzierung der**  
2009 **Kultur**. Das gilt insbesondere für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die  
2010 Kulturstiftung des Bundes, die Förderfonds und kulturelle Angebote von nationaler  
2011 Reichweite. Wir werden den Denkmalschutz stärken, das kulturelle und bauliche Erbe  
2012 erhalten und die nachhaltige Transformation der Kultur fördern.

2013 Zum Schutze unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung muss die Kulturpolitik  
2014 des Bundes mehr sein als bloß eine Ergänzung der vielen Aufgaben, die in der  
2015 Kulturhoheit der Länder geleistet werden. Wir verstehen sie als **Gesellschaftspolitik**  
2016 und als Arbeit an den kulturellen und diskursiven Formationen der Bundesrepublik.

2017 Wir lernen aus der Geschichte für die Gegenwart. Deshalb ist **erinnerungskulturelle**

2018 **Arbeit** in einer Demokratie unabdingbar. Wir werden gerade jetzt die Erinnerung an die  
2019 NS-Verbrechen und die Shoah wachhalten und künftigen Generation vermitteln. Auch die  
2020 weitere Aufarbeitung der Verbrechen der SED-Zeit und des Kolonialismus muss  
2021 weitergehen. Wir werden die Opfer der Diktaturen in Deutschland nicht vergessen.

2022 Im Jahr 2025 feiern wir 35 Jahre Deutsche Einheit. Wir wollen positive Ereignisse in  
2023 der deutschen Demokratieggeschichte noch stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit  
2024 rücken und damit einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten.

2025 Wir stehen für ein breites Kulturverständnis, das **Hoch-, Pop-, Sozio- und Subkultur**  
2026 gleichermaßen anerkennt. Wir werden uns um kulturelle und kreative Tätigkeiten in  
2027 ihrer ganzen Vielfalt kümmern.

2028 Wir sorgen für die **Absicherung und faire Bezahlung von Künstlerinnen und Künstlern**.  
2029 Die Künstlersozialkasse werden wir ausbauen und die soziale Absicherung grundsätzlich  
2030 besser auf die besonderen Arbeits- und Lebensbedingungen in der Kunstbranche  
2031 abstimmen.

2032 Wir **gewährleisten auch künftig Urheber- und Leistungsschutzrechte**. Dafür schützen wir  
2033 kreative Produkte und sorgen für eine angemessene Vergütung. Wir werden insbesondere  
2034 im digitalen Musikmarkt mithelfen, faire und transparente Vergütungsmodelle zu  
2035 entwickeln. Zudem sorgen wir dafür, dass KI-generierte Inhalte klar erkennbar sind.

2036 Wir sorgen bei der **Regulierung von digitalen Plattformen und Künstlicher Intelligenz**  
2037 für Augenhöhe zwischen Kreation und Technologie und für faire Vergütungsregeln. Für  
2038 mehr Unabhängigkeit von chinesischen und amerikanischen Plattformen prüfen wir,  
2039 inwieweit Alternativen für europäische Kulturproduzenten entstehen und gefördert  
2040 werden können.

2041 **Wir stärken die Kultur- und Kreativwirtschaft**. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist  
2042 ein wichtiger Innovations- und Beschäftigungsfaktor. Wir wollen ihre Förderung durch  
2043 klare Rahmenbedingungen und Steueranreize stärken. Ein zentraler Koordinator in der  
2044 Bundesregierung soll ihr Potenzial besser nutzen und technologische Entwicklungen wie  
2045 Künstliche Intelligenz gezielt unterstützen

2046 **Den deutschen Film wollen wir stärken**. Die SPD steht für Arbeitsplätze und den  
2047 heimischen Filmstandort ein. Wir setzen uns daher für eine umfassende Reform der  
2048 Filmförderung, bestehend aus einem steuerlichen Anreizsystem sowie einer  
2049 Investitionsverpflichtung für internationale Streaming-Plattformen, ein. So sichern  
2050 wir die Wettbewerbsfähigkeit der Filmwirtschaft. **Kinos im ländlichen Raum** sind  
2051 wichtige kulturelle Treffpunkte. Wir wollen sie durch langfristige Förderprogramme  
2052 erhalten und stärken.

2053 Die **Förderung von Popkultur** wollen wir ausbauen, um insbesondere für jüngere  
2054 Zielgruppen vielfältige kulturelle Angebote zu schaffen. Mit „**Kulturschutzgebieten**“  
2055 **im Baurecht schützen wir kulturelle Einrichtungen wie Clubs** vor Verdrängung und  
2056 sichern ihnen eine langfristige Perspektive.

2057 **Games wollen wir als gemeinnütziges Kulturgut und Innovationstreiber gezielt fördern**.  
2058 Sie verbinden Kultur, Technik und Wirtschaft und tragen zur kreativen Vielfalt bei.

2059 **Wir wollen den Sport in seiner ganzen Bandbreite fördern**.

2060 Sowohl im Spitzen- als auch im Breitensport wollen wir Deutschland voranbringen. Dazu  
2061 werden wir das professionelle Umfeld für Trainerinnen, Trainer sowie Athletinnen und

2062 Athleten gezielt stärken, indem wir die **Reform des Spitzensports konsequent**  
2063 **fortsetzen und das Sportfördergesetz entsprechend weiterentwickeln.** So schaffen wir  
2064 die Grundlage für langfristigen Erfolg, fördern Talente und unterstützen die  
2065 sportliche Vielfalt in Deutschland.

2066 Wir wollen **Sport als Staatsziel im Grundgesetz** verankern, um mit der Kraft des Sports  
2067 Gesundheit, soziale Teilhabe und Integration zu stärken. Wir helfen Ländern, Kommunen  
2068 und Vereinen bei der Sanierung von Sportstätten und erhöhen die Attraktivität und  
2069 Zugänglichkeit des Ehrenamtes im Breitensport.

2070 Wir schreiben **Schutz vor Gewalt im Sport** groß: Deshalb stehen wir weiter an der Seite  
2071 des Zentrums für Safe Sport zur Bekämpfung physischer, psychischer und sexualisierter  
2072 Gewalt.

2073 Wir sagen **Ja zu Sportgroßveranstaltungen** in Deutschland und unterstützen den  
2074 Deutschen Olympischen Sportbund bei der Bewerbung für **Olympische Spiele und**  
2075 **Paralympics in Deutschland.**

## 2076 **19. Wir kämpfen für starke Kommunen und gleiche Chancen in Land** 2077 **und Stadt.**

2078 Wir wollen, dass Menschen frei wählen können, ob sie in der Stadt oder auf dem Land  
2079 leben – mit gleichen Chancen überall. Wir stärken den ländlichen Raum und sichern die  
2080 Daseinsvorsorge vor Ort. Klimagerechte Städte, lebendige Dörfer und moderne  
2081 Infrastruktur sind der Schlüssel für ein gutes Leben überall in Deutschland.

2082 ***Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse und den ländlichen Raum stärken.***

2083 Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen, indem wir  
2084 Regionen mit besonderen Herausforderungen gezielt unterstützen. Durch Investitionen  
2085 in Infrastruktur und die Stärkung lokaler Stärken fördern wir wirtschaftliche Dynamik  
2086 und soziale Stabilität. Die ländlichen Räume in Deutschland sind unterschiedlich  
2087 dynamisch, wohlhabend und zukunftsfest. Diese strukturellen Herausforderungen müssen  
2088 bewältigt werden. Speziell in den Handlungsfeldern Modernisierung, Zusammenleben,  
2089 Landwirtschaft, Mobilität und Gesundheitsversorgung stehen die ländlichen Räume vor  
2090 Herausforderungen. Hier müssen differenzierte politische Antworten gefunden werden.

2091 Wir werden ländliche Räume stärken, indem wir **Breitbandinternet ausbauen** und  
2092 nachhaltige Mobilitätslösungen schaffen und fördern. Kleine Städte entwickeln wir als  
2093 Ankerpunkte für wirtschaftliche, kulturelle und soziale Netzwerke, um regionale  
2094 Entwicklung zu fördern.

2095 Wir sichern den **Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen** unabhängig vom Wohnort. Mit  
2096 Telemedizin und medizinischen Versorgungszentren stärken wir die  
2097 Gesundheitsversorgung und investieren in Bildungs- und Betreuungsangebote für  
2098 Chancengleichheit.

2099 Wir fördern **regionale Wirtschaftsstrukturen**, stärken Wertschöpfungsketten und  
2100 schaffen faire Arbeitsbedingungen. Damit sichern wir Arbeitsplätze und stärken die  
2101 Stabilität ländlicher Regionen.

2102 Wir fördern die Beteiligung der Menschen vor Ort durch Bürgerforen, digitale  
2103 Plattformen und Partizipationsprojekte, beispielsweise durch das **Ermöglichen von**  
2104 **kommunalen Entwicklungsbeiräten**, in denen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik,

2105 Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Empfehlungen für langfristige  
2106 Entscheidungen erarbeiten.

2107 **Mobilität** ist eine wichtige Voraussetzung, um gleichwertiger Lebensverhältnisse  
2108 gewährleisten zu können. Dafür stärken wir (Ruf-)Busse und Bahn im ländlichen Raum  
2109 und in der Stadt. Dabei wissen wir, dass das Auto für viele vor allen in ländlichen  
2110 Regionen unverzichtbar ist.

2111 Um leerstehende Gebäude im ländlichen Raum wieder nutzbar zu machen und damit die  
2112 Attraktivität und Wirtschaftskraft dieser Regionen zu stärken, brauchen wir eine  
2113 umfassende **Leerstand-Strategie für den ländlichen Raum**. Durch gezielte  
2114 Förderprogramme und Anreize sollen Kommunen und private Eigentümer motiviert werden,  
2115 leerstehende Immobilien in Wohn- oder Gewerberaum umzuwandeln.

2116 **Wir wollen Natur und Ökosysteme schützen.**

2117 Um Natur und Ökosysteme im Einklang mit europäischen und internationalen  
2118 Verpflichtungen zu schützen, braucht es effektive Maßnahmen in bestehenden  
2119 Schutzgebieten und die Vernetzung ökologisch wertvoller Flächen. Wir wollen eine  
2120 Flächenplanung, die Wildnis- und Kulturlandschaften und heimische Arten schützt und  
2121 ein konfliktfreies Miteinander von Land- und Energiewirtschaft, Tourismus, Industrie,  
2122 Wohnen und Naturschutz ermöglicht. Mittel aus dem Aktionsprogramm Natürlicher  
2123 Klimaschutz und dem Naturschutzfonds sollen flächendeckend eingesetzt werden, um  
2124 **Wälder, Moore, Flussauen oder Stadtgrün** zu schützen. Wir wollen **Meeresschutzgebiete**,  
2125 die echte Rückzugs- und Erholungsräume für Arten sind.

2126 Ziele unserer Klimaschutzpolitik sind die Vermeidung von Treibhausgasemissionen durch  
2127 den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien, effizientes Energiemanagement,  
2128 Dekarbonisierung der Industrie und eine umfassendere Kreislaufwirtschaft. Wir folgen  
2129 deshalb dem Grundsatz „**CO<sub>2</sub>-Vermeidung vor CO<sub>2</sub>-Abscheidung**“.

2130 Die **Atomkraft** in Deutschland ist stillgelegt und das ist gut so. Jetzt braucht es die  
2131 sichere Endlagerung der radioaktiven Stoffe. Wir werden das Endlager-Suchverfahren  
2132 konstruktiv begleiten und beschleunigen, ohne die Sicherheit zu gefährden.

2133 **Wir wollen eine moderne Land- und Forstwirtschaft sowie ökologische Vielfalt stärken.**

2134 Landwirtschaftliche Betriebe gehören in Deutschland zum Kernbereich der  
2135 mittelständisch geprägten Wirtschaft. Von der Landwirtschaft hängt direkt oder  
2136 indirekt etwa jeder zehnte Arbeitsplatz ab. Die Produktion von Lebensmitteln ist aber  
2137 mehr als nur ein Wirtschaftszweig. Landwirtschaft hat jahrhundertlang die Identität  
2138 der ländlichen Räume geprägt und die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte verdient  
2139 unseren Respekt.

2140 Für uns ist die Zukunft der **Landwirtschaft digital und bürokratiearm**. Auch deshalb  
2141 wollen wir Landwirtinnen und Landwirte dabei stärken, die Herausforderungen der  
2142 Zukunft zu meistern. Landwirtschaftliche Tätigkeiten brauchen regionale und  
2143 nachhaltige Perspektiven, um langfristig und verantwortungsvoll zu wirken.

2144 Wir wollen den Landwirtinnen und Landwirte durch die **Reform der Agrarförderung**  
2145 Rückendeckung geben, denn sie stehen am Anfang der landwirtschaftlichen  
2146 Wertschöpfungskette. Ziel ist eine stärkere Honorierung und Vergütung von Leistungen,  
2147 die den Arbeitskräften in der Landwirtschaft, den ländlichen Regionen sowie dem  
2148 Tierschutz zugutekommen.

2149 Mit der neuen **GAP-Förderperiode ab 2028 wollen wir all jene stärker unterstützen, die**  
2150 **die Ressourcen Wasser, Boden und Luft schonen**, zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen  
2151 und Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimaanpassung durchführen. Den Übergang wollen wir  
2152 schrittweise vollziehen. Die Regularien der GAP sind grundlegend zu vereinfachen.

2153 Wir sind sicher, dass man auch im konventionellen Bereich mit kluger Landwirtschaft  
2154 gut und nachhaltig arbeiten kann: bodenschonend, tierwohlgerecht, klimaangepasst. Wir  
2155 wollen es leichter machen, das zu tun.

2156 Angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise ist es unerlässlich, die gesetzlichen  
2157 Rahmenbedingungen anzupassen, um die vielfältigen **Ökosystemleistungen unserer Wälder**  
2158 auch für kommende Generationen zu sichern.

2159 Wir wollen die **Fischerinnen und Fischer** dabei unterstützen, sich durch eine stärkere  
2160 Kombination ihrer Einkünfte zukunftsfähig aufzustellen.

## 2161 **20. Wir kämpfen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft.**

2162 Die SPD sorgt dafür, dass Deutschland als Einwanderungsland seine Stärken voll  
2163 ausschöpfen kann. Als alternde Gesellschaft sind wir auf Zuwanderung angewiesen.  
2164 Vielfalt ist eine Bereicherung, und wir setzen uns dafür ein, dass Integration besser  
2165 und schneller gelingt. Deshalb war es so wichtig, dass wir das  
2166 Staatsangehörigkeitsrecht endlich modernisiert haben. Mit der erleichterten  
2167 Möglichkeit, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, haben wir vielen Menschen  
2168 die Identifikation mit Deutschland erleichtert und ein starkes Zeichen für Teilhabe  
2169 und Zugehörigkeit gesetzt. So stärken wir den sozialen Zusammenhalt und schaffen die  
2170 Basis für ein modernes, weltoffenes Deutschland. Die CDU/CSU hingegen hat dieses  
2171 zentrale Vorhaben aus ideologisch geprägter Abwehrhaltung heraus blockiert. Sie macht  
2172 deutlich, dass sie für eine Politik der Ausgrenzung steht. Mit ihrem Festhalten an  
2173 veralteten Vorstellungen gefährdet die Union so den sozialen Frieden und stellt sich  
2174 gegen eine moderne Gesellschaft, die auf Zusammenhalt, Vielfalt und  
2175 Chancengerechtigkeit basiert. Dagegen überprüfen wir kontinuierlich bestehende  
2176 Strukturen, um aus der Geschichte der Integration weiter eine Erfolgsgeschichte zu  
2177 machen.

2178 Die Zuwanderung nach Deutschland aus Asyl- und Fluchtgründen stellt uns weiter vor  
2179 große Herausforderungen. Wir begegnen ihr auf allen Ebenen verantwortungsvoll mit  
2180 Humanität und Ordnung. Klar ist: Wer sich nicht an die Regeln hält, muss wieder  
2181 gehen. Doch wer auf Schutz angewiesen ist, dem gewähren wir Schutz. Wer als  
2182 Geflüchteter keinen Schutzstatus erhalten hat und dennoch Integration in Arbeitsmarkt  
2183 und Gesellschaft bewältigt und straffrei ist, dem soll der Spurwechsel in die  
2184 Fachkräfteeinwanderung ermöglicht werden.

2185 ***Wir wollen die Integration verbessern und Fachkräfteeinwanderung vereinfachen.***

2186 Wir werden die **Integrationskurse ausbauen** und sicherstellen, dass sie mit  
2187 angemessenen Haushaltsmitteln finanziert werden, damit sie ihre zentrale Rolle bei  
2188 der Erstintegration weiterhin erfüllen können.

2189 Wir wollen ein **Partizipationsgesetz auf den Weg bringen**: Durch verbindliche  
2190 Regelungen soll gleichberechtigte Teilhabe in allen relevanten Bereichen – von  
2191 Bildung und Arbeit bis hin zu politischer Mitbestimmung – erreicht werden. Ziel ist



2192 es, Teilhabehürden abzubauen, Chancengleichheit zu schaffen und so Integration sowie  
2193 den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

2194 Wir wollen das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz unbürokratisch umsetzen und beständig**  
2195 **weiterentwickeln**, damit qualifizierte Arbeitskräfte einfacher und schneller nach  
2196 Deutschland kommen können. Mit klaren Regeln, einer vereinfachten und schnelleren  
2197 Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen und fairen Anwerbeabkommen schaffen  
2198 wir dafür die Grundlage, um gleichzeitig Integration und Teilhabe zu fördern.

2199 Wir wollen den **Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung weiter stärken**.  
2200 Dazu werden wir das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ausweiten und die Stelle der  
2201 Anti-Rassismus-Beauftragten dauerhaft verankern. Wir nehmen nicht hin, dass Millionen  
2202 von Menschen in Deutschland, die zu uns gehören und jeden Tag mit ihrer Arbeit dazu  
2203 beitragen, dass unser Land erfolgreich ist, angefeindet und ausgegrenzt werden. Es  
2204 schmerzt uns, dass viele von ihnen sich Gedanken machen, ob es in Deutschland noch  
2205 sicher für sie ist und ob es für sie und ihre Kinder eine gute Zukunft gibt.

2206 Wir werden durch mehr Zentralisierung, Digitalisierung und Entbürokratisierung die  
2207 **Ankunftsstrukturen optimieren**, um Verfahren zu beschleunigen und klare Perspektiven  
2208 zu schaffen. Dazu stärken wir die Ausländerbehörden, verbessern den Datenaustausch  
2209 und etablieren One-Stop-Government-Verfahren. Bei der Identitätsklärung werden wir  
2210 unter Beachtung des Sicherheitsinteresses des Staates für klare Regelungen sorgen.

2211 **Wir wollen mit humanitärer Verantwortung Migration steuern.**

2212 Wir haben für neue Klarheit in der Migrationspolitik gesorgt – für einen  
2213 Paradigmenwechsel hin zu einer geordneten Migration auf den Arbeitsmarkt und eine  
2214 deutlich bessere Kontrolle der irregulären Migration. So ist es nach jahrelangem  
2215 Stillstand gelungen, die EU-Migrationspolitik zu reformieren: Das Gemeinsame  
2216 Europäische Asylsystem (GEAS) ist der Schlüssel, um Migration insgesamt zu steuern  
2217 und zu ordnen, humanitäre Standards für Geflüchtete zu garantieren und Migration  
2218 insgesamt besser zu managen. Auch bei künftigen Grenzverfahren müssen alle  
2219 rechtsstaatlichen und humanitären Standards erfüllt sein. Diese europäische Antwort  
2220 auf die Herausforderungen der Migration werden wir konsequent umsetzen.

2221 Wir setzen auf eine deutliche **Beschleunigung der Asylverfahren – sowohl beim**  
2222 **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wie auch bei den verwaltungsgerichtlichen**  
2223 **Verfahren**. Mit umfassender Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung wollen wir  
2224 sicherstellen, dass Asylentscheidungen innerhalb von sechs Monaten getroffen werden  
2225 können.

2226 Wir werden die **Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige weiterhin**  
2227 **ermöglichen**, da sie eine entscheidende Voraussetzung für eine gelungene Integration  
2228 darstellt.

2229 Wir wollen, dass die **Außengrenzen der EU stärker geschützt und kontrolliert werden**.  
2230 Dabei sind zu jeder Zeit alle rechtsstaatlichen und humanen Bedingungen zu  
2231 gewährleisten. Durch ein unabhängiges Monitoring und eine Stärkung der Kontrollrechte  
2232 des Europäischen Parlaments wollen wir Arbeit der EU-Grenzschutzagentur Frontex  
2233 überwachen und rechtsstaatlich stärken. Pushbacks darf es nicht geben.

2234 **Rückführungen sollen human und konsequent erfolgen**. Freiwillige Ausreisen bevorzugen  
2235 wir, da sie humaner sind. Wird dies verweigert, setzen wir auf rasche wie konsequente



2236 Abschiebungen, insbesondere bei Straftätern. Die **Externalisierung von Asylverfahren**  
2237 **lehnen wir ab**. Schutzsuchende müssen Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren  
2238 in der EU erhalten.

2239 **Wir wollen Fluchtursachen und Schleuserkriminalität bekämpfen.**

2240 Wir stellen klar: **Seenotrettung ist ein humanitäres Anliegen**. Zivile  
2241 Seenotrettungsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert werden. Zudem wollen wir,  
2242 dass die EU ihrer Verantwortung nachkommt und Strukturen zur Rettung von Menschen in  
2243 Seenot aufbaut. Gleichzeitig setzen wir uns für sichere und legale Fluchtrouten ein,  
2244 um gefährliche Überfahrten zu vermeiden.

2245 Wir engagieren uns für **umfassende Migrationsabkommen**, die Zuwanderungswege in  
2246 Ausbildung und Arbeit eröffnen. Diese Abkommen sollen klare und faire Regelungen für  
2247 die Einreise nach Deutschland und Europa schaffen und gleichzeitig die Interessen der  
2248 Herkunfts- und Aufnahmeländer berücksichtigen. Dabei wollen wir immer auch dafür  
2249 sorgen, dass feste Vereinbarungen getroffen werden, wie vollziehbar  
2250 ausreisepflichtige Staatsangehörige aus Deutschland in ihre Herkunftsländer  
2251 zurückgeführt werden können.

2252 Eng abgestimmt mit unseren Nachbarn gehen wir gegen Schleuserkriminalität vor. Wir  
2253 wollen dafür sorgen, dass Schlepper hart bestraft und konsequent ausgewiesen werden.

2254 Mit einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit wollen wir **Fluchtursachen wirksam**  
2255 **bekämpfen**. Wir wollen, dass Deutschland dabei unterstützt, die politische und  
2256 wirtschaftliche Stabilität in Krisenregionen zu fördern, zerstörte Strukturen nach  
2257 Konflikten wiederaufzubauen und bessere Bildungs- sowie Beschäftigungsmöglichkeiten  
2258 vor Ort zu schaffen.

# Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende

2259 Die SPD steht für einen verantwortungsbewussten und klaren Kurs in herausfordernden  
2260 Zeiten. Einfache Antworten wie die Rückbesinnung aufs Nationale oder die  
2261 rücksichtslose Verfolgung kurzfristiger eigener Interessen werden unsere Sicherheit  
2262 und unseren Wohlstand nicht schützen. Unser Ziel ist es, in einem starken Europa für  
2263 ein verlässliches, stabiles und sicheres internationales Umfeld zu sorgen und die  
2264 internationale regelgebundene Ordnung mit ihren multilateralen Institutionen zu  
2265 schützen, zu reformieren und damit zu stärken. Wir setzen dabei auf einen Dreiklang  
2266 aus Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik. Internationale Solidarität und  
2267 die universelle Geltung der Menschenrechte gehören zu den Grundpfeilern der  
2268 Sozialdemokratie. Wir werden Frieden und Freiheit verteidigen. Diplomatie, die Suche  
2269 nach gemeinsamen Interessen und darauf aufbauend Zusammenarbeit bleiben dabei für uns  
2270 zentral, um internationale Konflikte und Krisen zu lösen, langfristig Frieden und  
2271 Freiheit zu sichern und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

## 2272 **21. Wir kämpfen für Freiheit und Sicherheit.**

2273 Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich. Sie müssen erarbeitet, gesichert  
2274 und verteidigt werden. Das hat uns der Krieg gegen die Ukraine auf schreckliche Weise  
2275 gezeigt. Bereits unter Willy Brandt als Kanzler galt: Nur aus einer Position der  
2276 Stärke heraus ist die Wahrung von Frieden möglich. Deshalb sind für uns militärische  
2277 Stärke und Diplomatie zwei Seiten der gleichen Medaille. Unsere Antwort auf eine Welt  
2278 im Umbruch ist eine Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die mehr Verantwortung  
2279 beim Schutz Europas übernimmt. Die Sicherheit auf unserem Kontinent müssen wir vor  
2280 Russland organisieren.

## 2281 ***Wir wollen mehr Investitionen in Sicherheit.***

2282 Wir werden mehr Geld für unsere Sicherheit ausgeben. Das Sondervermögen für die  
2283 Bundeswehr war ein erster wichtiger Schritt. Unsere **Verteidigungsausgaben** haben wir  
2284 nach Jahren des Abbaus auf mehr als zwei Prozent des BIP gesteigert. Wir setzen uns  
2285 daher auch zukünftig für eine nachhaltige Verteidigungsfinanzierung von mindestens  
2286 zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ein. Die Mittel werden wir für die  
2287 **nachhaltige Modernisierung der Bundeswehr** einsetzen, damit die Soldatinnen und  
2288 Soldaten ihre Aufgaben bei Auslandseinsätzen und in der Bündnis- und  
2289 Landesverteidigung dauerhaft und voll umfänglich erfüllen können. Dies gebietet der  
2290 Respekt vor den Soldatinnen und Soldaten. Es ist unser Ziel, die Bundeswehr als  
2291 Arbeitgeber attraktiv zu machen. Dazu zählt die Vereinbarkeit von Familien und Dienst  
2292 ebenso wie die weitere berufliche Perspektive im öffentlichen Dienst. Als SPD stehen  
2293 wir für das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“.

2294 Die NATO ist ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und für die  
2295 europäische Sicherheit unverzichtbar. Gleichzeitig müssen wir damit rechnen, dass  
2296 Washington nicht mehr die Hauptlast für den Schutz Europas tragen wird. Die  
2297 Entscheidungen, das neue Ostseekommando in Rostock durch die Deutsche Marine  
2298 einzurichten, neue europäische Abstandswaffen (European Long-Range Strike Approach,  
2299 ELSA) zusammen mit unseren europäischen Verbündeten zu entwickeln und die europäische

2300 Luftverteidigungsinitiative Sky Shield (European SkyShieldInitiative, ESSI) zu  
2301 starten, zeigen, dass wir bereit sind, **mehr Verantwortung bei der Bündnisverteidigung**  
2302 zu übernehmen. Die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen im Westen Deutschlands  
2303 bietet uns in der gegenwärtigen Sicherheitslage mehr Schutz. Wegen seiner geografisch  
2304 zentralen Lage in Europa soll **Deutschland als zentrale Drehscheibe** für die Logistik  
2305 weiter ausgebaut werden, um schnelle und koordinierte Reaktionen der NATO auf  
2306 sicherheitspolitische Herausforderungen in Europa zu ermöglichen. Mit der **Brigade**  
2307 **Litauen** werden wir erstmals deutsche Truppen dauerhaft im Ausland stationieren. Damit  
2308 zeigen wir unseren Alliierten an der Ostflanke der NATO, dass sie sich auf uns  
2309 verlassen können. Ihren Aufbau und ihre Aufstellung werden wir in Bezug auf  
2310 Ausstattung, Finanzierung und Personalbedarf vorrangig unterstützen.

2311 Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage plant die SPD die Einführung  
2312 eines neuen, **flexiblen Wehrdienstes**. Der neue Wehrdienst soll auf Freiwilligkeit  
2313 basieren und sich dabei am Bedarf der Bundeswehr orientieren. Es müssen zügig die  
2314 Grundlagen für eine Wehrrfassung geschaffen werden. Der neue Wehrdienst dient  
2315 zentral dem Aufbau einer durchhaltefähigen Reserve.

#### 2316 **Wir unterstützen die Ukraine.**

2317 Die SPD bekennt sich klar zur diplomatischen, militärischen, finanziellen und  
2318 humanitären **Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer** in ihrem Kampf gegen die  
2319 völkerrechtswidrige russische Aggression – so lange wie nötig. Wir unterstützen die  
2320 bilaterale Sicherheitsvereinbarung Deutschlands mit der Ukraine ausdrücklich. Die  
2321 Ukraine muss mögliche Verhandlungen auf Augenhöhe mit Russland führen können. Einen  
2322 russischen Diktatfrieden zulasten der Ukraine werden wir nicht akzeptieren.  
2323 Verhandlungen über die Köpfe der Ukrainerinnen und Ukrainer hinweg darf es nicht  
2324 geben. Die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine müssen gewahrt  
2325 bleiben. Zur Verteidigung der Ukraine und zur Sicherung des Friedens in Europa  
2326 unterstützt die SPD die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte und die Lieferung  
2327 von Waffen und Ausrüstung mit Besonnenheit und Augenmaß. Denn für uns gilt, dass  
2328 Deutschland und die NATO nicht selbst zur Kriegspartei werden. Darum stehen wir zur  
2329 Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz, den Marschflugkörper Taurus aus den  
2330 Beständen der Bundeswehr nicht zu liefern.

2331 Die **zivile Unterstützung** für die Ukraine ist unverzichtbar. Denn die Frage, ob sich  
2332 die Ukraine im russischen Angriffskrieg behaupten kann, hängt auch davon ab, wie  
2333 widerstandsfähig ihre Zivilbevölkerung ist. Eine starke Gesellschaft braucht eine  
2334 funktionierende Stromversorgung und funktionierende Krankenhäuser. Das weiß auch  
2335 Putin, wenn er bewusst die zivile Infrastruktur beschießen lässt. Hier wollen wir  
2336 also weiterhin unterstützend vorgehen und den Menschen in der Ukraine helfen, durch  
2337 diese harte Zeit zu kommen.

2338 Wir begrüßen ausdrücklich **Friedensinitiativen**, wie sie vom ukrainischen Präsidenten  
2339 Selenskyj angestoßen wurden. Auch die Bemühungen aus den Ländern des Globalen Südens  
2340 zu Beendigung des Kriegs bewerten wir im Kern positiv. Diplomatie und Dialog bleiben  
2341 für uns zentrale Instrumente, um internationale Konflikte zu lösen. Diese Initiativen  
2342 erhöhen den Druck auf Putin und halten das Völkerrecht hoch. Es müssen alle  
2343 Möglichkeiten für einen gerechten und dauerhaften Frieden ausgelotet werden. Die  
2344 Souveränität der Ukraine und ihr legitimes Sicherheitsinteresse müssen in  
2345 Verhandlungen dauerhaft garantiert werden. Deutschland muss bereit sein, eine

2346 konstruktive Rolle bei der Vermittlung und Umsetzung einzunehmen. Unser langfristiges  
2347 Ziel ist eine funktionierende **Sicherheits- und Friedensordnung für Europa**. Für uns  
2348 bietet die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weiterhin  
2349 eine wichtige Plattform, um integrierte Sicherheit in Europa weiterzuentwickeln.  
2350 Ein imperialer Krieg in Europa durch die Atommacht Russland macht deutlich, wie  
2351 wichtig es ist, dass wir uns auch in Zukunft intensiv für neue Ansätze glaubwürdiger  
2352 **Rüstungskontrolle und Abrüstungsinitiativen** einsetzen. Eine Welt ohne Atomwaffen  
2353 bleibt unser Ziel. Darum unterstützen wir Initiativen zum weltweiten Verzicht auf den  
2354 Ersteinsatz von Atomwaffen („No first use“). Deswegen setzen wir uns für die  
2355 Beibehaltung, Erfüllung und Verlängerung des New START-Vertrages zur Begrenzung von  
2356 strategischen Nuklearwaffen ein.

## 2357 **22. Wir kämpfen für ein starkes und handlungsfähiges Europa.**

2358 Ein starkes Europa in der Welt ist unsere Antwort auf die globalen Herausforderungen,  
2359 die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Veränderungen, und den Druck, dem sich  
2360 die Demokratien dieser Welt durch Populisten und Autokraten gegenübersehen. Wenn wir  
2361 mit einer Stimme sprechen, sind wir stark genug, um unseren Werten und Interessen in  
2362 der Welt Gehör zu verschaffen. Doch die EU und ihre Grundwerte werden von außen wie  
2363 innen bedroht. Der russische Angriff auf die Ukraine hat den Krieg zurück auf den  
2364 europäischen Kontinent gebracht. Zugleich schränkt der Rechtspopulismus in der EU  
2365 ihre Handlungsfähigkeit ein und stellt die Werte des europäischen Friedensprojekts in  
2366 Frage. Wir müssen daher dafür sorgen, dass diese gemeinsamen Werte auch nach innen,  
2367 in allen Mitgliedstaaten der Union, gelebt werden. Zudem müssen wir Europa in die  
2368 Lage versetzen, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen.

### 2369 ***Wir wollen eine europäische Verteidigungsunion.***

2370 Wir werden den europäischen Pfeiler in der NATO stärken, indem wir Investitionen  
2371 abgestimmt tätigen und unsere Streitkräfte partnerschaftlich organisieren. Dadurch  
2372 schaffen wir wichtige Synergieeffekte, indem wir die langfristige Integration  
2373 europäischer Streitkräfte fördern. Dafür setzen wir auf verstärkte Kooperation der  
2374 EU-Mitgliedstaaten, etwa bei gemeinsamer Beschaffung von Ausrüstung und Gerät, bei  
2375 gemeinsamen Manövern, standardisierten Ausbildungskonzepten sowie der schrittweisen  
2376 Integration nationaler Einheiten in multinationale Strukturen.

2377 Ein sicheres Europa braucht eine gut aufgestellte **europäische Verteidigungsindustrie**,  
2378 mit wettbewerbsfähigen europäischen Unternehmen, sodass wir die Beschaffung künftig  
2379 deutlich stärker über den europäischen Markt abdecken können. Aufbauend auf die  
2380 deutsch-französische Kooperation für Panzer und Kampflugzeuge der Zukunft wollen wir  
2381 europäische Innovationen in der Verteidigungsindustrie weiter fördern. Dafür setzen  
2382 wir noch stärker als bislang auf europäische Instrumente wie die Europäische  
2383 Verteidigungsagentur und gemeinsame Rüstungsprojekte im Rahmen der Ständigen  
2384 Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO).

2385 Wir setzen uns für eine gemeinsame und koordinierte **europäische Rüstungsexportpolitik**  
2386 ein. Dabei ist uns wichtig, dass sich eine solche Politik an gemeinsamen Werten und  
2387 strategischen Prioritäten orientiert. Europäische Rüstungsgüter dürfen nicht in  
2388 falsche Hände geraten.

2389 **Wir werden unserer Verantwortung für Europa gerecht.**

2390 Deutschland kommt als größtem und wirtschaftlich stärkstem Mitgliedstaat innerhalb  
2391 der EU eine besondere Verantwortung zu. Dafür ist es wichtig, dass die Partner in der  
2392 Bundesregierung auf EU-Ebene mit einer Stimme sprechen. Wir erwarten von allen  
2393 demokratischen Parteien, dass sie die Brandmauer gegen Rechtspopulismus und -  
2394 extremismus, auch im Europäischen Parlament aufrechterhalten.

2395 Zusammen mit Frankreich und Polen haben wir das **Weimarer Dreieck** neu belebt. In den  
2396 kommenden Jahren werden wir diesen wichtigen Motor nutzen, um neue Wege in der EU  
2397 schneller und geeinter zu beschreiten und die EU zu einer starken und solidarischen  
2398 Gemeinschaft weiterzuentwickeln.

2399 Die **Erweiterungspolitik** der EU ist ein Instrument von hoher transformativer Kraft und  
2400 eine geopolitische Notwendigkeit. Wir haben sie neu belebt. Sie war und ist ein Motor  
2401 für Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in Europa. Wir wollen  
2402 diese Erfolgsgeschichte fortschreiben und die Gelegenheit wahrnehmen, unsere  
2403 europäischen Nachbarn bei einer dauerhaften demokratischen Transformation zu  
2404 begleiten. Auch damit nicht andere Akteure an die Stelle der EU treten. Wir setzen  
2405 uns für eine zügige Aufnahme der **westlichen Balkanstaaten** ein. Durch spürbare  
2406 Fortschritte im Erweiterungsprozess, wie etwa dem Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt,  
2407 sollen die Menschen spüren, dass sich der Weg in die EU lohnt.

2408 Auch die **Ukraine und Moldau** sollen ein Teil der EU werden. Beide Länder lassen keinen  
2409 Zweifel daran, dass sie sich schon heute an den gemeinsamen Werten der EU orientieren  
2410 und sich nach dem Schutz der Gemeinschaft, in Frieden und Freiheit leben zu können,  
2411 sehnen. Mit der Erweiterung nach Osteuropa setzen wir ein klares Zeichen gegen den  
2412 Versuch der einseitigen Grenzverschiebungen durch Russland, bekennen uns zum  
2413 gemeinsamen Wiederaufbau der Ukraine und ermöglichen den Menschen den Zugang zu  
2414 unserer Wertegemeinschaft. Auch die Kräfte in Georgien, die für Freiheit, Demokratie  
2415 und Wohlstand eintreten und eine Zukunft in Europa fordern, unterstützen wir. Klar  
2416 ist, dass Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit für uns unverhandelbar  
2417 sind. Die **Kopenhagener Kriterien** müssen immer erfüllt sein.

2418 Darüber hinaus sind wir für einen Beitritt der EU zur Europäischen  
2419 Menschenrechtskonvention. Wir werden den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte  
2420 stärken sowie die konsequente Umsetzung seiner Gerichtsurteile einfordern. Wir  
2421 schützen mit dem **Europarat** und seiner Parlamentarischen Versammlung die Grundwerte  
2422 der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auf unserem Kontinent.

2423 **Wir stehen für eine handlungsfähige und wertebasierte EU.**

2424 Wenn grundlegende Prinzipien der EU missachtet werden, muss die EU ihren Wertekanon  
2425 nachdrücklich auch gegenüber Mitgliedstaaten schützen. Wir wollen künftig noch  
2426 konsequenter gegen all jene vorgehen, die unsere gemeinsamen Werte innerhalb der EU  
2427 verletzen. Dafür müssen bestehende Schutzinstrumente bei **Rechtsstaatsverstößen**, von  
2428 Vertragsverletzungsverfahren bis hin zur Entziehung der Stimmrechte, deutlich  
2429 konsequenter als bisher eingesetzt und fortentwickelt werden. Darüber hinaus setzen  
2430 wir uns für verschärfte finanzielle Sanktionsmöglichkeiten und ein unabhängiges  
2431 Kontrollgremium zur Überwachung des konsequenten Einsatzes bestehender Instrumente  
2432 ein.

2433 Ein wachsendes Europa muss auch ein besseres Europa sein. Schon heute kommt die EU an

2434 die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit. Spätestens mit der EU-Erweiterung müssen  
2435 **Europäische Vertragsreformen** erfolgen. Hierfür setzen wir uns für eine  
2436 ergebnisorientierte Einsetzung eines Europäischen Konvents ein. Ein wesentlicher  
2437 Bestandteil institutioneller Reformen ist für uns, das Einstimmigkeitsprinzip im  
2438 Europäischen Rat und Ministerrat durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen  
2439 abzulösen. Vetorechte einzelner Mitgliedstaaten sind nicht mehr zeitgemäß, da sie  
2440 schon heute sachfremd als Druckmittel eingesetzt werden. Deswegen wollen wir alle  
2441 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Entscheidungsverfahren schon kurzfristig so  
2442 effizient wie möglich zu machen. Das macht die EU schlagfertiger, handlungsschneller  
2443 und demokratischer. Wenn ein souveränes Europa unser Anspruch ist, dann sind  
2444 Mehrheitsentscheidungen ein Gewinn und kein Verlust an Souveränität.

### 2445 **23. Wir stärken europäische Interessen in der Welt.**

2446 Eine Europäische Union, die mit einer Stimme spricht, kann ihr Gewicht in der Welt  
2447 besser zur Geltung bringen. Die Europäischen Partner dürfen sich nicht  
2448 auseinanderdividieren lassen. Wir müssen gemeinsame Positionen und Interessen  
2449 formulieren und für diese gemeinsam eintreten.

#### 2450 ***Wir wollen unsere Allianzen stärken.***

2451 Wir werden unsere traditionellen Allianzen und Kooperationen vertiefen. Für uns  
2452 bleiben die Beziehungen zu Frankreich zentral. Sie bilden den Kern des europäischen  
2453 Einigungsprozesses. Bei der Entwicklung eines starken Europas hat die  
2454 **deutsch-französische Partnerschaft** eine zentrale Rolle gespielt. Unsere besondere  
2455 Aufmerksamkeit gilt auch den **deutsch-polnischen Beziehungen** und dem **demokratischen**  
2456 **Ostseeraum** mit seinen vielfältigen traditionellen Partnern Deutschlands. Es liegt im  
2457 europäischen Interesse, die Zusammenarbeit mit dem **Vereinigten Königreich** zu  
2458 verbessern. Basierend auf der deutsch-britischen Vereinbarung über  
2459 Verteidigungspolitik (Trinity-House-Vereinbarung) werden wir die Verhandlungen zu  
2460 einem umfassenden bilateralen Abkommen mit der britischen Regierung unterstützen,  
2461 welches unsere Beziehungen mit London breiter aufstellt und intensiviert – von  
2462 Bildung über Wirtschaft bis zu Sicherheitsfragen.

2463 Die **USA** sind unser engster außereuropäischer Partner. Das transatlantische Verhältnis  
2464 ist zentral für die europäischen und deutschen Außenbeziehungen. Wir stehen bereit,  
2465 diese enge transatlantische Kooperation fortzusetzen. Die Zeitenwende durch den  
2466 russischen Angriffskrieg hat zuletzt den Wert des transatlantischen Bündnisses noch  
2467 mal verdeutlicht, es zeigt sich aber gleichzeitig die Notwendigkeit, Europa auch  
2468 sicherheitspolitisch selbstständiger aufzustellen. Die Gefahr protektionistischer  
2469 Maßnahmen der USA ist weiter gestiegen. Wir setzen alles daran, Handelshemmnisse  
2470 abzubauen und einen Subventionswettbewerb mit den USA zu vermeiden. Dafür ist es  
2471 wichtig, dass Europa mithilfe einer Investitions- und Innovationsoffensive in  
2472 Zukunftstechnologien an wirtschaftlicher Kraft gewinnt.

#### 2473 ***Wir setzen auf Dialog und Kooperation.***

2474 Peking ist kein einfacher Partner. Die SPD unterstützt die Umsetzung der ersten  
2475 deutschen China-Strategie und setzt sich für eine europäisch abgestimmte China-  
2476 Politik ein. In der EU definieren wir **China** als Partner, Wettbewerber und  
2477 Systemrivalen. Die Volksrepublik ist zu einer führenden globalen Gestaltungsmacht



2478 aufgestiegen, ohne deren Mitwirkung globale Herausforderungen wie der Klimawandel,  
2479 Fragen der Rüstungskontrolle und der Nichtverbreitung von Atomwaffen sowie die  
2480 Verschuldungskrise in Ländern des Globalen Südens nicht zu lösen sind. Nach außen  
2481 tritt China immer selbstbewusster und auch aggressiver auf. Etwa indem es seine  
2482 Machtansprüche in seiner Nachbarschaft immer wieder deutlich macht. Auch distanziert  
2483 sich China nicht ausreichend von Russlands völkerrechtswidrigem Krieg gegen die  
2484 Ukraine. Vielmehr hat China seine Unterstützung für Russland ausgebaut. Das betrifft  
2485 die europäische Sicherheit. Wir sehen das kritisch. Der Aufstieg Chinas bedarf einer  
2486 besonnenen und gemeinsamen europäischen Chinapolitik. Europa muss seine geopolitische  
2487 Macht nutzen und mit einer europäischen Stimme für seine Interessen und Werte  
2488 sprechen. Gleichzeitig müssen wir in kritischen Bereichen wirtschaftlich unabhängiger  
2489 werden (De-Risking). Wir bekennen uns weiterhin zur Ein-China-Politik und sind der  
2490 Überzeugung, dass die Taiwan-Frage nur einvernehmlich in einem friedlichen Verfahren  
2491 geklärt werden kann. Ob Menschenrechte, wettbewerbsverzerrende Industriepolitik oder  
2492 Russlandpolitik: Wir bleiben mit Peking in einem robusten Dialog, in dem wir auch  
2493 kontroverse Themen offen diskutieren.

2494 Gemeinsam mit Ländern wie **Indien, Indonesien, Südafrika und Brasilien** engagieren wir  
2495 uns für Multilateralismus, für eine auf Regeln basierende internationale Ordnung und  
2496 für die Verteidigung der Demokratie – auch wenn sie zusammen mit Russland Mitglieder  
2497 der BRICS-Staatengruppe sind. Den Dialog mit diesen Ländern gilt es mit dem Ziel  
2498 einer neuen Nord-Süd-Politik zu vertiefen. Wir werden strategische Partnerschaften  
2499 mit Ländern des Globalen Südens ausbauen. Wir wollen koloniale Kontinuitäten  
2500 überwinden, uns in Partnerschaft auf Augenhöhe begegnen. Die Aussöhnung mit Namibia  
2501 bleibt für uns eine unverzichtbare Aufgabe, die aus unserer historischen und  
2502 moralischen Verantwortung erwächst.

2503 Wir setzen auf die **auswärtige Kultur- und Bildungspolitik** als eine wichtige Säule  
2504 unserer Außenpolitik. Durch Verbindungen in Kultur und Wissenschaft vertiefen wir die  
2505 Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften in der Welt.

#### 2506 ***Wir wollen Frieden im Nahen Osten.***

2507 Wir verurteilen den brutalen Terrorangriff der Hamas auf **Israel** vom 7. Oktober 2023  
2508 aufs Schärfste. Es war das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoa. Das  
2509 Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind unverhandelbar. Wir fordern die  
2510 unverzügliche Freilassung aller noch festgehaltenen Geiseln. Israel hat das Recht auf  
2511 Selbstverteidigung. Gleichzeitig ist es durch das humanitäre Völkerrecht  
2512 verpflichtet, auf die Verhältnismäßigkeit seiner Reaktion zu achten und Zivilisten zu  
2513 schützen. Angesichts der hohen zivilen Opferzahlen in Gaza, darunter mehrheitlich  
2514 Frauen und Kinder, und des Ausmaßes der Zerstörung der zivilen Infrastruktur fordern  
2515 wir einen sofortigen Waffenstillstand. Dazu rufen wir alle beteiligten Staaten auf  
2516 und begrüßen internationale Bemühungen, darauf hinzuwirken. Die katastrophale  
2517 humanitäre Lage im Gaza-Streifen muss umfassend adressiert werden. Die Bevölkerung  
2518 muss mit Medizin und Nahrungsmitteln versorgt werden. Die Eskalationen in der Region  
2519 zeigen, dass es dringend einen neuen Anlauf für Fortschritte in der Zweistaatenlösung  
2520 braucht. Dazu gehört eine reformierte Palästinensische Autonomiebehörde, die auch die  
2521 zivile Verwaltung in Gaza übernimmt. Von Gaza darf keine Gefahr für Israel mehr  
2522 ausgehen.

2523 Es muss es zu einem Stopp des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus durch Israel in den



2524 palästinensischen Gebieten kommen. Pläne zur Annektierung von Gebieten im  
2525 Westjordanland und Gaza-Streifen lehnen wir ab. Unser Ziel bleibt die friedliche  
2526 Koexistenz zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer  
2527 Verhandlungslösung. Nur eine politische Perspektive kann die Sicherheit Israels  
2528 dauerhaft sicherstellen. Unsere Solidarität mit Israel und die Einhaltung des  
2529 Völkerrechts sind für uns historische Verpflichtung. Dafür setzt sich die SPD ein.  
2530 Ebenso müssen die Waffen im Libanon schweigen. Die Resolution 1701 des UN-  
2531 Sicherheitsrats aus dem Jahr 2006 muss von allen Konfliktparteien befolgt werden.  
2532 Das Regime im Iran trägt zu einer weiteren Eskalation der Sicherheitslage im Nahen  
2533 Osten bei. Mit seiner Ablehnung der internationalen regelgebundenen Ordnung trägt der  
2534 Iran eine Mitverantwortung für viele aktuelle Konflikte und Krisen in der Welt. Das  
2535 Regime unterstützt den russischen Angriff auf die Ukraine mit Raketen und Drohnen. Es  
2536 hat Israel direkt angegriffen und versucht, den Nahen Osten über die sogenannte Achse  
2537 des Widerstands zu destabilisieren. Es verweigert die Kontrolle seiner Atomanlagen.  
2538 Zugleich nimmt die Repression gegen Andersdenkende und vor allem gegen Frauen, die  
2539 für ihre Rechte und Freiheit kämpfen, im Land zu. Sie werden dabei erbarmungslos  
2540 verfolgt. Wir unterstützen daher die internationalen Sanktionen gegen das Regime und  
2541 fordern, die Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste zu setzen.

#### 2542 **24. Wir kämpfen für eine gerechte Welt.**

2543 Ein attraktives und starkes Europa kann entscheidend dazu beitragen, auf globale  
2544 Herausforderungen globale Antworten zu geben. Eine regelbasierte internationale  
2545 Ordnung ist dafür die beste Grundlage. Sozialdemokratische internationale Politik hat  
2546 das Ziel einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Welt. Autoritäre Regime  
2547 drängen allerdings darauf, die regelbasierte Ordnung zu ihren ganz eigenen Gunsten zu  
2548 verschieben, während viele Staaten im Globalen Süden sich von den liberalen  
2549 Demokratien abwenden. Sie sehen ihre Erwartungen auf Wachstum und Wohlstand nicht  
2550 erfüllt. Wir haben es in der Hand, das zu ändern, indem wir strategisch in  
2551 Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens investieren. Dabei geht es nicht  
2552 zuletzt um unsere eigene Zukunft, um Sicherheit in Europa, um den Erhalt von  
2553 Arbeitsplätzen in Deutschland, um den Wohlstand unserer Gesellschaft. Eine  
2554 vertrauensvolle Zusammenarbeit, als Win-win-Modell für alle Beteiligten, ist im  
2555 europäischen Interesse.

#### 2556 ***Wir wollen Partnerschaften für Entwicklung.***

2557 Unsere Entwicklungspolitik leistet einen wichtigen Beitrag, Menschen in Ländern des  
2558 Globalen Südens wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Perspektiven zu  
2559 schaffen. Neben der Zusammenarbeit mit Regierungen setzen wir insbesondere auf die  
2560 Stärkung der Zivilgesellschaft und die Verbesserung privatwirtschaftlichen Handelns.  
2561 Wir werden eine **feministische Außen- und Entwicklungspolitik** fortführen, die der  
2562 Überzeugung folgt, dass alle Menschen die gleichen Rechte, Freiheiten und  
2563 Möglichkeiten unabhängig vom Geschlecht und sexueller Orientierung besitzen.  
2564 Wir brauchen Dialog und Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen und in  
2565 multilateralen Foren wie den G20. Ziel ist die **Überwindung von Armut, Hunger und**  
2566 **Ungleichheit**. Wir müssen auf akute Hungerkrisen reagieren können und langfristig eine  
2567 Umstellung der Agrarsysteme auf Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit unterstützen.

2568 Soziale Sicherungssysteme sehen wir dabei als eine notwendige Investition in die  
2569 Zukunft. Nur wo ein soziales Netz aufgespannt ist, kommen Gesellschaften besser durch  
2570 Krisen. Im Rahmen einer **globalen Gesundheitspolitik** ist es wichtig, künftig  
2571 schnellere, grenzübergreifende Hilfe und unbürokratische internationale Kooperationen  
2572 zu ermöglichen. Schaltzentrale sollte eine breit unterstützte  
2573 Weltgesundheitsorganisation sein.

2574 Richtschnur für die Zusammenarbeit mit globalen Partnern sind die **17**  
2575 **Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030** der Vereinten Nationen(Sustainable Development  
2576 Goals, SDGs) und deren Weiterentwicklung, die wir aktiv mitgestalten. Wir sind davon  
2577 überzeugt, dass Multilateralismus ein Grundpfeiler für Frieden und Wohlstand ist. Um  
2578 die Erfolgsspur zu halten, braucht es **Reformen der multilateralen Organisationen** –  
2579 auch des UN-Sicherheitsrates und seiner blockierenden Veto-Regelung. Länder Afrikas,  
2580 Lateinamerikas und Asiens müssen auf allen Ebenen besser vertreten sein. Mit  
2581 Brasilien, Indien und Japan treiben wir im Bemühen um einen ständigen Sitz im  
2582 Sicherheitsrat unsere gemeinsame G4-Initiative voran.

2583 Durch Humanitäre Hilfe und Krisenprävention trägt Deutschland dazu bei, menschliche  
2584 Not zu lindern und Krisen einzuhegen, aber auch seinen diplomatischen Einfluss zu  
2585 festigen. Wir brauchen ein starkes und **eigenständiges Entwicklungsministerium**, das  
2586 zusammen mit politischen Stiftungen, mit NGOs und kirchlichen sowie  
2587 zivilgesellschaftlichen Partnern wichtige Arbeit bei der Bewältigung globaler Krisen  
2588 und bei der Prävention von Konflikten leistet. Wir wollen, dass mindestens **0,7**  
2589 **Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungsleistungen**  
2590 (ODA-Quote). Diesen Anspruch haben wir nicht nur an uns, sondern auch an unsere  
2591 Partner insbesondere im G7-Kreis.

2592 Weltweit geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Diese  
2593 Abwärtsspirale gilt es zu durchbrechen: Wir werden in einer Globalen Allianz für  
2594 Steuergerechtigkeit gemeinsam mit anderen Ländern die **Einführung einer**  
2595 **Milliardärssteuer** vorantreiben. Superreiche sollen stärker für die Finanzierung des  
2596 Gemeinwohls, insbesondere zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie zur  
2597 Klimafinanzierung, herangezogen werden.

2598 Gemeinsam mit zentralen Akteuren wie der Weltbank und dem Internationalen  
2599 Währungsfonds können wir die **internationale Finanzarchitektur** gerechter machen.  
2600 Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit und Klimaschutz müssen in  
2601 den Mittelpunkt der internationalen Finanzarchitektur und zentraler Akteure wie dem  
2602 IWF, der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken rücken. Für **hochverschuldete**  
2603 **Länder** setzen wir zudem stärker auf eine Schuldenumwandlung: Tausch ihrer  
2604 Verpflichtungen gegen Investitionen, in die soziale und ökologische Transformation.

2605 ***Wir wollen strategische Partnerschaften.***

2606 Viele Bereiche unseres Alltags und unserer Wirtschaft hängen unmittelbar an **robusten**  
2607 **Lieferketten** und dem Zugang zu besonders wertvollen Rohstoffen. Als innovativer  
2608 Industriestandort wollen wir Allianzen bilden und mit strategischen Partnerschaften  
2609 Brücken bauen – beispielsweise beim Ausbau von grünem Wasserstoff. Nachhaltige und  
2610 verantwortungsvolle Wertschöpfungsketten gilt es mit Produktionsstätten vor Ort zu  
2611 schaffen und damit Arbeitsplätze zu sichern – auch bei uns zu Hause.

2612 Wir wollen konkrete Vereinbarungen zu internationalen Standards, die **gute Arbeit** mit

2613 existenzsichernden Löhnen sicherstellt. Mit der EU-Lieferkettenrichtlinie haben wir  
2614 klare Regelungen und gleiche Voraussetzungen für alle Unternehmen in Europa  
2615 geschaffen.

2616 Von klaren Regelungen und gleichen Voraussetzungen für alle in Europa profitieren  
2617 insbesondere deutsche Unternehmen, die schon jetzt auf starke Standards setzen. Auf  
2618 weltweit verbindliche Regeln pochen wir auch bei den Verhandlungen zum UN-Vertrag für  
2619 Wirtschaft und Menschenrechte. Wir stehen für die internationale Solidarität und für  
2620 die universelle Geltung der **Menschenrechte**. Dafür braucht es starke Institutionen wie  
2621 den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den internationalen  
2622 Strafgerichtshof.

2623 Europas Wohlstand und auch die Entwicklungsperspektiven vieler Staaten des Globalen  
2624 Südens hängen stark von einem regelbasierten, diskriminierungsfreien globalen  
2625 Handelsregime ab. Der Abschluss von weitreichenden **Handels- und Investitionsabkommen**  
2626 (beispielsweise das EU-Mercosur-Abkommen oder die Freihandelsverträge der EU mit  
2627 Indien und Australien) sind wichtige Meilensteine, um robuste Allianzen und  
2628 Partnerschaften zu etablieren. Solche Abkommen müssen soziale Rechte wie auch  
2629 Menschenrechte stärken, Umwelt und Klima schützen sowie langfristige Perspektiven für  
2630 Wachstum und Wohlstand für alle Vertragsparteien schaffen. Wir wollen, dass solche  
2631 Abkommen künftig einfacher gestaltet und schneller zum Abschluss gebracht werden  
2632 können. Zu oft werden Verhandlungen von einzelnen EU-Mitgliedstaaten ausgebremst.  
2633 Handelsabkommen sollen daher durch eine qualifizierte Mehrheit im Europäischen Rat  
2634 entschieden werden. Damit tragen wir auf europäischer Ebene zu einem erfolgreichen  
2635 und zeitlich angemessenen Abschluss von Freihandelsabkommen bei.

2636 Der Klimawandel macht nicht an nationalen Grenzen halt. Wir brauchen weltweit  
2637 solidarische Initiativen für Klimaanpassung, denn es sind die ärmsten Staaten, die  
2638 häufig am heftigsten betroffen und am wenigsten vorbereitet sind. Sozialdemokratische  
2639 Politik schafft eine nachhaltige Entwicklungsperspektive, die Wohlstand und Schutz  
2640 miteinander verbindet.

2641 Wir wollen das Pariser Klimaabkommen umsetzen und unseren fairen Anteil an der  
2642 **internationalen Klimafinanzierung** bereitstellen. Für die finanziellen  
2643 Herausforderungen der globalen Klima-Transformation setzen wir auch verstärkt auf die  
2644 Mobilisierung von privaten Mitteln. Es gilt, die sozial-ökologische Transformation  
2645 umzusetzen und dabei die Bedürfnisse unserer Partner nach verlässlichen Kooperationen  
2646 für ihre wirtschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen. Dazu dienen beispielsweise  
2647 die Just Energy Transition Partnerships (JETPs) sowie die Klima- und  
2648 Entwicklungspartnerschaften mit Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es geht  
2649 um ganzheitliche Ansätze, bei denen die betroffenen Menschen und Regionen im Zentrum  
2650 stehen. Dafür werden wir noch stärker Gewerkschaften und Zivilgesellschaft mit  
2651 einbeziehen. Für ein Vorangehen bei den Transformationsaufgaben sind wir aber auf  
2652 **internationale Vertrauensnetzwerke** wie den internationalen Klimaclub angewiesen, der  
2653 bereits wichtige Impulse für die Zusammenarbeit gesetzt hat. Wir wollen weitere  
2654 Formate initiieren und unterstützen.

# Unser Versprechen

## 2655 **25. Politik heißt für uns: Wir kämpfen für Dich.**

2656 Fast 26.000 Wörter. 4 große Kapitel. 24 Wahlkampf-Themen. Danke fürs Zeit nehmen und  
2657 lesen.

2658 Es ist ein umfassendes Programm. Aber für uns ist es viel mehr. Es ist ein  
2659 Versprechen an alle Bürgerinnen und Bürger. Ein Versprechen an Dich. Ein Versprechen  
2660 an unser aller Zukunft. Ein Versprechen an Deutschland.

2661 Die Renten für alle Generationen stabil halten und Familien spürbar entlasten. Das  
2662 Wachstum vorantreiben und die Wirtschaft stärken. Arbeitsplätze sichern und schützen.  
2663 Sich für gerechte Löhne einsetzen und die Kaufkraft der Menschen stärken.

2664 Was unser Programm starkmacht und wo wir uns jetzt unterscheiden im Meer der  
2665 Wahlkampf-Floskeln: Bei der SPD steckt hinter jedem einzelnen Programmpunkt ein  
2666 konkreter Vorschlag zur Umsetzung.

2667 15 Euro Mindestlohn. Senkung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel auf fünf Prozent. 95  
2668 Prozent der Steuerzahlenden sollen mehr Netto vom Brutto haben. Eine stabile Rente  
2669 für alle Generationen. Made in Germany Bonus, Einrichtung eines Deutschlandfonds, um  
2670 die Wirtschaft zu stärken – nur um einige wichtige zu nennen.

2671 Als SPD sind wir fest davon überzeugt: Soll es Deutschland besser gehen, dann muss es  
2672 jedem Einzelnen im Land besser gehen. Das ist das Ziel unserer Politik. Das treibt  
2673 uns jeden Tag an. Und genau das macht dieses Programm.

2674 In diesem Sinne: Wir freuen uns auf einen spannenden Wahlkampf, auf den Austausch  
2675 überall in Deutschland.

2676 **Deine SPD**

